

GrKo18

Mehr ... wagen.
'68, '18 und die politisierte Gesellschaft
Großer Konvent der Schader-Stiftung
Dokumentation der Jahrestagung am 9. November 2018

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

GrKo18

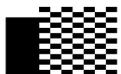
Mehr ... wagen.

'68, '18 und die politisierte Gesellschaft

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 9. November 2018

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich), Peter Lonitz

Texte

Alexander Gemeinhardt, Jens Hübertz, Karen Lehmann,
Peter Lonitz, Kirsten Mensch, Marc Anatol Pirogan,
Laura Pauli, Helene Pleil, Franziska Rischkowsky, Tobias Robischon,
Frauke Taake, Anna-Lena Treitz, Dennis Weis

Korrektorat

Monika Berghäuser, Alla Stoll

Photographie

Christoph Rau, Darmstadt

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-50-6



Dezember 2018



Inhaltsverzeichnis

1

7 **Einleitung**

2

12 **Programm**

3

19 **Prolog**

4

21 **Keynote**

5

29 **Dialog-Cafés**

6

87 **Biogramme der Teilnehmenden**

7

117 **Wahl zum Kleinen Konvent**

Der bereits sechste Große Konvent der Schader-Stiftung könnte darauf hindeuten, dass die Arbeit in der Konventsstruktur für die Stiftung zur guten Gewohnheit geworden ist. Dem ist sicher auch so, der Große Konvent ist mittlerweile ein bekannter Termin, eine Marke, die beachtet und geschätzt wird. Er bietet für die Schader-Stiftung und viele Kooperationspartnerinnen und Interessierte regelmäßig einen Fundus an Anregungen und Einsichten. Und doch ist gerade der Termin des Großen Konvents 2018 alles andere als alltäglich, zumal vor dem historischen Horizont eines Datums, das mehr als andere einen deutschen Schicksalstag markiert.

Warum ist dieser Tag anders als andere Tage?

Der 9. November 2018 lässt auf jenen Tag zurückschauen, an dem vor hundert Jahren Philipp Scheidemann die erste deutsche Republik ausrief. „Mehr ... wagen“ bekommt damit einen besonderen Klang und eine erste Bedeutung, die weit über die automatische Wortergänzung der „Demokratie“ hinausgeht, mit der man das zerstückelte Zitat Willy Brandts, das freilich erst aus 1969 stammt, heilen möchte. Aber der Rekurs auf die '18er beinhaltet auch einen prospektiven Blick auf die heutigen '18er und darüber hinaus. Zwischen '68 und '18 liegt der 9. November 1989 als Tag eines unglaublichen Wagnisses und der Lebensfreude befreiter Menschen; zwischen '18 und '68 liegen aber auch der 9. November 1923 und – nur ein Menschenleben her – der 9. November 1938.

An diesem Tag vor genau achtzig Jahren zerstörten Darmstädter die Orthodoxe Synagoge an der Ecke von Bleichstraße und Grafenstraße. SA-Angehörige, NSDAP-Mitglieder und Hitlerjugend schändeten und zerstörten die Liberale Synagoge im Johannesviertel und die Eberstädter Synagoge. Jüdische Familien wurden in ihren Wohnungen angegriffen und misshandelt. 1933 lebten in Darmstadt 1.500 Jüdinnen und Juden, 1945 kehrten sechs Überlebende in die Stadt zurück. Am 9. November 1988, vor dreißig Jahren, konnte die Jüdische Gemeinde eine Leerstelle schließen und eine neue Synagoge einweihen, die maßgeblich von der Stadt und privaten Spenderinnen und Spendern finanziert wurde. „Danken Sie nicht“, so der damalige Darmstädter Oberbürgermeister Günther Metzger bei der Einweihung am 9. November 1988: „Wir haben drei Synagogen zerstört, heute geben wir eine zurück.“

„'68, '18 und die politisierte Gesellschaft“ bedeutet für die Schader-Stiftung zwar das Ende des Konventsjahres unter diesem Thema. Allerdings möchten wir keinen Schlussstrich ziehen: wir setzen eher ein Komma und wollen weiterdenken – gerade mit den Mitgliedern des Großen Konvents. Der historische Rekurs versetzt uns in die Lage, offen zu sein für das „Mehr wagen“ heute, für die Notwendigkeit innovativen Denkens, mutiger Entscheidungen, kalkulierten Risikos und dafür, den Dialog zu führen. Besonders im Rückblick auf den 9. November 1938, einen Tag, der diese Stadt und dieses Land sichtbar zerriss, wird der Stellenwert einer Verknüpfung von Gestern und Morgen im Heute deutlich und werden Schlusspunkte und Schlussstriche undenkbar.

30 Jahre Schader-Stiftung: Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften

Der Sechste Große Konvent bedeutet aber auch fünf Jahre, in denen die Stiftung seit ihrem fünfundzwanzigjährigen Jubiläum in neuer Struktur erfolgreich wirkt. Der alljährliche Konvent hat sich als maßgebliches Beratungsorgan der Stiftung etabliert.

Nicht nur die große Resonanz der Anmeldungen und die ausgiebige Korrespondenz derer, die verhindert waren, signalisieren, wir dürfen weiter auf Ihr Mitdenken und Ihr Mitarbeiten an der Stiftung, als Inkubator der Gesellschaftswissenschaften in die Praxis hinein, zählen.

Was denn diese ominöse „Praxis der Gesellschaftswissenschaften“ ist, haben wir in diesem Jahr intensiv hinterfragt. Es ist, das darf verraten werden, ein besonderes Anliegen, ein Desiderat, das Alois M. Schader seiner eigenen Stiftung zur Aufgabe gemacht hat. Nun steht der 30. Jahrestag der Stiftungsgründung nicht unverbunden mit dem 90. Geburtstag des Stifters, den wir im Juli feiern durften. Aus diesem Anlass haben wir die Frage nach der Praxis zum Kernthema erklärt. Am 16. Juli wurde der Geburtstag – ganz im Temperament der Stiftung – mit Arbeit gefeiert; mit einem Symposium unter dem Titel „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften“. Die Bilanz der Debatte wird unter dem Titel „Die Praxis der Gesellschaftswissenschaften. 30 Jahre Schader-Stiftung“ demnächst erscheinen. Es ist eine Sammlung von Perspektiven auf diesen für uns so wesentlichen und gleichzeitig so trennungscharfen Begriff der Praxis. Wir haben den Band in Dankbarkeit und in tiefer Verbundenheit der Gremien und der Kolleginnen und Kollegen der Stiftung dem Stifter zugeeignet.

Gemeinsam mehr wagen

Der Große Konvent entsteht nicht aus dem Nichts, sondern ist Ziel und Folge von Veranstaltungen und Projekten, die im laufenden Jahr auf diesen Tag hindeuten. Ohne mit dem Konventsthema eine Einengung weiterer Projektideen und -vorschläge zu riskieren, bietet diese Fokussierung die Möglichkeit einer Konzentration der Stiftungsarbeit. In Berichten und Beiträgen unter schader-stiftung.de und im zweimal jährlich erscheinenden „Schader-Dialog“ spiegeln sich diese Themen wider. Nicht zufällig stand das dem Konvent vorausgehende Magazin unter dem Titel „Good luck“. Es ist durchaus ein Wagnis, als Stiftung strukturbedingt auf die Anregungen der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner angewiesen zu sein, weil die Schader-Stiftung nicht selbst inhaltliche Empfehlungen geben will. Allerdings sind über das vergangene Jahr komplexe Fragestellungen zu Tage getreten, die wir in die Dialog-Cafés haben einfließen lassen. Die Herausforderung „Mehr ... wagen“ spiegelt sich also auch in den sechs Wagnissen, die den Dialog-Cafés ihre Namen geben und die von den Referentinnen und Referenten der Stiftung im Zusammenspiel mit den Mitgliedern des Kleinen Konvents ausgearbeitet wurden: Grenzenlosigkeit – Wandel – Streit – Programme – Ungleichheit – Bewegung.

Der Große Konvent ist eines der wenigen Organe, das von Jahr zu Jahr jünger wird. Gezielt wurde auch in diesem Jahr die nächste Generation gebeten, uns zu unterstützen; Menschen, die bereits jetzt in einer Vielzahl von Projekten der Schader-Stiftung aktiv sind und auch einige Dialog-Cafés gestaltet haben. Überhaupt haben wir wieder einige Teilnehmende gebeten, in den Dialog-Cafés einen Impuls zum Gespräch zu geben. Gute zehn Minuten Impulsvortrag reichen meist nur für wenige konzentrierte Gedanken, die uns dann in ein hoffentlich fruchtbares Gespräch führen. Wir empfinden es als Luxus und Notwendigkeit zugleich, die Zeit und einen Ort zu haben, um diese Gedanken weiterverfolgen zu dürfen. Wir wollen das auch in Zukunft ermöglichen. Deshalb sind die Referentinnen und Referenten der Schader-Stiftung Gastgeberinnen, begleitet werden die Cafés durch Mitglieder der Gremien. Praktikantinnen und freie Mitarbeiter konnten für die Protokollierung gewonnen werden.

Die Einladung zum Großen Konvent wurde von rund 160 Persönlichkeiten aus Forschung und Lehre der Gesellschaftswissenschaften und anderer Wissenschaftsbereiche, aus dem Wissenschaftstransfer und -management, aus der Zivilgesellschaft, nichtstaatlichen Organisationen, Verbänden, Initiativen, aus der Politik, Verwaltung und



aus Unternehmen angenommen. Dabei spielen die Beteiligten aus der Sphäre, die wir trennungsscharf als „Praxis“ bezeichnen, eine zentrale Rolle als Gesprächspartnerinnen der Wissenschaft. Sie bringen Rationalität und Realismus ebenso wie Anfragen an den wissenschaftlichen Binnendiskurs mit – Perspektiven aus der Zivilgesellschaft, der Eigenlogik von Politik und Verwaltung, aus ökonomischen und kulturellen Mustern.

Das ist das eigentliche Geschenk an diese Stiftung – mit den Adressatinnen und Adressaten ihrer Arbeit gemeinsam arbeiten zu können und dabei Persönlichkeiten zusammenzubringen, die im Alltag der Disziplinen und Sektoren oft getrennt agieren. Die zeitnahe Vorlage dieser Dokumentation – keine sechs Wochen nach dem 9. November – ist unsere Form des Dankes für das Engagement der Mitglieder des Großen Konvents. Wie in jedem Jahr steht die Dokumentation als offene Ressource online zur Verfügung. Unsere Berichterstattung flankieren diverse Videos, darunter die fünfminütige Zusammenfassung des Konvents, ein Mitschnitt der Keynote von Stephan Lessenich, der dem Kleinen Konvent von 2013 bis 2017 angehörte, etliche einzelne Statements von Teilnehmenden, das abschließende Quiz „Letzte Fragen“ und der filmische Prolog, mit dem der Konvent eröffnet wurde.

Vorher – nachher

Dieser filmische Prolog wurde im Laufe des Konventstages immer wieder aufgegriffen: Fünf Perspektiven auf das Thema, auf die 68er, auf die Wirklichkeit der 18er. Dazu haben wir fünf Personen eingeladen oder aufgesucht, deren Meinung uns besonders interessierte, die allerdings nicht selbst am Konvent teilnehmen konnten. Gretchen Dutschke-Klotz war im ablaufenden Jahr 2018 viel unterwegs mit Rückblicken auf 1968 ff., aber auch mit klaren Einblicken in gesellschaftliche und politische Entwicklungen der Gegenwart. Jana Steingässer wagt regelmäßig das Nicht-Alltägliche, wenn sie mit ihrer Familie in Etappen durch die Welt reist, auf den Spuren des Klimawandels und der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Canan Topçu lehrt Studierenden Klarheit und Streitbarkeit des politischen Journalismus. Kristina Schröder hat bereits in frühen politischen Jahren als Familienministerin Verantwortung übernommen und vertritt eine differenzierte Haltung zu den Errungenschaften der 68er. Rupert von Plottnitz verteidigte den RAF-Terroristen Jan-Carl Raspe, war später hessischer Umwelt- und Justizminister und blickt auf die Verantwortung des Rechts für die Gesellschaft. Fünf persönliche Perspektiven, die ein Kaleidoskop zwischen '68 und '18 andeuten.

Den Abschluss des Großen Konvents bildete in diesem Jahr ein Quiz: „Letzte Fragen“ stellten der Erfinder und Moderator des Science Slams, Alex Dreppec alias Dr. Alexander Deppert, und Maike Axenkopf vom AK Tagungsrevolte. Nach einer intensiven

und ernstest Auseinandersetzung mit schweren Themen war es umso faszinierender zu sehen, wie die Teilnehmenden in diesem nicht ganz so ernstest Wettstreit konkurriert – und vor allem kooperiert haben. Der unterhaltsame Videomitschnitt sei allgemeiner Aufmerksamkeit besonders empfohlen.

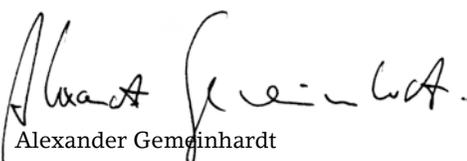
Mit dem Abschluss dieser Dokumentation endet der Große Konvent 2018, an ihn schließt direkt das neue Konventsthema an. Hatte sich die Stiftung 2017 dem Stoßseufzer „Definiere Deutschland!“ gewidmet und 2018 dem „Mehr wagen“, soll das Jahr 2019 den Öffentlichen Raum als Ressource, Konfliktfeld, Handlungs- und Gestaltungsraum in den Blick nehmen. Natürlich sind die Mitglieder des Großen Konvents und alle weiteren der Stiftung verbundenen Personen und Institutionen aufgerufen, in Form neuer Ideen, Projekte und Kooperationen daran anzuknüpfen.

Du bist nicht allein

Der Weg zum Siebten Großen Konvent am 8. November 2019 verläuft unter dem Leitwort „DU BIST NICHT ALLEIN. Öffentlicher Raum im Dialog“ und fragt nach dem öffentlichen Raum aus politischer, kommunikativer und stadträumlicher Perspektive. Mit dem Titel „Du bist nicht allein“ werden wir in den kommenden zwölf Monaten und darüber hinaus eine Vielzahl von Veranstaltungen und Projekten gestalten. Der Zugang zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zur Notwendigkeit der Kommunikation, Verständigung und des Kompromisses, zu Stil und Inhalt der persönlichen Begegnung wird ebenso eine Rolle spielen wie (stadt-)planerische Aufgabenstellungen: der öffentliche Raum mit seinen Anforderungen an Qualitäten und Teilhabe als prägendes Element und Vorbedingung der räumlichen Gestaltung von Gesellschaft.

In allem begleitet der Kleine Konvent die Schader-Stiftung fachlich und kollegial. Verabschiedet haben wir nach vier Jahren der Mitwirkung die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, die nicht nur im Rahmen der Konvente, sondern auch in Beiträgen und der Moderation weiterer Veranstaltungen präsent und engagiert in der Schader-Stiftung war. Für sie wurde Gisela Kubon-Gilke, Ökonomin und Vizepräsidentin der Evangelischen Hochschule Darmstadt, neu gewählt. Zu einer dritten und damit letzten Amtszeit wurden wiedergewählt: Der Stadtplaner, Wissenschaftliche Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin, und Direktor des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München Julian Wékel sowie der Soziologe Stefan Selke von der Hochschule Furtwangen.

„Du bist nicht allein“, das gilt selbstredend auch in unserem Team der Schader-Stiftung. Gerade bei der Durchführung des Konvents und der Ausarbeitung der Dokumentation ist kontinuierlich der Kontakt und die Kooperation im Team angesagt. Wissenschaftliche und organisatorische Arbeit, Technik und Projektmanagement, Leitung und Lernen gehen Hand in Hand – und von Hand zu Hand: Das Jahr 2018 hat für die Schader-Stiftung eine spürbare personelle Entwicklung mit sich gebracht; nicht nur neun Praktikantinnen und Praktikanten, sondern gleich fünf neue Kolleginnen und Kollegen sind zu uns gestoßen, prägen und beleben die Arbeit in der Geschäftsstelle. Dass zum Jahresende 2018 und mit Blick auf 2019 gleich drei Kinder von Mitarbeiterinnen geboren worden sind oder bald geboren werden, ist für uns ein besonderer kollegialer Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken und den Kolleginnen und ihren Familien das Beste zu wünschen.



Alexander Gemhardt
Vorsitzender des Vorstands
Direktor des Stiftungszentrums

30 Schader Stiftung
1988–2018

10:30 - 10:40 Uhr

Begrüßung
Alexander Gemeinhardt,
 Vorstand der Schader-Stiftung

10:40 - 11:00 Uhr

Prolog

„Mehr ... wagen“ – Fünf Perspektiven

Gretchen Dutschke-Klotz,
 Autorin, Berlin

Rupert von Plottnitz,
 Rechtsanwalt und Staatsminister a.D., Frankfurt am Main

Dr. Kristina Schröder,
 Bundesministerin a.D., Wiesbaden

Jana Steingässer,
 Journalistin, Seeheim-Jugenheim

Canan Topçu,
 Journalistin, Frankfurt am Main

11:00 - 11:30 Uhr

Keynote

Prof. Dr. Stephan Lessenich,
 Ludwig-Maximilians-Universität München

11:30 - 12:00 Uhr

Aussprache

Gesamtmoderation

Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen,
 Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha,
 Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

12:00 - 12:15 Uhr

Wahl

Erläuterung des schriftlichen Verfahrens und Vorstellung der
 Kandidierenden für den Kleinen Konvent (Wissenschaftlicher
 Beirat) der Schader-Stiftung

12:15 - 13:30 Uhr

Mittagessen

ab 13:30 Uhr

Dialog-Cafés

Dialog-Café 1 Mehr Grenzenlosigkeit wagen

Begleitung: Dr. Christof Eichert, Vorstand der Schader-Stiftung

Moderation: Dennis Weis, Schader-Stiftung

Das Jahr 1968 markiert einen einflussreichen Zeitpunkt gesellschaftlicher Werteveränderung. Auch fünf Jahrzehnte später sind Auswirkungen der 68er-Bewegung noch in Deutschland erkennbar. Mehr Bildung, mehr Demokratie, mehr Toleranz gehörten zu den Zielen der damaligen Akteure. Ist Deutschland 50 Jahre später moderner, toleranter und weltoffener geworden? Wie muss das Vermächtnis einer 50 Jahre zurückliegenden Protestbewegung weiter entwickelt werden?

Dialog-Café 2 Mehr Wandel wagen

Begleitung: **Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel**, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin

Moderation: **Dr. Franziska Rischkowsky**, Schader-Stiftung

1968 wurden mit der Gründung des Club of Rome die Grundsteine der modernen Nachhaltigkeitsdiskussion gelegt. Seinen Grundsatz „Think global, act local“ machen sich heute eine Vielzahl regionaler und lokaler Initiativen zur Bekämpfung von Klimawandel und Umweltbelastungen zu eigen. Mit dem Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ unterstützt die Hochschule Darmstadt (h_da) zusammen mit ihren Partnern, darunter die Schader-Stiftung, regionale Akteure im Prozess einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft. Können regionale Initiativen einen Beitrag leisten zu einer nachhaltigen Entwicklung? Wo liegen die Grenzen lokalen Handelns angesichts globaler Herausforderungen? Kann „smart“ auch nachhaltig sein?

Dialog-Café 3 Mehr Streit wagen

Begleitung: **Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär a.D.**,

Vorsitzender des Stiftungsrats

Moderation: **Dr. Tobias Robischon**, Schader-Stiftung

Deutschlands politische Kultur leidet an ihrer Orientierung am Konsens, es fehlt eine robuste demokratische Konfliktkultur. Heftiger politischer Streit erscheint vielen Menschen als Bedrohung der Demokratie – und nicht als deren Essenz. Die Skepsis gegenüber einer pluralistischen Meinungskonkurrenz steht in der Tradition der Konfliktscheu, Konsensorientierung und dem Wunsch nach einer sozialen Gemeinschaft, in der sich alle einig sind. Das Dialog-Café soll sowohl der Frage nach der Belastbarkeit einer Demokratie und deren Grenzen nachgehen wie auch die Sorge um ein Verschwinden des Politischen in einem als alternativlos kommunizierten Konsens behandeln.

Dialog-Café 4 Mehr Programme wagen

Begleitung: **Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke**, Evangelische Hochschule Darmstadt

Moderation: **Dr. Kirsten Mensch**, Schader-Stiftung

Programme existieren in vielfacher Form: als Sitten und Traditionen, als Konventionen und Standards sowie als Normen und gesellschaftliche Setzungen. Unser Leben läuft innerhalb dieser Programme ab – das reduziert Komplexität, schafft Konformität. Wo liegt die ideale Mitte? Die 68er versuchten, besonders Ideologien und soziale Programme und deren Einfluss auf unsere Gewohnheiten und unseren Alltag zu zerstören. Das Privatfernsehen erlöste uns vom begrenzten Programmangebot der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten. Dennoch leben wir nicht in einer Vielfalt der Programme – im Gegenteil. Im Zeitalter von Big Data verschränken sich algorithmische Programme immer weiter mit sozialen Programmen der Effizienz und Kontrolle.

Dialog-Café 5 Mehr Ungleichheit wagen

Begleitung: **Prof. Dr. Gabriele Abels**, Eberhard Karls Universität Tübingen

Moderation: **Laura Pauli**, Schader-Stiftung

Das Jahr 1968 wurde bekannt als ein Jahr des Aufbruchs und der Proteste. International begehrte die Jugend gegen die Elterngeneration auf, gegen herrschende Verhältnisse. Während sich die Elterngeneration im Nachkriegsdeutschland ausschwig, forderte die Jugend Aufklärung, Gerechtigkeit, Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland. Die damaligen Protestbewegungen führten zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen. Inwieweit wirken diese noch heute nach?

Dialog-Café 6 Mehr Bewegung wagen

Begleitung: **Prof. Dr. Ursula Münch**, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Moderation: **Peter Lonitz**, Schader-Stiftung

‘68 steht für Revolte, gesellschaftliche Erneuerung, intellektuelle Auseinandersetzungen, sexuelle Revolution und den Bruch mit einer autoritätsfixierten Elterngeneration: Eine Bewegung, die das heutige Verständnis von Gleichberechtigung, Toleranz und Meinungspluralismus entscheidend geprägt hat. Den einen gilt sie als Mythos und Erinnerungskonstrukt, anderen als

Wegbereiterin soziokultureller Transformationsprozesse, die die Demokratisierung vieler Lebensbereiche angestoßen hat, und wieder anderen gilt der damalige Verweis auf eine vermeintliche „Umgründung“ der Bundesrepublik als Beleg narzisstischer Selbststilisierung. Welche Rolle spielen die Errungenschaften der 68er-Bewegung für die heutige politische und gesellschaftliche Situation?

13:30 - 14:30 Uhr

Session 1

Dialog-Café 1

Dr. Meron Mendel, Bildungsstätte Anne Frank e.V., Frankfurt am Main

Neben der sozialen Gerechtigkeit war die individuelle Freiheit eine der zentralen Forderungen der 68er. Die Betonung der individuellen Freiheit implizierte das Respektieren ethnischer und religiöser Identitäten und hob die Bedeutung der kulturellen Vielfalt hervor. Die Bewegung verstand sich zudem als internationale Kulturrevolution, die sich über staatliche Grenzen hinweg gemeinsam für die soziale Gerechtigkeit und die Freiheit des Individuums einsetzte. Was ist von diesem Ziel geblieben, wie weltoffen ist Deutschland heute wirklich?

Dialog-Café 2

Tanja Brumbauer, ZOE – Institut für zukunftsfähige Ökonomien e.V., Bonn

Mit s:ne verfolgen die h_da und ihre Partner das Ziel, gemeinsam mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft in Darmstadt und der umliegenden Region Veränderungsprozesse in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu gestalten. Gestützt auf Erfahrungen aus der transformativen Forschung und ausgerichtet an den Sustainable Development Goals (SDG's) der Vereinten Nationen soll ein Lernprozess initiiert werden, der etablierte Routinen mittels innovativer Problemlösungen aufricht und bestehende „System-Grenzen“ überwindet. Kann Transformation „von unten“ tatsächlich gelingen? Wo liegen die Grenzen lokaler Initiativen? Welche (auch individuellen) Blockaden gilt es zu überwinden? Wie können globale und lokale Ebene voneinander profitieren?

Dialog-Café 3

Prof. Dr. Lothar Brock, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Politischer Konflikt ist für Demokratie essentiell, eine Demokratie mit Einheitsmeinung und Einheitspartei ist keine Demokratie mehr. Aber welche Konflikte und wie viel Konflikt kann eine Demokratie verkraften? Was beschädigt eine Demokratie, wo sind die Grenzen der Belastbarkeit?

Dialog-Café 4

Dr. Harald Gapski, Grimme-Institut – Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH, Marl

Wieviel Programm tut gut? Das menschliche (Zusammen-)Leben bewegt sich zwischen normativen Regelwerken einerseits und kreativem Chaos sowie Kontingenz andererseits. Zum anthropologischen Wunsch nach Erwartbarkeit, Ordnung und Stabilität schieben sich immer wieder Unvorhersehbarkeiten und Überraschungen. Welche Rolle spielen hierbei informatische Programme? Wie können wir mit ihnen verantwortlich umgehen und wie lässt sich mit ihnen die Gesellschaft steuern? Und welche Auswirkungen zeigen sich durch solcherart Programme auf unser Menschenbild?

Dialog-Café 5

Andrea Bartl, Stiftung Lesen, Mainz

„Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren“ – mit diesem Slogan protestierten Studierende gegen die nicht stattgefundene Aufarbeitung der Zeit des Zweiten Weltkriegs, der Verbrechen der Nazizeit und gegen elitäre Strukturen der Bildungspolitik. Die 1968er brachten die Defizite des Deutschen Bildungssystems auf den Tisch und forderten radikales Umdenken. Welchen Einfluss hatte die damalige Revolte auf das heutige Bildungssystem, insbesondere im Hinblick auf Bildungsgerechtigkeit?

Dialog-Café 6

Dr. Dagmar Danko, European Sociological Association, Paris
Moderne demokratische Staaten postulieren in ihren Verfassungen die Freiheit der Kunst. Gleichzeitig verpflichten sie sich, ein friedfertiges Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Wie ist das noch möglich nach dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ vor zwei Jahren? Müssen Künstler in Zukunft mehr Rücksicht nehmen auf die Empfindungen von Minderheiten? Oder ist die Freiheit der Kunst und damit letztlich die Demokratie bedroht, wenn etwa in Berlin oder New York Aufführungen abgesagt werden aus Angst, religiöse Gefühle zu verletzen? Und ist es ein Zeichen von Respekt oder von falsch verstandener Rücksicht, wenn diskutiert wird, aus literarischen Klassikern anstößige Vokabeln zu entfernen? Wieviel Begrenzung verträgt die Freiheit und was müssen Minderheiten in offenen Gesellschaften ertragen?

14:30 - 15:30 Uhr

Session 2

Dialog-Café 1

Prof. Dr. Michael Haus, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Mitsprache, Demokratisierung und individuelle Teilhabe waren zentrale Schlagworte der 68er-Bewegung. Beteiligung und Mitbestimmung organisierten sich in öffentlichen Happenings, Sit-Ins oder dem gemeinsamen Leben in der Kommune – der Alltag der 68er-Jugend stand somit im starken Kontrast zu dem Lebensentwurf ihrer Elterngeneration. Haben diese Forderungen die „deutsche Identität“ verändert? Wie passen Begriffe wie Leitkultur und Heimatministerium zu einer weltoffenen Gesellschaft? Was brauchen Gesellschaften, wenn sie sich der Tatsache bewusst sind, dass sie ihre Grenzen und ihre Unbegrenztheit ständig neu definieren müssen?

Dialog-Café 2

Silke Niehoff, IASS Potsdam – Institute for Advanced Sustainability Studies e.V.

Mit der digitalen Transformation verbinden sich Chancen für mehr Wohlstand und Lebensqualität. Für die Wirtschaft eröffnen digitale Technologien neue Geschäftsmodelle, für Verbraucher erzeugen sie zusätzlichen Komfort und Sicherheit. Mit den Verbesserungspotenzialen, die moderne Informations- und Telekommunikationstechnologien (IKT) bieten, sind jedoch bislang nicht unbedingt sinkende Ressourcenverbräuche und Energiebedarfe verbunden. Das liegt unter anderem an den sogenannten Rebound-Effekten, die Effizienzsteigerungen von Produkten und Dienstleistungen kompensieren. Zu Problemverschärfungen führt aber auch die steigende Nachfrage nach kritischen Rohstoffen, die für die Produktion der zugrundeliegenden Hardware benötigt werden. Wie wirkt sich die Digitalisierung auf Ressourcen- und Energieverbräuche in der industriellen Produktion aus? Welche Rolle spielt die steigende Transparenz durch den Einsatz von IKT in der Produktion für das unternehmerische Nachhaltigkeitsmanagement? Welche Auswirkungen ergeben sich für Beschäftigung und Einkommensverteilung? Wie können digitale Technologien für eine nachhaltigere Entwicklung eingesetzt werden? Oder kurz: Wie nachhaltig kann „smart“ sein?

Dialog-Café 3

Dr. Roland Löffler, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden

Kompromiss ist der politische Regelfall, dazu zwingt die Verfassungsordnung schon durch das föderale System und die Verhältniswahl. Dennoch werden politische Kompromisse nicht geschätzt: Ihnen wird misstraut, sie gelten eher als Täuschung denn als Erfolg. Gefragt wird stets nach dem Gewinner von Verhandlungen. Führt der Kompromiss als Regelfall zum Eindruck fehlender Gestaltbarkeit? Kann Konsens gar zu einer Erstarrung werden, die abweichende Auffassungen nicht mehr erträgt?

Dialog-Café 4

Nele Heise, Medienforscherin und Autorin, Hamburg

Die dominierenden Programme der Gegenwartsgesellschaft sind die Algorithmen der Datenverarbeitung. Das klingt zunächst technisch. Aber auf den zweiten Blick offenbart sich, dass Software immer von Menschen gemacht wird. Aber welche Vorannahmen über Mensch und Welt gehen dabei ein?

Werden die Setzungen, die mit den Programmen verbunden sind, auch angemessen reflektiert? Und wer entscheidet letztlich über sie? Medien beeinflussen unsere Weltsicht, Programme steuern zunehmend diese Medien. Wo steuert noch der Mensch? Verlieren wir Stück für Stück die Deutungshoheit über das, was Leben ausmacht?

Dialog-Café 5

Prof. Dr. Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Neue Frauenbewegung, die sich aus der 68er-Studentenbewegung heraus entwickelte, und die Homosexuellenbewegung, die in der Folge von den damaligen gesellschaftlichen Veränderungen profitierte, forderten gleiche Chancen auf Partizipation in allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, privaten, politischen Lebens für Männer und Frauen. Wo steht Geschlechtergerechtigkeit heute – wo gibt es weiterhin Defizite? Wie steht es um die Gleichberechtigung hetero-, homo-, bi-, trans- und intersexueller Menschen?

Dialog-Café 6

Heinrich Maria Löbbers, Sächsische Zeitung, Dresden

Es ist festzustellen, dass sich die identitäre Rechte und rechtspopulistische Bewegungen auch der Aktionsformen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) bedienen. Gibt es Parallelen zwischen diesen Formen der Kritik am „Establishment“? Worin unterscheiden sich die beiden Protestbewegungen? Während aktuell eine Konversion von linken zu apolitischen oder weichen liberalen Positionen zu beobachten ist, erfreut sich die Rechte ihres Einflusses auf die Politik und hat das soziale Meinungsklima im Hinblick auf die Themen Einwanderung und Islam erheblich beeinflusst. Auch die Medien spielen hier eine entscheidende Rolle.

15:30 - 15:45 Uhr

Pause

15:45 - 16:45 Uhr

Session 3

Dialog-Café 1

Andrea Nispel, berami berufliche Integration e.V., Frankfurt am Main

Ankommen in der Fremde bedeutet für Geflüchtete häufig erst einmal Sicherheit. Ansässige erleben die Fremdheit dagegen häufig als Zustand der Unsicherheit. Aus der Unsicherheit entstehen Ressentiments, aus den Ressentiments werden – politisch instrumentalisiert – Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen andere. Wie lassen sich die Grenzen im Kopf überwinden, wie kann Fremdsein zu einem positiven Narrativ werden?

Dialog-Café 2

Katrin Wenz, BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Berlin

Nachhaltiger Konsum und Nachhaltige Produktion zielen auf notwendige Veränderungen unseres Lebensstils und etablierter Produktionsweisen ab. Auf Seiten der Verbraucherinnen und Verbraucher ist einerseits eine steigende Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln und nach Fleisch aus verantwortungsvoller Tierhaltung zu beobachten. Andererseits lässt sich noch immer ein Preiskampf insbesondere im Bereich der Discounter beobachten. Konsumenten haben häufig ein nur begrenztes Wissen über die Produktionsweisen der Nahrungsmittelindustrie. Hinzu kommt, dass Preise möglicherweise vorhandene externe Kosten der Lebensmittelproduktion nur unzureichend abbilden. Was auf den ersten Blick „billig“ erscheint, ist oftmals mit hohen Kosten für die Gesellschaft verbunden. Welche Auswirkungen hat unsere Ernährung auf Klima- und Ressourcenschutz? Wie können die politischen Rahmenbedingungen verändert werden, um die Verbraucher und Verbraucherinnen in ihren Konsumentscheidungen zu unterstützen? Wie können Produzenten auf die Entstehung nachhaltigerer Konsummuster einwirken? Wie entsteht die Bereitschaft, nachhaltig zu konsumieren und zu produzieren? Welche Menge und welche Qualität an sozialen und ökologischen Ressourcen sind dafür notwendig?

Dialog-Café 3

Prof. Dr. Markus Gloe, Ludwig-Maximilians-Universität München
Ist es noch ein echter Streit, wenn er nach gemeinsam vereinbarten zivilen Regeln geführt wird? Ist der Konflikt nicht viel tiefer, wenn Streit vermieden wird, indem den Anderen die Gemeinschaft aufgekündigt wird? Wie soll man streiten, wenn die Verletzung bisher für selbstverständlich gehaltener Regeln der Auslöser des Konfliktes ist?

Dialog-Café 4

Prof. Dr. Christian Katzenbach, Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, Berlin
Im politischen Liberalismus wird das gesellschaftliche Programm als Gesellschaftsvertrag zwischen Individuum und Staat verhandelt. Das Individuum verzichtet etwa auf Freiheit und erhält im Gegenzug Schutz. Inzwischen scheint der Gesellschaftsvertrag zunehmend zwischen Individuen und Unternehmen, also zwischen Konsumenten und Anbietern von Diensten, geschlossen zu werden. So schlägt – beispielhaft – Google einen neuen Gesellschaftsvertrag vor: Die Vorteile der Vernetzung werden mit dem Verzicht auf Privatsphäre vergolten. Erleben wir hier einen Wandel der Aushandlung gesellschaftlicher Regeln? Entziehen sich diese neuen Programme und Regeln, weitgehend unsichtbar und automatisiert durch Algorithmen und Systeme „künstlicher Intelligenz“ umgesetzt, jeder Kritik und werden selbstverständlich? Und sind algorithmische Programme nicht gerechter, neutraler und effizienter als ihre Vorgänger? Aber was ist dann mit der menschlichen und gesellschaftlichen Autonomie?

Dialog-Café 5

Madeleine Hofmann, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Stuttgart
Die Jungen von '68 gehen in Rente. Wer sich der damaligen Revolte anschloss, wird sich auch im dritten Lebensalter kaum von gegebenen Strukturen einengen lassen, hingegen auch im Alter die Gesellschaft mitbestimmen wollen. Wie ist sichergestellt, dass die Interessen aller Eingang in politische Entscheidungsprozesse finden? Gibt es echte Interessenvertretungen für jedes Lebensalter?

Dialog-Café 6

Dr. Jutta Schütz, Journalistin und Autorin, Darmstadt
Die Gleichberechtigung von Mann und Frau spielte im gesellschaftlichen Diskurs von 1968 keine herausragende Rolle. Democh hat die 68er-Utopie von einer besseren Welt über die ihr nachfolgende Frauenbewegung zur Auseinandersetzung mit Themen wie „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ oder „Frauenquote in Führungspositionen“ geführt. Wo stehen Gleichberechtigung und Feminismus heute und welche Rolle spielte die APO für Veränderungsprozesse? Juristisch ist die Gleichstellung erreicht und doch ist Diskriminierung weiter an der Tagesordnung, wie die Diskussionen um #MeToo oder Gender Pay Gap zeigen.

16:45 - 17:00 Uhr

Pause

17:00- 17:30 Uhr

'68er - Was bleibt?

Letzte Fragen

Alex Dreppic, alias Dr. Alexander Deppert, Science Slam Darmstadt
Maike Axenkopf, AK Tagungsrevolte, Berlin

Stiftungsratsleitung

Gratulation an die neuen Mitglieder des Kleinen Konvents
Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär a.D.,
Vorsitzender des Stiftungsrats

Vorstand Verabschiedung

17:30 - 21:00 Uhr

Jazz-Lounge

Marc Mandel, Slam Basis e.V., Darmstadt

20 **Prolog**

Gretchen Dutschke-Klotz, Rupert von Plottnitz,

Dr. Kristina Schröder, Jana Steingässer, Canan Topçu



Der Prolog des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2018 steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo18 oder auf dem Youtube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung.

22 **Angehaltene Zeit. 1968, 2018 und der Realismus des Utopischen**

Prof. Dr. Stephan Lessenich

Die Keynote des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2018 steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo18 oder auf dem Youtube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Der Beitrag wurde für die Druckfassung leicht überarbeitet.



Prof. Dr. Stephan Lessenich, Ludwig-Maximilians-Universität München

Angehaltene Zeit. 1968, 2018 und der Realismus des Utopischen

Angesichts des geschichtsträchtigen Datums war es mir zugegebenermaßen ein bisschen ungeheuer, die Keynote zu diesem Großen Konvent halten zu sollen. Das Thema „Mehr ... wagen. '68, '18 und die politisierte Gesellschaft“ ist ja nicht gerade anspruchlos – zumal, wenn es in 30 Minuten abzuhandeln ist. Daher habe ich es auch lange nicht *gewagt*, einen endgültigen Titel für diesen Vortrag festzulegen – so facettenreich ist das, was sich hinter den Daten '68 und '18 verbirgt. Schließlich habe ich mich dazu entschieden, heute über „Angehaltene Zeit“ zu sprechen – mit dem Untertitel „1968, 2018 und der Realismus des Utopischen“.

Was wäre zu wagen?

„Mehr ... wagen“ – warum eigentlich dieser Titel? Man könnte mit einem Kalauer beginnen, der jedoch bei genauerem Hinsehen durchaus eine relevante Dimension des hier zu verhandelnden Themas berührt. Schließt man die Augen und lässt sich die Formel auf der Zunge zergehen, dann könnte die erste Assoziation mit dem „Mehr ... wagen“ auch ein Wagen mit großem „W“ sein: Man könnte an die Motorisierungsgeschichte zunächst der westdeutschen und sodann der gesamtdeutschen Gesellschaft denken. Eben das habe ich zunächst einmal getan.

1960 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 4,5 Millionen gemeldete PKW – in jenem Jahr beginnt die Statistik des Kraftfahrtbundesamtes. Im emblematischen Jahr 1968 wurde in Westdeutschland erstmals die 10 Millionen-Grenze überschritten. Im Jahr 2010 gab es 41,7 Millionen zugelassene PKW in Deutschland, das sind zehnmal so viele wie fünfzig Jahre zuvor. Aktuell, im Jahr 2018, stehen wir bei 46,5 Millionen, in den letzten acht Jahren kamen 5 Millionen PKW hinzu, das bedeutet einen Zuwachs von zehn Prozent in weniger als einem Jahrzehnt. Zieht man von den 82 Millionen Deutschen die 17 Millionen ab, die aufgrund ihres Alters nicht kraftfahrberechtigt sind, bleiben 65 Millionen Menschen übrig. So kommen wir zu dem Befund, dass in diesem Land auf drei erwachsene Personen mittlerweile zwei gemeldete PKW kommen. Nur jeder zehnte Haushalt in Deutschland hat keinen Wagen, 20 Prozent der Haushalte haben zwei und mehr PKW gemeldet. Das ist die sehr kurze Geschichte der Motorisierung der Bundesrepublik Deutschland in absoluten Zahlen. Ganz nach dem Motto „Mehr SUV wagen“ könnte man sich zusätzlich auch die durchschnittliche Leistung von neuzugelassenen Wagen anschauen: 1995 hatte der durchschnittliche neuzugelassene PKW eine Leistungsstärke von 95 PS, 2018 waren es bereits 150 PS. Das ist eine Leistungssteigerung um 50 Prozent innerhalb von gut zwei Jahrzehnten. Im Jahr 1968 –

und damit komme ich auch auf das eigentliche Thema des Vortrags zurück – hatte das leistungsstärkste Auto auf dem Markt weniger PS als der heutige Durchschnittswagen.

Ich erzähle Ihnen das alles nicht, weil ich ein begeisterter Automobilist wäre. Ich erzähle dies, weil es für die Frage danach, was man heute wagen müsste, eine nicht unbedeutende Rolle spielt. In gewisser Weise hat es Symbolkraft.

Eigentlich kommt uns allen, wenn wir an das „Mehr ... wagen“ denken, ja eher der locus classicus dieser Redewendung in den Sinn, die sehr bald zum geflügelten Wort geworden ist: Das „Mehr ... wagen“ in der Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969, seiner ersten Regierungserklärung nach der Bundestagswahl und zu Beginn der sozialliberalen Koalition. Er sagte diesen klassischen Satz nach wenigen Minuten seiner nach heutigen Maßstäben eher kurzen Rede: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Das ist der politische und institutionelle Bezugspunkt, wenn man an '68 und das „Mehr ... wagen“ denkt. „Mehr wagen“ steht für den demokratischen Aufbruch in der institutionalisierten Politik, für die Demokratisierung der Demokratie, die damals öffentlich angekündigt wurde.

Mir persönlich kam als weitere Assoziation mit dem „Mehr ... wagen“ ein zweiter Ausspruch eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers aus einer Regierungserklärung in den Sinn, die 35 Jahre später gehalten wurde. Er stammt aus der Regierungserklärung Gerhard Schröders zur Agenda 2010. Auch dort finden wir eine entsprechende Wendung, den Bezug auf ein Wagnis, das eingegangen werden soll. Nunmehr ging es allerdings darum, Leistungen des Staates zu kürzen, Eigenverantwortung zu fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abzufordern. Interessant ist, dass Schröder in diesem Zusammenhang davon sprach, dies alles *müsse* getan werden: Wir werden nicht *wagen*, sondern wir werden *müssen*. Übersetzt man dies aber in die Sprache des Wagnisses, so lautete die Botschaft, dass man mehr Eigenverantwortung wagen werde. Oder genauer: Wir werden mehr Eigenverantwortung *wagen lassen*. Oder noch anders: Nicht *wir* werden mehr wagen, sondern *andere* werden mehr wagen müssen.

Das klingt erst einmal regressiv gegenüber der Regierungserklärung Brandts und dem Pathos des demokratischen Wagnisses, wie er es 1969 in die bundesdeutsche politische Semantik eingeführt hat. Allerdings war sein „Mehr Demokratie wagen“ bei genauerem Hinsehen auch nicht so eindeutig progressiv, wie man meinen könnte. Brandts Verheißung war ausdrücklich an die jungen Menschen „der im Frieden aufgewachsenen Generation“ gerichtet, sein „Mehr Demokratie wagen“ stand unter dem Einfluss von 1967, '68 und den Jugendbewegungen der Zeit. Sein Satz ist ein impliziter Rekurs auf das Aufbegehren der jüngeren Generationen gegen die älteren Generationen, auf ihre Thematisierung der deutschen Vergangenheit, von Faschismus und NS-Regime. Dem setzte Brandt – und so war „mehr Demokratie“ gemeint – das Versprechen auf mehr Transparenz des politischen Prozesses entgegen. Man könnte sagen, dass er *Glasnost* im Jahr 1969 ankündigte, er stellte mehr Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in Aussicht, ganz im Sinne späterer *Perestroika*.

Gleichzeitig sprach Brandt jedoch drei Sätze später davon, dass – bei allem Verständnis für die Anliegen der Jugendbewegungen – die jungen Menschen auch ihrerseits verstehen müssten, dass sie gegenüber Staat und Gesellschaft Verpflichtungen haben. Das ist, so meine ich, das Pendant zum „Mehr Demokratie wagen“ – und gewissermaßen die gleichzeitige Disziplinierung des demokratischen Begehrens in dem Moment des ihm Stattgebens. Das ist übrigens auch einer der wenigen Sätze in der Regierungserklärung Willy Brandts, bei dem Rainer Barzel, der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU und im Kanzlerrennen Unterlegene, sich eines Zwischenrufes enthalten hat. Jedenfalls

lässt sich hier bereits das immanente Spannungsverhältnis im „Mehr Demokratie wagen“ erahnen – und wir können bestimmte Wiederaufnahmen in der Regierungserklärung Gerhard Schröders erkennen, insofern es auch bei ihm um eine Neugestaltung des Verhältnisses von Rechten und Pflichten ging. Darum aber ging es auch Willy Brandt: Die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger in einer demokratischen Gesellschaft in eine „Balance“ zu bringen. Insofern sind in Brandts damaliger Rhetorik und in seiner Vorstellung von der politischen Kultur einer demokratischen Gesellschaft tatsächlich bereits Spannungsverhältnisse angelegt. Spannungsverhältnisse, die ich zum Gegenstand meines raschen und cursorischen Rückblicks auf '68 aus der Sicht von '18 machen möchte.

Es ist eine schwierige Aufgabe, am Ende des Jahres 2018 über 1968 reden zu müssen, eigentlich ist dazu alles schon gesagt. Vielleicht kann aber nicht oft genug gesagt werden, dass wir über eine Zeit des Aufbruchs sprechen, und zwar im doppelten Sinne des Verbs „aufbrechen“. Wir haben soeben im Prolog O-Töne von Aktivistinnen der damaligen Zeit und von Nachgeborenen gehört: 1968 ging es darum, so könnte man im Sinne von Max Weber sagen, das „stahlharte Gehäuse“ aufzubrechen. Bei Weber ist es die bürokratische Herrschaft und das Gehäuse der Hörigkeit, mit der die Enge der gesellschaftlichen Verhältnisse assoziiert wird. 1968 war, je nachdem, vom „politisch-administrativen System“ oder den „Staatsapparaten“ die Rede. In einem anderen, zweiten Wortsinn liegt ein weiterer ganz zentraler Punkt des damaligen Aufbruchs. Im Sinne der chinesischen Revolution lässt sich davon sprechen, dass es den Akteuren von '68 darum ging, den „langen Marsch“ anzutreten. Es ging ihnen darum, die erstarrten Verhältnisse aufzubrechen und dann aufzubrechen: gemeinsam loszugehen, um die Gesellschaft zu verändern. Diese Grundstimmung, dieser Zeitgeist, ja dieses Lebensgefühl kann man im Nachgang vielleicht als ein zentrales Moment und Motiv von 1968 bezeichnen – und zwar jenseits aller normativen Bewertungen dieses gesellschaftlichen Auf- und Ausbruchsversuchs.

Allerdings gilt es, ganz im Sinne der schon in Brandts Wagnissemantik angelegten Spannungsverhältnisse, auf einige innere Widersprüche dieses Aufbruchs hinzuweisen. Und zwar aus der Perspektive eines letztlich Nachgeborenen. Ich erwähne das deshalb, weil es mir nicht darum geht, '68 und die 68er zu bewerten oder gar zu entwerten. Sondern ich glaube, dass die Analyse dieser Spannungen und Widersprüche für das Verständnis heutiger Möglichkeiten und Grenzen eines neuen Aufbruchs ganz entscheidend ist. Diese gilt es, ungeachtet des unbestreitbaren und nachhaltigen Durchsickerns von '68 in das gesellschaftliche Selbstverständnis, in Alltagspraktiken und Institutionenlogiken zu rekonstruieren. Und zwar auf eine systematischere Weise, als mir dies hier und heute möglich ist.

Die '68er und ihre Widersprüche

Die '68er-Bewegung war, das zeigt die historische Sozialforschung eindeutig, eine minderheitliche Massenbewegung. Es waren nicht die breiten Massen, die für eine neue Sicht auf Gesellschaft und für eine Dynamisierung gesellschaftlicher Verhältnisse gestritten haben. Das ist, glaube ich, nicht unwichtig zu berücksichtigen. Ich spreche hier nicht von der Idee einer Avantgarde, sondern schlicht von einer zahlenmäßigen Minderheit unter den damals jüngeren Menschen. Die 68er waren zudem eine Bewegung der bürgerlichen Antibürgerlichkeit. Zwar war ihre Antibürgerlichkeit, zum Teil aggressiv zur Schau getragen, unverkennbar. Aber es war zugleich auch eine von Akteuren des bürgerlichen Milieus getragene Bewegung, sei es aus klein- oder aus gutbürgerlichen Haushalten. Diese sozialstrukturelle Verankerung äußerte sich auch habituell, auch der Habitus dieser Bewegung war in seiner Antibürgerlichkeit durch und durch bürgerlich geprägt. Dazu passt, dass die 68er-Bewegung eine Bewegung des Postmaterialismus, der postmaterialistischen Werte war. Doch sie konnte sich als solche

nur auf der Basis des Wirtschaftswunders und einer bestimmten Entwicklung von ökonomischer Produktivität und materiellem Reichtum der Gesellschaft konstituieren. Ich meine das keinesfalls abwertend – aber faktisch war es doch so, dass der Postmaterialismus der 68er und die entsprechenden Wertvorstellungen auf einem nicht thematisierten Materialismus aufbauten. Letztlich lässt sich damit in der 68er-Bewegung auch ein eurozentrischer Internationalismus erkennen. Die Bewegung verstand sich in großen Teilen als eine internationalistische, die nicht nur in nationalstaatlichen Kategorien dachte. Sie tat dies aber, und auch dies ist erst einmal als ein analytischer Befund zu verstehen, aus einer eurozentrierten Position heraus. Man dachte von der Position des Zentrums aus, vor dem Hintergrund der Wertvorstellungen der europäischen Aufklärung. Die 68er-Vorstellungen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, von Verteilung und Umverteilung, von Solidarität und Demokratie waren durchgängig europäische, westlich geprägte Vorstellungen.

In der Selbstwahrnehmung der Akteure spielte dieses Minderheitliche, Bürgerliche, Materialistische und Eurozentrische ihrer Positionierung und ihrer Aktivitäten keine bestimmende Rolle. Man kann diesbezüglich vielleicht von einer offensiven Wirklichkeitsvergessenheit der 1968er sprechen. Das kann man, wenn Sie meine persönliche Meinung hören wollen, sympathisch finden. Denn in der Wirklichkeitsvergessenheit steckt immer auch ein gewisses Maß an ideeller Überschussproduktion, ein Stück Utopie. Die andere Seite dieser Wirklichkeitsvergessenheit allerdings ist die Ausblendung des Bedingungszusammenhangs der eigenen sozialen Position. Die Ethnologin Jana Steingässer, die wir im Prolog zu diesem Vortrag gesehen und gehört haben, bezieht diese Wirklichkeitsvergessenheit auf gegenwärtige Verhältnisse: Wir wissen gar nicht, wie gut es uns geht und wie das eigentlich möglich ist. Eben in diesem Sinne habe ich zu Beginn die Motorisierungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland erwähnt. Denn sie verweist meines Erachtens auf die Ausblendung und die Vergessenheit gegenüber den Voraussetzungen, die der Aufstieg Deutschlands zu einer Gesellschaft der Autobesitzer und der freien Fahrt für freie Bürger eigentlich hat.

Auf welcher Grundlage konnten 1968 eigentlich bestimmte Forderungen gestellt, bestimmte Ideen entwickelt werden und bestimmte Bewegungen in Gang gesetzt werden? Unter welchen Bedingungen war es überhaupt möglich, mehr Demokratie wagen zu wollen – oder entsprechende Ankündigungen für unzureichend zu halten? Wie war 68 überhaupt möglich geworden? Die Widersprüchlichkeit und Wirklichkeitsvergessenheit der 68er lassen es im Nachhinein als nicht zufällig erscheinen, dass ihre Bewegung relativ rasch auf dem Boden der politischen, institutionellen und sozialhabituellen Tatsachen gelandet ist. Man könnte an dieser Stelle einzelne Personen – etwa Joschka Fischers „langen Lauf zu sich selbst“ – oder aber die Bewegung als Ganze in den Blick nehmen. In jedem Fall würde deutlich: Die 68er haben einen ungeahnten politischen und kulturellen Einfluss auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der 70er, 80er, 90er, ja aller darauffolgenden Jahrzehnte genommen. Zugleich aber wird im Nachhinein auch eine massive Einschränkung dessen sichtbar, was man eigentlich erreichen wollte – und wie sich die Bewegung an die tatsächlich herrschenden politisch-institutionellen und sozialhabituellen Verhältnisse dieser Gesellschaft angepasst hat beziehungsweise wie sie angepasst wurde.

Der Geist der 18er

Dies gesagt habend, wage ich einen großen Sprung hinweg über 50 Jahre Gesellschaftsgeschichte – den argumentativen Sprung zum Geist von 2018. Es gibt, so würde ich behaupten, drei dominante Narrative oder Dispositive, die heute gemeinsam den Geist der Zeit und ihren Lauf bestimmen. „Narrativ“ ist ja mittlerweile zum Lieblingswort von Sozialwissenschaftlerinnen geworden. Doch es geht hier nicht um bloße Erzählungen, sondern um Dispositive, also um sozial wirksame Arrangements. Um

Narrative also, die sich auch in politisches, institutionelles wie außerinstitutionelles Handeln übersetzen und die Menschen in ihren Handlungen auf eine gewisse Weise disponieren, ihre Handlungsorientierungen prägen.

Anstelle des einen „A“ wie Aufbruch haben wir es heute, so würde ich behaupten, mit drei „A's“ zu tun. Beim ersten in dieser kurzen Liste steht das „A“ für „Alternativlosigkeit“. In kürzester Form ausgedrückt, geht es hier um die gesellschaftliche Dominanz einer liberal-ökonomistischen Sachzwanglogik, die nicht nur die öffentliche Rhetorik bestimmt, sondern sich in Politik übersetzt und die Vorstellung davon bestimmt, was politisch möglich ist – und was nicht. Dieses „A“ lässt jeden „Aufbruch“ als sinnlos, ja widersinnig erscheinen. Es steht für eine neue Hörigkeit, für das „stahlharte Gehäuse“ unserer Zeit: Lasst alle Hoffnung auf das Aufbrechen fahren, das Bestehende und dessen Weiterführung sind ohne Alternative.

Das zweite „A“ steht für den „Abwehrkampf“ und bezeichnet eine autoritär-politizistische Schließungsbewegung. Hier geht es um die Vorstellung, dass wir unseren Sozial- und Wirtschaftsraum gegen das Elend der Welt und die Ansprüche eines vermeintlichen Außen abschließen könnten. Diese – allein als solche wirkmächtige – Vorstellung hat eine autoritäre Note, insofern eine entsprechende Schließung unter gegebenen weltgesellschaftlichen Bedingungen nicht anders als gewaltförmig zu denken ist. Und sie ist politizistisch insofern, als man davon ausgeht, man könne eine solche Schließung qua politischer Entscheidung durchsetzen. Der Bundesinnenminister ist in diesem Sinne tonangebend: Migration kann schleusenartig gesteuert werden, man kann die Schleusen aufmachen und eine bestimmte Zahl an Menschen herein lassen, um sie dann auch wieder zumachen, wenn „das Boot voll“ ist. Jeder Aufbruch zu neuen Ufern ist hier in weite Ferne gerückt, es geht eher um den Abbruch jener Brücken, die andere ins eigene – vermeintlich gelobte – Land führen könnten.

Und dann ist da noch das dritte „A“, für das ich einstweilen nur einen überaus sperrigen Hilfsbegriff anbieten kann, nämlich jenen der „Anpassungsaufklärung“. Oder, wenn Sie so wollen, der „Aufklärungsanpassung“. Beide Begriffe bezeichnen die geistige Situation der Zeit meines Erachtens in ganz besonderem Maße, denn sie stehen für einen optimistisch-technologistischen Reformkonservatismus. Dieser ist das „progressive“ Korrelat zur regressiven Praxis des Abwehrkampfes einerseits, zu dem desillusioniert-desillusionierenden Standpunkt der Alternativlosigkeit andererseits. Er steht für die Vorstellung, dass wir uns den Herausforderungen der Zukunft anpassen könnten, wenn wir uns nur über diese aufklären würden. Dabei wird dann auch gleich die Aufklärungsidee selbst an die gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst: Mit technologischem Fortschritt und intelligenter Steuerung erscheint es dann möglich, den Klimawandel doch noch abzubremsen und die Ernährungsnot auf der Welt zu beenden, die Armut auszurotten und die Sustainable Development Goals – Zielkonflikte hin oder her – zu erfüllen. Der Aufbruch schrumpft hier zum technokratischen Planfeststellungsverfahren, das eine radikale Veränderung der Lebensverhältnisse in der Überflussgesellschaft, Gott sei Dank, überflüssig erscheinen lässt.

Mehr Realismus wagen

Die gesellschaftliche beziehungsweise gesellschaftspolitische Co-Dominanz und das Ineinandergreifen von Alternativlosigkeitsdiskursen, Abwehrkämpfen und Anpassungsaufklärungsstrategien tragen dazu bei, dass heute kein wirklicher Aufbruch zu sehen ist. Nirgendwo. Was wäre also, in diesem Lichte besehen, gegenwärtig zu wagen?

Meiner Meinung nach – und das ist sicher diskutabel – müssten wir „Mehr Realismus wagen“. Denn diese Gesellschaft müsste sich endlich ernsthaft mit den Lebenslügen des in ihr herrschenden, sie beherrschenden Wirtschafts- und Sozialmodells konfrontieren.

Und sie müsste sich nicht nur von den gesellschaftlich auserkorenen Rollenträgern – Soziologen oder Theologinnen – damit konfrontieren lassen. Sondern sie müsste sich – apropos Demokratie wagen – selbst damit konfrontieren. Wir müssten darüber nachdenken, wie es überhaupt möglich ist, dass wir in dieser Gesellschaft so produzieren und konsumieren, arbeiten und leben, wie wir dies tun. Jana Steingässer sagt in dem Prolog-Film zum diesjährigen Großen Konvent, dass es unsere Kinder sein werden, die dieses unser gesellschaftliches Tun und Lassen werden ausbaden müssen. Das aber ist nur die halbe Wahrheit. Zu der ganzen gehört, dass dieses Ausbaden schon heute von vielen, vielen Menschen auf der Welt praktiziert wird und werden muss. Der ausbleibende Aufbruch steht nicht für eine Negativ-Utopie dessen, was da kommen wird. Die Dystopie ist schon da, sie ist ganz und gar gegenwärtig – wenn man den Blick nur hinlänglich weitet.

1968 war auch das Jahr der Gründung des Club of Rome. In diesen Tagen vor 50 Jahren hat sich eine Gruppe von Expertinnen und Experten konstituiert, die wenige Jahre später den Bericht über die Grenzen des Wachstums herausgegeben hat. Damals hieß es, dass bei Fortführung der herrschenden Wirtschaftsweise in hundert Jahren Schluss sein werde mit der Überlebensfähigkeit der Menschheit. So gesehen hat sich die Lebenserwartung der menschlichen Zivilisation halbiert. Und was ist der Geist der Zeit, der dem entgegengesetzt wird? Es ist der Zeitgeist des Nichtaufbruchs, es ist der gesellschaftspolitische Selbstbetrug des „und“, der uns von den Anpassungsaufklärern und Aufklärungsanpassern vom Dienst präsentiert wird und politisch-institutionell das freundliche Gesicht schwarz-grüner oder grün-schwarzer Koalitionsbildungen annimmt. Diese stehen für eine Positionierung, die von Widersprüchen schweigt, um von Vereinbarkeiten sprechen zu können – von der Verbindung von Ökologie *und* Ökonomie, Sicherheit *und* Freiheit, Heimat *und* Weltoffenheit. Man lese nur das aktuelle Buch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, der offenbar meint, am badischen *und* württembergischen Wesen könne die Welt genesen.

Doch die Versöhnung des Gegensätzlichen, die wir uns nur allzu gerne erhoffen, wird nicht möglich sein. Wer dies behauptet, betreibt – so meine abschließende These – eine Politik der Entpolitisierung. Sie entpolitisiert, indem sie die unvermeidlichen und unvermeidlich knallharten gesellschaftlichen Konflikte negiert, die hinter dem *Widerspruch* von ökonomischer Profitabilitäts- und ökologischer Suffizienzlogik, von Heimatschutz und Weltoffenheit, von Sicherheit und Freiheit für wenige oder aber für alle stehen. Und die – machen wir uns nichts vor, lassen wir uns nichts vormachen – zukünftig so oder so ausgeglichen werden müssen.

Es war – nicht zum ersten Mal – Wolfgang Schäuble, der das Wollen und Streben der Deutschen auf den Punkt gebracht hat. Eine „maßvolle Revolution“ brauche es, so Schäuble, um die Zukunft zu gewinnen, einen „grundlegenden Wandel ohne zu viel Übertreibung“. Ja, das wär's doch: Revolution, aber in Maßen bitte, wir wollen es ja auch nicht übertreiben!

2018 ist, wenn Augenmaß zur Augenwischerei wird und utopisches Denken sich als das einzig Realistische aufdrängt. Wir befinden uns, um Antonio Gramsci zu paraphrasieren, in einer gesellschaftshistorischen Zwischenzeit, in der der neue Realismus, der utopische Realismus, der nötig wäre, noch nicht zur Welt kommen kann. Heiner Müller sprach ganz in diesem Sinne von einer kollektiven Traumphase, einer *angehaltenen Zeit*: Einer Zeit, in der sich alles staut, was war, das Neue aber noch nicht greifbar ist.

Im automobilisierten Westdeutschland der 1980er Jahre, in der Republik des „mehr Wagen“, hätte man mit der plakativen Parole eines großen Schmiermittelherstellers gesagt: „Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.“ Vielleicht kann man aus der Vergangenheit ja doch lernen.

30 **Dialog-Café 1**

Mehr Grenzenlosigkeit wagen

40 **Dialog-Café 2**

Mehr Wandel wagen

49 **Dialog-Café 3**

Mehr Streit wagen

57 **Dialog-Café 4**

Mehr Programme wagen

67 **Dialog-Café 5**

Mehr Ungleichheit wagen

76 **Dialog-Café 6**

Mehr Bewegung wagen

Die Mitglieder des Großen Konvents der Schader-Stiftung thematisieren einmal im Jahr Status quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. In drei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpften, konnten die rund 170 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Dialog-Café 1: Mehr Grenzenlosigkeit wagen

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Dr. Meron Mendel, Bildungsstätte Anne Frank e.V., Frankfurt am Main

Prof. Dr. Michael Haus, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Andrea Nispel, berami berufliche Integration e.V., Frankfurt am Main

Begleitung: Dr. Christof Eichert, Vorstand der Schader-Stiftung

Moderation: Dennis Weis, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Helene Pleil und Dennis Weis

Das Jahr 1968 markiert einen einflussreichen Zeitpunkt gesellschaftlicher Werteveränderung. Auch fünf Jahrzehnte später sind Auswirkungen der 68er-Bewegung in Deutschland noch erkennbar. Mehr Bildung, mehr Demokratie, mehr Toleranz gehörten zu den Zielen der damaligen Akteure. Ist Deutschland 50 Jahre später moderner, toleranter und weltoffener geworden? Wie muss das Vermächtnis einer 50 Jahre zurückliegenden Protestbewegung weiter entwickelt werden?

Gegenwart und Vergangenheit

Wie reflexiv sind Bewegungen? Wie bewusst sind sie sich ihrer Einschließungsbeziehungsweise Ausschließungsmechanismen? Diese Frage ist sowohl in der Auseinandersetzung mit der 68er-Bewegung wie auch der heutigen politischen Lage aktuell. Der Rekurs auf die Vergangenheit ermöglicht eine Reflexion der Gegenwart, speziell in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten für Minderheiten damals und heute.

Vor diesem Hintergrund befasst sich Meron Mendel in seinem Impulsvortrag mit der ethischen und religiösen Vielfalt der 68er-Studentenbewegung sowie deren Weltoffenheit. Im Weiteren referiert der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main, wie viel von den Zielen der „internationalen Kulturrevolution“ der 68er geblieben ist, wie tolerant ihre Bestrebungen wirklich waren und wie weltoffen Deutschland heute ist.

Anknüpfend an die Keynote von Stephan Lessenich sieht Meron Mendel das Narrativ bestärkt, wonach es der 68er-Bewegung zunächst um die Auseinandersetzung mit der eigenen Elterngeneration ging. Eine ihrer zentralen Forderungen war die individuelle Freiheit, deren Kern der Respekt vor ethnischen und religiösen Identitäten verkörpert. Meron Mendel stellt die These auf, dass die 68er-Studentenbewegung eine geschlossene Bewegung war, in der wenig oder gar keine Vielfalt in kultureller sowie

religiöser Hinsicht herrschte. Das lässt sich daran festmachen, dass weder Juden oder Jüdinnen noch Migranten und nur ein geringer Frauenanteil an der Bewegung beteiligt waren. Meron Mendel stellt die 68er-Bewegung als eine homogene Gruppe dar, die Weltoffenheit nicht verwirklicht hat. In diesem Zusammenhang spricht er daher von einem Kampf der „Eliten gegen Eliten“. Diese These sorgt unter den Teilnehmenden des Dialog-Cafés teils für Widerspruch. Trotzdem wird festgehalten, dass die 68er eine Freiheitsbewegung war, in der Grenzen, die unter anderem durch die eigene Herkunft abgesteckt waren, mitunter nicht richtig wahrgenommen wurden. Dadurch wuchs die Gefahr blinder Flecken, speziell im Hinblick auf die Partizipationsmöglichkeiten von Minderheiten in der Bewegung.

Mythisierung der 68er-Bewegung

Der Impulsgeber macht anhand der Erzählung von einem missglückten Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin am 9. November 1969, in dessen Planung auch der Kommunarde Dieter Kunzelmann involviert war, deutlich, wie verklärt das heutige Bild im Rückblick auf die 68er-Bewegung ist. Obwohl Dieter Kunzelmann beteiligt war, wird er weiterhin als Ikone der Bewegung betrachtet.

Es ergibt sich die Leitfrage zur Interpretation der 68er-Bewegung heute, die sich durch alle drei Gesprächsrunden des Dialog-Cafés zieht: die „Mythisierung“ der Bewegung, bei der viele verständnisvolle Stimmen zur 68er-Bewegung zu Wort kommen. Ein besonderes Erbe der Bewegung ist sicher ihr Beitrag zur Hinterfragung und Überbrückung bestehender Verhältnisse. Zu nennen sind die Kritik an den restauratorischen gesellschaftspolitischen Bestrebungen und der vorherrschenden kapitalistischen Ökonomie in der Bundesrepublik. Im Dialog-Café werden der Bewegung im Laufe der Diskussion aber auch Eigenschaften wie Selbstverliebtheit, Arroganz und Überheblichkeit zugesprochen. Allerdings, so merkt eine Teilnehmerin an, bestand die Bewegung nicht nur aus einzelnen prominenten Protagonistinnen und Protagonisten. Was die Bewegung auch ausmachte, war der Wiederhall, den sie bei zahlreichen Studierenden fand. Entgegen der eingangs aufgestellten These waren hier auch beispielsweise Frauen sowie Jüdinnen und Juden engagiert. In der Anfangsthese sieht ein Teilnehmer eine irreführende Erzählung.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Ausgehend von der Frage, wie die 68er-Bewegung die nationale Identität Deutschlands verändert und was sie zu dieser beigetragen hat, wird besonders die seinerzeit angestrebte Aufarbeitung der Vergangenheit diskutiert. Eines der Ziele der 68er war es, die vorherige Generation mit ihrer Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus zu konfrontieren. Als weiteres emanzipatorisches Ziel galt es, Autoritäten zu hinterfragen. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kann als fundamentales Motiv für das Selbstverständnis der 68er im Sinne eines Prozesses der Abgrenzung von früheren Generationen angesehen werden. Von anti-autoritärer Erziehung bis Gleichberechtigung reichen die Schlagworte damaliger Kontroversen um gesellschaftliche Widersprüche und Abgrenzungen.

Ein Teilnehmender erzählt vor dem Hintergrund der Vergangenheitsaufarbeitung, dass innerhalb der Familien über den Zweiten Weltkrieg nicht gesprochen wurde; das wurde dann stellvertretend auf der Straße nachgeholt. In Demonstrationen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen stellten Studierende Täter und Sympathisanten des Nationalsozialismus zur Rede. Die Runde diskutiert kontrovers, ob die 68er-Bewegung zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus beigetragen hat oder diese eher zum Stillstand brachte. Impulsgeber Meron Mendel stützt sich auf den Historiker Götz Aly, der den Beginn der Aufarbeitung bereits auf die Auschwitz-Prozesse von 1963 datiert. Durch den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und den von

ihm initiierten ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess erlangte die Auseinandersetzung mit dem Holocaust eine ganz neue öffentliche Dimension. Gilt hier das Zitat Rudi Dutschkes, wonach der Vergangenheit zuerst einmal etwas Positives entgegen gesetzt werden muss – die Aufarbeitung nimmt der Revolution sonst schon zu Beginn die ganze Kraft? Der Anstoß durch Personen wie Fritz Bauer stärkte die 68er-Bewegung demnach nicht, sondern hinderte sogar die Entstehung einer positiven Erzählung. Dieser Sichtweise wird die These entgegengestellt, dass die 68er eine Aufarbeitung der westdeutschen Vergangenheit überhaupt erst ermöglicht haben. Im Dialog-Café wird zwischen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Allgemeinen und jener mit dem Holocaust im Speziellen unterschieden.

Die 68er-Bewegung manifestiert zweifellos eine bedeutende Wegmarke der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland, auch angesichts früherer Entwicklungen. Im weiteren Verlauf der Session führt ein Teilnehmer beispielsweise seine Sicht einer misslungenen, weil teilweise zu kurz greifenden juristischen Bearbeitung in den Verfahren von 1963 aus; so fand der von Fritz Bauer angestrebte Prozess gegen die Schreibtischtäter der „Euthanasie“ nie statt.

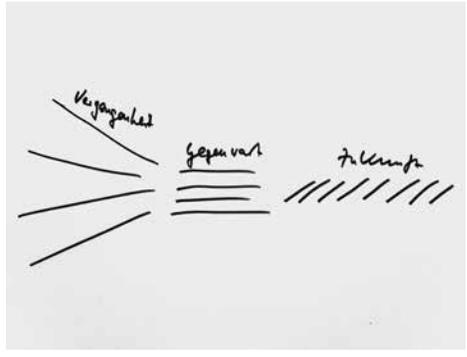
Partizipation ermöglichen

Deutschland stellt in seiner gegenwärtigen Form ein weltoffenes Land dar, in dem niemand gesellschaftlich ausgeschlossen ist, so eine Teilnehmerin. Eine genauere Betrachtung zeigt allerdings, wie gewisse Personengruppen in „Vergessenheit“ geraten. Die Gründe dafür sind vielfältig, von Sprachbarrieren bis zu kulturellen Unterschieden. Die Konsequenz sind mangelnde Möglichkeiten der Partizipation. Schließt das Konstrukt einer nationalen Identität Deutschlands gesellschaftliche Gruppen wie etwa Zugewanderte aus? Zwar ist die deutsche Gesellschaft insgesamt vielfältiger und vielschichtiger geworden, Minderheiten sind aber bis jetzt im öffentlichen Diskurs noch weitgehend unterrepräsentiert.

Diese Feststellung wirft Überlegungen auf, wen die deutsche Gesellschaft als „fremd“ definiert. Ein Fremdheitsgefühl kann auch gegenüber Menschen anderer soziokultureller Milieus entstehen, allerdings werden gemeinhin vor allem Zugewanderte als „die Fremden“ betitelt. So sehr eine solche Einschätzung von Vorurteilen geprägt ist, wirft ein Teilnehmer ein, sind aus soziologischer Sicht Vorurteile und Vereinfachungen kaum verzichtbar, um der Komplexität der Gesellschaft gewachsen zu sein. Es soll demzufolge nicht gefordert werden, vorurteilsfrei zu leben, sondern Vorurteile kontinuierlich zu hinterfragen.

Wer ist „Wir“?

Wie grenzen wir uns vom Fremden ab? Wer ist also „Wir“? Diese Frage bleibt im gesellschaftlichen Diskurs bisweilen unbeantwortet. Neben der Unklarheit, mit der „Wir“-Vorstellungen markiert werden, steht die Frage, wer am „Wir“ teilhaben darf. Grenzenlosigkeit hört da auf, wo Grenzen bei der Zugehörigkeit gezogen und ganze Gruppen ausgeschlossen werden. Diese Grenzen entstehen unbewusst im Kollektiv entlang der sozio-ökonomischen Schichtungen, Herkunfts- und Bekenntnismilieus. Solche unbewussten Mechanismen sind gefährlich, da sie Ausgrenzung nach sich ziehen. Diverse Beiträge der Teilnehmenden legen dar, wie zu Zeiten der 68er genauso Ausgrenzung stattfand wie heute. Manifest wird das beispielsweise in der bereits erwähnten geringen Beteiligung von Jüdinnen und Juden an der Protestbewegung, während heute eine geringe politische Partizipation von Migrantinnen und Migrantinnen zu beobachten ist. Die Grenzen der in Deutschland existierenden „Wir“-Vorstellung sind weiterhin stark umkämpft. Einer der Teilnehmenden des Dialog-Cafés verweist auf antisemitische Strömungen während der März-Unruhen in Polen und auf Parallelen zur Gegenwart. 50 Jahre später, im Jahr 2018, bilanziert



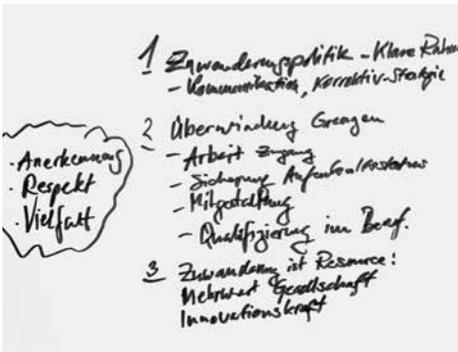
er einen erneuten Anstieg der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Zu spüren war dies besonders bei den Vorfällen des Herbsts 2018 im Bundesland Sachsen. Diese neue Grenzziehung manifestiert sich beispielsweise in Umfragen wie dem Sachsen-Monitor 2018, in dem über ein Drittel der Bevölkerung angibt, sich wegen „der vielen Muslime in Deutschland“ mittlerweile als Fremde im eigenen Land zu fühlen, unbelastet von empirischen Tatsachen. Ein Teilnehmer fasst zusammen, dass sich an diesem Punkt eine Dreiteilung der Bevölkerung Deutschlands beobachten lässt: Ein Drittel der Bevölkerung ist kosmopolitisch, weltoffen und begrüßt Migration, ein Drittel zeigt ein ambivalentes Verhältnis in der Migrationsfrage, während das letzte Drittel Wanderungsbewegungen ablehnt und im Extremfall sogar fürchtet.

Wie entsteht Identität?

In der zweiten Session des Dialog-Cafés widmet sich der Impulsgeber Michael Haus, Professor für Moderne Politische Theorie an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg, dem Gedanken einer nationalen Identität. Was ist heute charakteristisch für die nationale Identität Deutschlands und inwiefern hat die 68er-Bewegung dazu beigetragen? Existiert so etwas wie eine nationale Identität überhaupt?

Die 68er-Bewegung hat die deutsche Identität verändert, indem sie die Tatsache des Nationalsozialismus gegenwärtig werden ließ. So trugen die 68er also zur Stärkung der nationalen Identität Deutschlands bei, indem sie diese kritisierten. In einer modernen Gesellschaft kann Identität als eine allgemein akzeptierte Formel verstanden werden. Damit verbunden sind kollektive Wahrnehmungen, Wertungen, Haltungen, welche die Zugehörigkeit zur jeweiligen (Mehrheits)-Gesellschaft oder zu einer bestimmten Gruppe zum Ausdruck bringen. Eine genaue Identifikation mit diesen bereits bestehenden Formeln innerhalb der „Aufnahmegesellschaft“ kann zur Herausforderung werden. Wie entwickelt sich ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten Gruppe? Identität heißt aber auch, eine Antwort auf die Frage „Wer bin ich?“ zu finden. In Anbetracht des Trends zu wachsender gesellschaftlicher Komplexität werden beispielsweise die Sphären der Wirtschaft und Politik zunehmend abstrakter und somit für die Gesellschaft immer unverständlicher. Aber auch Identitäten nehmen an Komplexität zu. Demnach können diese allgemein akzeptierten Formeln in einer modernen Gesellschaft nicht länger monolithisch sein, weshalb zahlreiche Teilidentitäten existieren. Eine nationale Identität ist letztendlich der Versuch, all diese Teilidentitäten zu vereinen, und zwar im Rahmen eines demokratischen Aushandlungsprozesses.

Eine „Leitkultur“ muss also aus einem gesellschaftlichen Prozess entstehen und darf nicht den Versuch widerspiegeln, von Eliten diktiert zu werden. Daher stehen Begriffe wie „Heimatministerium“ und „Leitkultur“ in einer Spannung zum demokratischen Aushandlungsprozess einer nationalen Identität.



„Die große Erzählung“

Für Zugewanderte ist es schwer, in vermeintlich homogenen gesellschaftlichen Strukturen anzukommen. Die Teilnehmenden diskutieren Eigenschaften einer neuen narrativen Einheit, die zu der heutigen multikulturellen Gesellschaft in Deutschland passt und ein Bewusstsein von Gegenwart und Vergangenheit vermittelt. Dazu gehören Erzählungen von Ursprüngen, Niederlagen und Siegen, Tragik und Hoffnung, Schuld und Größe. Dieses Bewusstsein muss von Generation zu Generation entsprechend artikuliert werden. Wie Michael Haus betont, wird durch das Einschließen neuer Narrative und anderer Perspektiven kein Mitglied der Gesellschaft von der „nationalen Identität Deutschlands“ ausgegrenzt. Daraus resultiert eine große gemeinsame Erzählung mit dem Ziel, Grenzen zu überwinden und die abhanden gekommene Erzählfähigkeit wiederzugewinnen, so der Impulsgeber. Auf diese Weise kann das Vermächtnis der 50 Jahre zurückliegenden Protestbewegung weiterentwickelt werden.

Wie kann diese übergreifende Erzählung nun aufgenommen werden? Durch eine Reihe von Redebeiträgen wird deutlich, dass es nicht an Narrativen mangelt, sondern an Wegen ihrer Verbreitung. Notwendig ist ein öffentlicher Raum, der diese heterogenen Geschichten zusammenführt. Es geht darum, verschiedenen kulturellen Aspekten Gehör, Raum und Verständnis zu verschaffen, um daraus Identitäten zu entwickeln. So wird es möglich, viele unterschiedliche Fäden zu verknüpfen und Zugewanderten die Chance zu geben, ihre eigenen Geschichten einzuflechten. Zu überlegen bleibt, ob eine gemeinsame Erzählung ausreicht oder nicht vielmehr materielle Unterschiede überwunden werden müssen. Diese Differenzen verstärken das Gefühl des „Nicht-Ankommens“. Gerade im Kontext der Migrationspolitik rückt materielle Ungerechtigkeit, und daraus folgend möglicherweise ein Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe, gegenwärtig wieder verstärkt in den öffentlichen Diskurs. Ein Teilnehmer fordert von der Politik, genauer definierte Rahmenbedingungen für die Partizipation derer, die sich ausgeschlossen oder „nicht-angekommen“ fühlen, zu setzen.

Kollektiver Lernprozess der Deradikalisierung

Abgrenzung findet allerdings nicht nur auf materieller Ebene statt. Eine DiskutantIn merkt an, dass der Begriff der Identität aus sozialwissenschaftlicher Perspektive oft zur Abgrenzung genutzt wird. Der gesellschaftliche Trend einer Fragmentierung von Lebensbereichen findet sich auch in dieser Denkfigur wieder. Es existiert eine Radikalisierung des Identitätsbegriffs, die besonders stark in den sozialen Netzwerken zu beobachten ist. Die Fragmentierung überschreitet also die politische Sphäre der Parlamente und sonstiger Foren, in denen über politische und gesellschaftliche Fragen debattiert wird, so Michael Haus. Diese Fragmentierung ist auch als tragisches Erbe der 68er-Bewegung zu sehen, was primär auf das Spektrum linker Parteien zutrifft, speziell als Folge der Radikalisierung von Teilen der 68er in gewaltbereiten oder gar terroristischen Strömungen.

Den Vorwurf, einige zentrale Akteurinnen und Akteure der 68er passten sich nach gescheiterten Versprechen zu schnell der Gegenwart an, weist Michael Haus umgehend zurück. Am Beispiel Joschka Fischers veranschaulicht der Politikwissenschaftler, wie vormals radikale Kräfte sich wieder in das gesellschaftliche System integrieren. Eine solche Anpassung seitens der 68er war Vorbedingung, um Ziele in der Politik durchzusetzen. Demnach liegt in dieser Anpassung, die als „kollektiver Lernprozess“ zu betrachten ist, durchaus Positives. Abschließend stellt sich die Frage, ob auch heute ein solcher kollektiver Lernprozess notwendig ist, um Menschen, die in extremistischen Umfeldern verankert sind, zu deradikalisieren.

Fremdsein als positives Narrativ

Das Beispiel eines positiven Narrativs von Fremdsein bietet die Organisation „beramí berufliche Integration e.V.“, deren Vertreterin Andrea Nispel Impulsgeberin der dritten Session des Dialog-Cafés ist. Der gemeinnützige Verein, 1990 als Modellversuch gestartet, beschäftigt Mitarbeiterinnen aus zehn unterschiedlichen Nationen, die 15 unterschiedliche Sprachen sprechen. Andrea Nispel schreibt dieser Vielfalt kultureller Hintergründe eine hochgradig innovative Geisteshaltung zu. Ein Team bestehend aus Mitarbeiterinnen, die zu 70 Prozent einen sogenannten Migrationshintergrund haben, begünstigt Möglichkeiten der Innovation. Die Teammitglieder sind sich nicht fremd; „Fremdsein“ wird hier vielmehr als ein gesellschaftliches Konstrukt wahrgenommen, betont die Impulsgeberin.

Insgesamt zielt die Organisation beramí e.V. darauf ab, Zugewanderten durch Qualifizierung zu mehr Teilhabe zu verhelfen. Migrantinnen und Migranten sollen sich durch entsprechende Qualifikation beruflich etablieren und gesellschaftlich integrieren können. Unabhängigkeit dient als Beitrag zu mehr Grenzenlosigkeit und ermöglicht den Zugewanderten ein selbstbestimmtes Leben bei gleichzeitiger Erhöhung der Selbstwirksamkeit. Die qualifizierte Berufsausbildung ist ein elementarer Faktor in der Verbesserung des jeweiligen Aufenthaltsstatus. Ferner ergibt sich daraus die Möglichkeit, die Arbeitswelt und die Gesellschaft, in der man lebt, mitzugestalten. Dies trägt in der Praxis zur Überwindung der Grenzen im Kopf bei und kann Fremdsein hin zu einem positiven Narrativ bewegen. Fremdsein wird hier als sprachliche und kulturelle Ressource und als Chance für die Gesellschaft wahrgenommen. Die Fähigkeiten der Zugewanderten in Form ihrer Sprachkenntnisse und kulturellen Zugänge können im Rahmen ihrer Arbeitsverhältnisse für ein Unternehmen einen großen Mehrwert bergen, was empirisch wahrnehmbar ist. Bemerkbar macht sich diese Erkenntnis in den Berichten der Mentorinnen und Mentoren, die für beramí e.V. tätig sind. Sie vermitteln den Zuwanderinnen und Zuwanderern nicht lediglich einseitig Fähigkeiten, sondern lernen auch selbst im Austausch voneinander. Laut Impulsgeberin Andrea Nispel ist die Zusammenarbeit in der Organisation geprägt von Offenheit und dem Respekt gegenüber der jeweiligen kulturellen Identität sowie der Anerkennung von Individualität und Vielfalt.

Ein besonderer Fokus der Vereinsaktivitäten liegt dabei auf Frauen mit Zuwanderungsgeschichte und deren beruflicher Qualifizierung. Als Maßstab für den Erfolg von beramí ist die Aufnahme des oder der Einzelnen in den Arbeitsmarkt zu sehen. Dennoch bleiben auch Zugewanderte mit einem deutschen Pass oder in Deutschland geborene Kinder aus Familien, in denen die Elternteile keine deutschen Pässe besitzen, aus der Sicht eines Teils der Bevölkerung für immer „Fremde“, schon auf Grund ihres Erscheinungsbildes oder Namens. Das „Fremdsein“ wird zum zentralen gesellschaftlichen Merkmal dieser Menschen, während ihnen gleichzeitig die Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft abgesprochen wird. Indem permanent auf die Herkunft der Vorfahren eingegangen wird oder Menschen einzig darüber definiert werden, findet eine permanente Reethnisierung statt. Diese Erzählung des

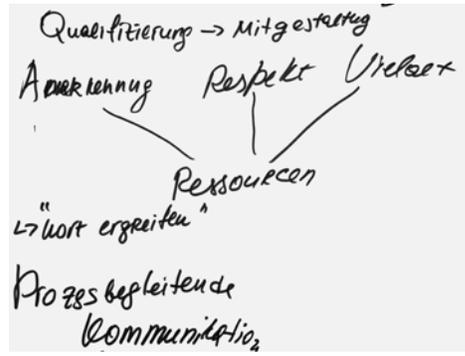
„Fremdseins“ nutzen zuwanderungskritische Parteien gegenwärtig wieder verstärkt auf der politischen Bühne. Die Einstellung von Teilen der Gesellschaft, Einwanderer dauerhaft als „fremd“ anzusehen, kann sowohl in der Vergangenheit als auch gegenwärtig beobachtet werden. Daraus lässt sich schließen, dass diese Reaktion nicht einzig durch die „Ankommenden“ zu erklären ist. Wie können solche in den Köpfen bestehenden Grenzen überwunden werden, um das gesellschaftliche Zusammenleben positiv zu gestalten?

Zuwanderung als Chance

Durch eine Reihe von Beiträgen wird im Gespräch deutlich, dass Zuwanderung eine gesamtgesellschaftliche Chance für Deutschland bietet. Dazu muss sich ein öffentliches Bewusstsein entwickeln, das den Bedarf an Zuwanderung und den Nutzen von Migration positiver darstellt. Ebenso muss sich die deutsche Bevölkerung ihrer Verantwortung in Bezug auf die Fluchtursachen in den Herkunftsländern deutlicher bewusst machen. Ein erster Schritt wäre die breite gesellschaftliche Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland, schon aufgrund der Veränderung der Bevölkerungspyramide durch den demographischen Wandel sowie den akuten Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt. Dieser Gesprächsgang deutet an, die gesamte Debatte um Zuwanderung aus einem positiveren Blickwinkel zu führen. Zuwanderung kann, wie in konkreten Projekten wie *beramí* bereits umgesetzt, auch als gesamtgesellschaftliche Bereicherung gesehen werden.

Damit Organisationen wie *beramí* funktionieren, werden auf unternehmerischer Ebene Fördermittel benötigt. Der Erfolg von *beramí* fußt unmittelbar auf einer Politik, die Zuwanderung fördert und ihr den Stellenwert einer Ressource beimisst. Davon ausgehend beginnen Teilnehmende eine Diskussion über die Notwendigkeit politischer Steuerung durch ein Zuwanderungsgesetz. Es wird davon ausgegangen, dass Migration unabhängig von der gesetzlichen Lage weiterhin stattfinden wird. Anlässe für Wanderungsbewegungen ziehen sich durch die menschliche Geschichte und auch Deutschland selbst war nicht immer Zielland, sondern aus historischer Perspektive zeitweilig Sendeland. Nicht per Gesetz werden sich Einstellungen ändern, meint ein Teilnehmer, sondern durch mehr deliberative Elemente in der Demokratie. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass ein Gesetz eher negative Begrenzungen beinhaltet statt Impulse für positive Effekte zu geben, während öffentlicher Diskurs und mehr Teilhabe, wie in deliberativen Formen der Demokratie, zu breiterer Zustimmung der Bevölkerung führen kann.

Einwanderung hat gerade infolge der hohen Zahl an Ankommenden im Jahr 2015 eine negative Stigmatisierung erfahren. Viele Teilnehmende bekräftigen die Aussage, wonach 2015 in Teilen der Bevölkerung vermehrt kollektive Ängste geschürt wurden. Dieser Auffassung zufolge kann es Deutschland wie Spanien oder Italien ergehen, wenn die Vielzahl der Geflüchteten die Aufnahmemechanismen der Gesellschaft überfordern und Einheimische das Land als „überrieselt“ wahrnehmen. Als Reaktion darauf manifestiert sich die Forderung nach einer umfassenden Änderung der Migrationspolitik, auch im Wege eines Zuwanderungsgesetzes. Dies soll die Angst nehmen, Deutschland verliere die Kontrolle über seine Einwanderungspolitik, welche bedingt durch seine geographische Lage bisher höchst verlässlich zu steuern war. Während Italien realpolitisch keine Alternative hat, als alle am Festland ankommenden Einwanderer zunächst aufzunehmen, konnten andere Länder innerhalb der EU, ähnlich wie die USA und Kanada, aufgrund ihrer geographischen Lage „cherry-picking“ in der Migrationspolitik betreiben. Ein Teilnehmer merkt an, dass durch den vermeintlichen Verlust der Steuerungsfähigkeit in Deutschland eine Debatte um die Zuwanderungspolitik angestoßen wurde. Allerdings wird Zuwanderungspolitik weitgehend ideologisch betrachtet und das „Wie“ von einem „Ob“ überschattet. Diese angst-



gesteuerte Politik sieht ein Teilnehmer der Session als Grundproblem des Diskurses. Eine Expertin für Migration und Integration qualifiziert diese ideologisch aufgeladene Debatte als Energieverschwendung, die den Blick vom Wesentlichen lenkt. Zudem habe es in Deutschland nie eine gemeingültige Leitkultur gegeben und der demographische Wandel wird die Diversität in der deutschen Gesellschaft zukünftig eher erhöhen. Eine Teilnehmerin verdeutlicht diese Entwicklung am Beispiel der Großstadt Frankfurt am Main, wo bei der Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, die in die Grundschule eingeschult werden, mindestens ein Elternteil einen nichtdeutschen Pass besitzt.

Unter dem Stichwort „brain-drain“ wird Zuwanderung im akademischen Kontext gerne als Ressource für die Ankunftsgesellschaft gesehen. Diese Betrachtung schließt jedoch Personen grundsätzlich aus, soweit sie gesellschaftlich nicht als förderlich angesehen werden. Andrea Nispel verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, auch vermeintlich weniger greifbare Potenziale Zugewanderter wahrzunehmen und zu fördern.

Unbegrenztheit Grenzen setzen?

In Anbetracht des Klimawandels gibt ein Teilnehmer zu bedenken, dass die starken Wanderungsbewegungen 2015 eher als ein Beispiel für zukünftige Migrationsbewegungen gelten können. Aber auch „chain-migration“, bei der Menschen anderen aus ihrer Heimatstadt oder -region ins Ausland folgen, sowie die kontinuierlich wachsende ökonomische Ungleichheit verstärken zukünftige Migrationsbewegungen. Im Vergleich zu Deutschland nehmen manche ärmeren oder weniger entwickelten Länder bezogen auf die Einwohnerzahl eine bedeutend höhere Zahl Geflüchteter auf. Dabei werden vielerorts weniger negativ konnotierte Debatten geführt.

Aktuell rückt in Deutschland das Thema Migration im öffentlichen Diskurs wieder in den Hintergrund, weshalb der Eindruck entstehen könnte, dass derzeit keine Geflüchteten ankommen. Ein Teilnehmender sieht grundsätzliche Fehler in der Kommunikation des Themenfeldes in Deutschland und Europa. Er schlägt am Beispiel Israels vor, eine prozessbegleitende Kommunikation aufzunehmen, die deutlicher über positive Aspekte und Erfolge berichtet. Diese Problematik verortet ein Teilnehmer auch im wissenschaftlichen Diskurs. Zudem ist es leichter, Fördergelder für die Untersuchung negativer Entwicklungen durch Zuwanderung zu akquirieren als für die Erforschung positiver Effekte. Angestoßen wird auch die Überlegung, die Definition des „civic engagement“, also der politischen Partizipation, wissenschaftlich breiter zu fassen. Demnach gelten Kinder von Zugewanderten als politisch inaktiv, da sie nicht an Demonstrationen teilnehmen oder innerhalb klassischer Formen der politischen Teilhabe agieren. Andererseits erledigen sie zahlreiche familiäre Verpflichtungen wie Behördengänge und nehmen aktiv an anderen Formen gesellschaftlichen Lebens teil, womit sie einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Vor diesem Hintergrund kommt die Frage auf, ob es nicht nötig ist, unserer vermeintlichen Unbegrenztheit wieder Grenzen zu setzen. Diese offenen Grenzen sind durchaus als Erbe des Freiheitsbestrebens der 68er-Bewegung zu betrachten, letztlich auch als eine Folge der Globalisierung, durch die (Landes-) Grenzen grundsätzlich hinterfragt werden. Die Frage nach den negativen und positiven Auswirkungen dieser Grenzziehungen auf unterschiedliche Aspekte des modernen gesellschaftlichen Zusammenlebens zieht sich durch alle drei Dialog-Cafés. Brauchen wir, zumindest aus ökologischer Perspektive, wieder eine Einordnung in Grenzen? Würde diese angesichts der Herausforderungen im 21. Jahrhundert nützlich sein? Oder sollten wir wieder mehr Grenzen wagen, gegen Entwicklungen, die den Vorstellungen eines „Wir“ widersprechen? In diesen Fragen schwingt einerseits eine Wachstumskritik mit, andererseits der Anreiz zu einer Auseinandersetzung mit dieser. Denn wie sich am Vermächtnis der 68er beobachten lässt, kann aus Auseinandersetzungen Neues entstehen. Zu beobachten ist aktuell, dass zwar alte Grenzen abgebaut, dafür aber neue, besonders in den Köpfen, aufgebaut werden. Die Herausforderung liegt unter anderem darin, das eigene Verhalten zu ändern und seine eigene Grenzenlosigkeit in Anbetracht des Wandels einzugrenzen.

Resümee

Dr. Christof Eichert, Vorstand der Schader-Stiftung, hat das Dialog-Café begleitet und zieht dieses Resümee:

Mehr Bildung, mehr Demokratie, mehr Toleranz – drei Schlagworte, die der Zeit der 68er zugerechnet werden. Würden sie nicht auch unverändert heute gelten? Vermutlich würden wir für eine Definition von Defizit und der damit verbundenen Herausforderungen gegenwärtig andere Schlagworte wählen: mehr Vielfalt, mehr Migration, aber auch mehr Grenzen.

Was ist in den vergangenen 50 Jahren geschehen? Vor allem eine Entdeckung der Frage nach den Akteuren und dem „Wir“. Wer ist gemeint, wenn der Begriff „Wir“ genannt und damit die Frage nach der Zugehörigkeit gestellt wird? In den drei Diskussionsrunden des Dialog-Cafés wurde viel über Grenzen gesprochen, das Drinnen und Draußen, über die Gesellschaft und die Grenzen, die sie zieht. Wenn ein Teilnehmer von dem kollektiven Lernprozess spricht, den die Aktivistinnen und Aktivisten der 68er-Generation durchlebt haben und den „Marsch durch die Institutionen“ adressiert, dann meint er die Überwindung der internen Grenzen, die sie mit ihrem Anspruch auf Mitgestaltung überwinden musste, sei es durch den Wurf von Steinen, sei es mit dem ersten errungenen Ministeramt in Turnschuhen.

Die sehr deutsche Debatte um die Gesellschaft und ihre unsichtbaren, aber wirksamen Grenzen der Mitwirkung an der Entwicklung in den Jahren um 1968 erweitert sich heute auf die Frage nach der Mitwirkung nicht nur aller sozialer Schichten der Gesellschaft, sondern vor allem auch der Menschen mit Migrationsgeschichte. Wer ist „wir“ in Deutschland? Das so typisch deutsche Wort Heimat wird zum Kampfbegriff derer, die sie für sich allein reklamieren und führt zur Ausgrenzung all derer, die nach Flucht und Vertreibung eine neue Heimat suchen. Man erinnert sich an die deutschen Reichsstädte, die sehr präzise festlegten, wer innerhalb der sicheren Stadtmauern leben durfte und wer vor den Toren in unwürdigen Behausungen warten musste, bis er oder sie hereingelassen wurde, um einer Arbeit nachzugehen. Die wirtschaftlich motivierte Weltoffenheit der Reichsstädte und deren latente Fremdenfeindlichkeit scheinen sich heute in den armseligen Montagsversammlungen von Pegida widerzuspiegeln.

Wo findet die Debatte um die Grenzen und um Mitwirkung, um die demokratische Gesellschaft und deren Mitglieder heute statt? In den ermüdenden Talkshows des Fernsehens? Auf den Straßen, wie einst 1968? Nimmt man zur Kenntnis, dass es inzwischen Städte in Deutschland gibt, in denen die „einheimische Bevölkerung“ nicht mehr die zahlenmäßige Mehrheit hat – „Minderheiten-Städte“ genannt – dann bedarf es einer neuen „großen Erzählung“, um eine Gesellschaft des Jahres 2018 und ihre Zukunft zu definieren. Da waren sich alle Teilnehmenden einig.

Wenn man diesem Befund die Bilder des Winters 2018 mit den Straßenaktivitäten der „Gelbwesten“ in Frankreich gegenüberstellt, erkennt man: In 50 Jahren hat sich noch keine neue Form einer demokratischen und offenen Gesellschaft entwickelt, an deren Gestaltung alle Menschen in Deutschland teilhaben können. Es bleibt noch viel Spielraum für ein „mehr“.



Dialog-Café 2: Mehr Wandel wagen

Impulsgeberinnen:

Tanja Brumbauer, ZOE – Institut für zukunftsfähige Ökonomien e.V., Bonn

Silke Niehoff, Institute for Advanced Sustainability Studies e.V., Potsdam

Katrin Wenz, Bund für Umwelt und Naturschutz, e.V., Berlin

Begleitung: Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin

Moderation: Dr. Franziska Rischkowsky, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Karen Lehmann und Dr. Franziska Rischkowsky

Angesichts von Klimawandel und Umweltbelastungen widmet sich Dialog-Café 2 dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung und fragt: Kann Transformation „von unten“ tatsächlich gelingen? Wo liegen die Grenzen lokaler Initiativen? Wie wirkt sich die Digitalisierung auf Ressourcen- und Energieverbräuche in der industriellen Produktion aus? Wie können digitale Technologien für eine nachhaltigere Entwicklung eingesetzt werden? Oder kurz: Wie nachhaltig kann „smart“ sein? Wie entsteht Bereitschaft, nachhaltig zu konsumieren und zu produzieren?

Ist eine Transformation von unten möglich?

Zu Beginn ihres Impulses stellt Tanja Brumbauer die Frage, ob Transformation von unten überhaupt gelingen kann und wo die Grenzen lokaler Initiativen liegen. Das Spektrum lokaler Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung ist groß. Je nach Begriffsverwendung reicht es von „Repair-Cafés“ über solidarische Landwirtschaft bis hin zu Protestbewegungen wie aktuell im Hambacher Forst. Tanja Brumbauer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Bildungsreferentin des ZOE – Institut für zukunftsfähige Ökonomien, fokussiert im Speziellen auf zivilgesellschaftliche Initiativen, die eine sozial-ökologische Transformation zum Ziel haben.

Lokale oder „Bottom-up“-Initiativen agieren innerhalb gegebener politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Grenzen. Damit sind auch ihre Möglichkeiten begrenzt, strukturell bedingte Probleme lösen zu können. Auch wenn etwa in Repair-Cafés wichtige Arbeit geleistet wird, so macht die Menge der reparierten Geräte im Vergleich zum Gesamtvolumen des Elektroschrotts in Deutschland nur eine sehr geringfügige Menge aus, legt die Impulsgeberin dar. Dahinterstehende Probleme wie die einer geplanten Obsoleszenz und der absichtlichen Kurzlebigkeit von Produkten, um die Marktnachfrage zu erhalten, werden davon nicht berührt. Damit kann der Vorwurf, dass Bottom-up-Initiativen in der Hauptsache Symptombehandlung betreiben und nicht die Ursache des Problems beheben, durchaus als gerechtfertigt gelten.

Eine weitere Grenze des lokalen Engagements für eine Nachhaltige Entwicklung sieht Tanja Brumbauer in der Freiwilligkeit der Teilnahme. Das schränkt einerseits den Kreis derer deutlich ein, die es sich „leisten“ können, sich neben Erwerbs- und Haushaltstätigkeit umfänglich in solchen Initiativen zu engagieren. Das Erreichen einer „kritischen Masse“ an Personen, die einen gesellschaftsweiten Sinneswandel hervorrufen könnte, wird so ausgesprochen schwierig. Damit bleiben Reichweite und tatsächlicher Beitrag vieler Initiativen zunächst überschaubar.

Die Fiktion des Wissens

Aber auch wenn die in lokalen Initiativen entwickelten spezifischen Einzellösungen nicht effektiv genug und in ihrem Wirkungsgrad zu gering erscheinen, weist Tanja Brumbauer auf die Chancen eines Wechsel- und Zusammenspiels von Bottom-up- und Top-down-Ansätzen hin. Aus den Schwächen lokaler Initiativen kann nicht gefolgert werden, dass regulatorische oder politische Lösungen, wie sie im Mittelpunkt eines Top-down-Ansatzes stehen, zu besseren Ergebnissen führen. Im Gegenteil, auch Top-down-Initiativen haben Grenzen in ihrem Wirksamkeitsgrad.

Die Impulsgeberin bedient sich für die Erläuterung ihres Arguments eines Bildes des französischen Philosophen Michel de Certeau. In seinem Werk „Kunst des Handelns“ beschäftigt sich de Certeau mit den Auswirkungen verschiedener Betrachterperspektiven auf die Wahrnehmung identischer Realität. Der Betrachter steht auf dem Dach des World Trade Centers und blickt auf New York. Diese Position ermöglicht einen Top-down-Blick, eine Möglichkeit der Metabetrachtung. Der Betrachter kann größere Zusammenhänge in der Stadt erkennen, beispielsweise Fußgängerströme beobachten. Die entfernte Perspektive von oben macht dies möglich. Das Bild von de Certeau beinhaltet auch die „gewöhnlichen Benutzer“ im Stadtgeschehen, denen der Metablick bezüglich der größeren Zusammenhänge verwehrt bleibt. Dennoch verfügen auch sie über ein einzigartiges Wissen. Auch auf Ebene der Straße gibt es vieles zu beobachten, das wiederum zu Erklärungen in Bezug auf die größeren Zusammenhänge der Dynamik der Stadt und des Zusammenlebens seiner Bewohner beitragen kann. Diese sind dem Betrachter oben auf dem World Trade Center nicht ersichtlich. So kann er etwa die Beweggründe einer Person nicht erkennen, die in eine bestimmte Straße einbiegt. Der Metablick erzeugt also nur eine „Fiktion des Wissens“, erlaubt nur eine geringe Detailschärfe. Der – räumliche – Abstand zwischen Subjekt und Objekt entfremdet den Beobachter von dem Alltäglichen und nimmt ihm so eine wichtige Wissensquelle.

Die Impulsgeberin stellt dieses Bildnis von de Certeau in Zusammenhang mit der Diskussion um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Transformationsstrategien. Der Einfluss lokaler Initiativen wird – gerade aufgrund ihrer zunächst offenkundig geringen Reichweite – oft unterschätzt, da er nur schwerlich durch Indikatoren abbildbar ist. Lokale Initiativen erfüllen weitere wichtige Funktionen in der Gesellschaft. So ist Partizipation an sich ein demokratischer Wert. Es können in der Zusammenarbeit in ebensolchen Initiativen wichtige demokratische Fähigkeiten wie der Umgang mit unterschiedlichen Meinungen erlernt werden. Ein Engagement fördert die Verdichtung sozialer Beziehungen und den gesellschaftlichen Zusammenhang. Zudem erfahren die Engagierten Selbstwirksamkeit.

Tanja Brumbauer zieht am Ende ihrer Ausführungen die Schlussfolgerung, dass für eine sozial-ökologische Transformation beide Ansätze wichtig – und notwendig – sind. Es braucht einen Dialog zwischen den beiden Ansätzen, der in der Praxis durch mangelnde Wertschätzung gegenüber dem Beitrag von Bottom-up-Initiativen erschwert wird. Dennoch muss auch klargestellt sein, dass Top-down-Maßnahmen, wie beispielsweise Gesetze und Regulierungen, notwendig sind.

Wie wichtig sind lokale „Bottom up“-Initiativen für eine sozial-ökologische Transformation?

In der regen Diskussion stellt ein Vertreter der Kommunalpolitik die Wirksamkeit von lokalen-Initiativen generell in Frage: Solche „Wohlfühlaktionen“ können nur wenig dazu beitragen, reale und komplexe Probleme zu lösen. Er verweist auf die Notwendigkeit der Anwendung regulatorischer Instrumente zur Lösung von Marktversagen und Gefangenendilemmata. Ergänzend verweist ein weiterer Teilnehmer darauf, dass Bottom-up-Initiativen vielleicht sogar eine schädliche Wirkung haben können – immer dann, wenn sie die Annahme zur Folge haben, dass sie eine Top-down-Regelung ersetzen können. Dem wird entgegengehalten, dass diese Initiativen über einen Fundus von lokalem Wissen und Expertise verfügen, der oft über Jahrzehnte gesammelt wurde. Dieses Vorwissen ist notwendig, um – darauf aufbauend – effektive Gesetzgebung zu schaffen. Zudem machen sie die Thematik konkret erlebbar, eine nachhaltige Veränderung der Mentalität und Handlungsmuster der Einzelnen kann so besser erreicht werden. Top-down-Ansätze eignen sich hingegen, um über Sanktionsmöglichkeiten schneller Ergebnisse zu erzielen.

Wie können lokale Initiativen wirkungsvoller agieren?

Wie kann das Potenzial von Bottom-up-Initiativen besser ausgeschöpft werden? Im weiteren Gespräch wird angeführt, dass es durchaus lokales Engagement gibt, das eine sogenannte kritische Masse erreichen und dadurch politischen Entscheidungsträgern auf Augenhöhe begegnen kann. Als Beispiele werden Foodsharing und die „Pulse of Europe“-Bewegung genannt. Die Bedeutung einer besseren Vernetzung der Akteure wird hervorgehoben. Vertreterinnen und Vertreter lokaler Initiativen sollen den Kontakt zu konventionellen Einrichtungen, wie beispielsweise Verbänden oder Gewerkschaften, suchen. Für das Zusammentreffen von Akteuren beider Ansätze müssen Begegnungspunkte geschaffen werden. In einem so entstehenden und verstärkten „Begegnungsverkehr“ können sich die Partner gleichberechtigt treffen. Akteure der lokalen Initiativen können so ein politisches Bewusstsein entwickeln. Um den Raum der Begegnung zwischen verschiedenen Akteuren zu schaffen, wird zudem auf die wichtige Rolle von Stiftungen verwiesen.

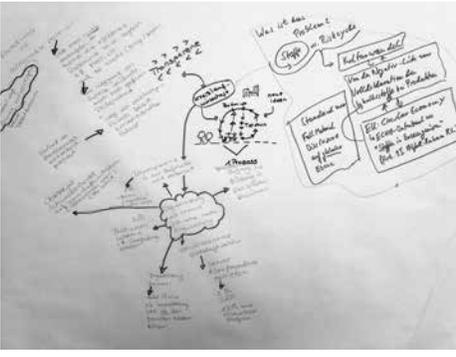
Ist die Dichotomie zwischen „Top-down“ und „Bottom-up“ sinnvoll?

Statt Einigkeit über die Bedeutung der einen oder anderen Strategie zu erreichen, wird schließlich in der Diskussion infrage gestellt, ob eine Dichotomie zwischen den beiden Ansätzen überhaupt sinnvoll ist. Bottom-up-Initiativen können ein Ausgangspunkt sein. Dann, wenn sie erfolgreich sind, können sie in Top-down-Regelungen verstetigt werden. So gesehen eignen sie sich möglicherweise sogar als Nukleus, von dem dann andere, größere Prozesse ausgehen. Welcher Strategie der Vorzug zu geben ist, hängt von dem angestrebten Ziel ab. Dabei sind Zielkonflikte zu identifizieren und zu beachten.

Es gibt verschiedene Wege der Transformation, fasst Tanja Brumbauer zusammen. Top-down und Bottom-up – beide Ansätze haben ihren Platz. Besonderen Wert legt sie auf die gegenseitige Wertschätzung der jeweiligen Akteure, die notwendig für eine zielführende Zusammenarbeit ist.

Smarte neue Welt

Der Zusammenhang zwischen der fortschreitenden Digitalisierung und dem Ziel einer Nachhaltigen Entwicklung steht im Mittelpunkt der zweiten Gesprächsrunde. Die Impulsgeberin Silke Niehoff vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam nutzt ihren Vortrag, um vertieft auf drei Aspekte einzugehen: die ökologische Betrachtung der Digitalisierung mit Fokus auf den Bereich der Ressourceneffizienz, die soziale Dimension, insbesondere mit dem Bereich Beschäftigung, sowie die Narrative in der Kommunikation über diesen Veränderungsprozess.



Der Effekt der Digitalisierung auf die Ressourceneffizienz

Unternehmensvertreter gehen davon aus, dass die Technologien, die mit dem Schlagwort „Industrie 4.0“ verbunden sind, die Ressourceneffizienz um bis zu 50 Prozent erhöhen können. Das geht aus einer Studie hervor, in der die Teilnehmenden um ihre Einschätzung zur Auswirkung von Industrie 4.0 auf Produktion und Arbeitsprozesse gebeten wurden. Silke Niehoff zweifelt an der methodischen Validität der Studie und damit der Verlässlichkeit der Aussagen. Sie plädiert für eine differenziertere Betrachtungsweise der Wirkungen digitaler Technologien auf Produktionsprozesse.

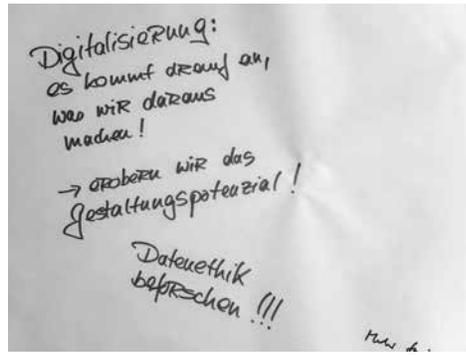
Im Bereich von Einzeltechniken wurden für die Ebene Ressourceneffizienzsteigerung durchaus bereits vielversprechende Ansätze entwickelt: So kann der 3D-Druck beispielsweise unter bestimmten Voraussetzungen Materialien einsparen, softwarebasierte Lösungen verbessern das betriebliche Energiemanagement. Dies ist jedoch eine sehr kleinteilige Betrachtung. Der Begriff „Industrie 4.0“ geht jedoch über Einzeltechnologien hinaus. Es fehlt an grundlegender Forschung, die die Gesamtheit der Technologien umfasst und ihre Wirkungen analysiert, so die Impulsgeberin.

Vernachlässigt wird bei der Betrachtung der Auswirkungen von Industrie 4.0 auf Ressourcen- und Energieverbräuche insbesondere die Inputseite, also aufseiten der Produktionsfaktoren, die in die industriellen Produktionsprozesse einfließen. Hier wird Industrie 4.0 sogar sehr ressourcenintensiv. Allein die Auf- und Umrüstung von Produktionsanlagen führt zu einem enormen Anstieg der Nachfrage nach Seltenen Erden. Und auch der Energieverbrauch wird mit Industrie 4.0 tendenziell ansteigen – statt abzuflachen. Bereits jetzt werden knapp zehn Prozent des privaten globalen Stromverbrauchs durch Datenserver verursacht.

Diese Vernachlässigung der ganzheitlichen Beforschung von ökologischen Auswirkungen der Digitalisierung stellt, so die Wissenschaftlerin, eine große Gefahr dar. Hier bleibt nicht nur die Chance ungenutzt, die Digitalisierung nachhaltig und ökologisch verträglich zu gestalten. Die Digitalisierung kann so die ökologischen Probleme, denen wir uns gegenübersehen, über einen Anstieg der Energienutzung und einen verstärkten Abbau Seltener Erden sogar verstärken.

Der Einfluss auf Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse

Die soziale Dimension der Digitalisierung wird hingegen relativ gut beforscht. Es beschäftigen sich insbesondere die Gewerkschaften, aber auch politische Stiftungen wie die Friedrich-Ebert-Stiftung intensiv mit diesem Bereich. Eine Studie des Instituts für transformative Nachhaltigkeitsforschung bestätigt den Trend, dass künftig viele der niedrig qualifizierten Jobs in der Fertigung und Montage wegfallen werden, während es einen steigenden Bedarf an höherqualifizierten Arbeitnehmern geben wird. In Ländern, die die Digitalisierung stärker vorantreiben, zeigt sich diese Entwicklung noch deutlicher. So schätzen chinesische Unternehmer die Wahrscheinlichkeit, dass



mit der Digitalisierung ein Stellenabbau im Bereich Fertigung und Montage verbunden sein wird, noch einmal deutlich höher ein als ihre deutschen Kollegen. Gerade im Hinblick auf Firmen wie Foxconn, die in China rund 1,2 Millionen Menschen vorwiegend in der Fertigung und Montage beschäftigen, wird das Ausmaß der kommenden Veränderungen klar.

In der, mit der Verschiebung zu einer vermehrten Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitnehmern verbundenen, steigenden Ungleichheit sieht Silke Niehoff eine „Mammutaufgabe“ für die Politik. Wenn es nicht gelingt, den bevorstehenden Strukturwandel sozial abzufedern, ergeben sich massive Folgeprobleme, gesellschaftliche Auseinandersetzungen sind dann vorprogrammiert.

Das herrschende Narrativ

Das Narrativ bezüglich Industrie 4.0 scheint derzeit insbesondere von den uneingeschränkten Verfechtern der Digitalisierung dominiert. Diese betonen jedoch einseitig die mit digitalen Technologien verbundenen Möglichkeiten der Effizienzsteigerung. Hier sieht die Impulsgeberin eine große Gefahr – und gleichzeitig eine Aufgabe für Akteure aus Politik und Verwaltung. Für eine nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung müssen sie sich mit deutlicheren Positionen zu Wort melden und erkennbarer auf die Folgen hinweisen.

Wer prägt das herrschende Narrativ? Aus dem Teilnehmerkreis werden Wirtschaftsakteure und Verbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie genannt. Die legen den Fokus jedoch auf dem Bereich Wirtschaftswachstum und nicht auf den einer Nachhaltigen Entwicklung. In der Diskussion wird die Frage gestellt, ob eine Verschiebung dieses herrschenden Narrativs beispielsweise über Forschungsmittel und -programme möglich wäre. Diese könnten beispielsweise zum Ziel haben, die konkreten ökologischen und sozialen Folgen der Digitalisierung kritisch überprüfen zu lassen und die Ergebnisse der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

Transparenz und Ethik

Digitale Technologien sind geeignet, die Transparenz in industriellen Herstellungsprozessen zu erhöhen. Wie viel Transparenz benötigen Verbraucher? Hilft die Information, woher das Lithium in der Batterie eines Elektroautos kommt? Oder überfordert dieses Wissen den durchschnittlichen Konsumenten? In der Diskussion entsteht aus diesen Fragestellungen die Forderung, über Bildungsprozesse gezielt die Kompetenzen der Verbraucherinnen und Verbraucher aufzubauen. Ergänzend weist ein Diskussions Teilnehmer darauf hin, dass eine steigende Transparenz auch dann disziplinierend auf die Unternehmen wirken kann, wenn die Verbraucher selber die Informationen nicht nutzen können. Schon die Gefahr, dass die Presse auf entsprechende Missstände in der Produktion oder Lieferkette eines Betriebes hinweisen könnte, trägt möglicherweise zu einer Disziplinierung der Unternehmen bei.

In der Diskussion um die Auswirkungen der Digitalisierung für die Verbraucher weisen die Teilnehmer des Dialog-Cafés auf Aspekte der Datenethik hin. Da es keine technische Neutralität gibt, so eine Forderung aus dem Kreis der Diskutierenden, muss die Wissenschaft potenzielle Auswirkungen technischer Entwicklungen vorab überprüfen. Als Anwendungsfeld wird der Bereich Künstliche Intelligenz genannt und zu bedenken gegeben, dass gerade diese Technologien interessengeleitet aufgebaut werden. Hier besteht hoher Forschungsbedarf.

Auf welche Weise kann die Digitalisierung zu einer Nachhaltigen Entwicklung beitragen?

Einigkeit herrscht in der Diskussion darüber, dass auch eine digitalisierte Welt an ihre planetaren Grenzen stößt. Die Digitalisierung kann nicht als Antwort auf alle großen globalen Herausforderungen gesehen werden. Dies gilt umso mehr, wenn Rebound-Effekte miteinbezogen werden, die Effizienzsteigerungen und Ressourceneinsparungen über eine erhöhte Nachfrage überkompensieren.

Die Digitalisierung kann allenfalls ein Instrument sein oder ein „Möglichmacher“. Digitale Anwendungen ermöglichen oder vereinfachen allenfalls nachhaltigere Lösungen – dies gilt etwa für das Thema Qualitätssicherung und Transparenz in den Lieferketten. Es ist entsprechend wichtig, so die Essenz dieser Diskussionsrunde, mit berechtigten Bedenken den Trend zur Digitalisierung kritisch zu hinterfragen. Gleichzeitig dürfen jedoch die positiven Seiten der Digitalisierung nicht übersehen werden. Eine nachhaltig gestaltete Digitalisierung ist geeignet, Wohlstandsgewinne zu generieren und einen Beitrag zur Lösung einiger der großen Herausforderungen unserer Zeit zu leisten.

Nachhaltiger Konsum und Nachhaltige Produktion

Die dritte Session dieses Dialog-Cafés befasst sich mit der Frage, welche Auswirkungen unser Konsum auf Klima- und Ressourcenschutz hat und wie nachhaltigere Konsummuster entstehen können. Die Impulsgeberin Katrin Wenz, die als Agrarreferentin bei dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) tätig ist, stellt ihre Priorisierung der Themen in diesem Gebiet vor. Wenn Mitglieder des BUND Konsum im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit thematisieren, geht es meist um die Produktion und den Konsum von Fleischprodukten. Die Fleischproduktion ist der größte Verursacher unserer heutigen Umweltprobleme. Zudem sind mit der Fleischproduktion massive soziale Probleme verbunden, die sich verstärkt im globalen Süden manifestieren.

Im Bereich der politischen Rahmenbedingungen und der Gesetzgebung sieht Katrin Wenz nur wenig Bewegung in Richtung einer nachhaltigeren Produktion. Deutlich mehr Dynamik zeigt sich hingegen in der öffentlichen Meinung. Seit mehreren Jahren wird die Tierhaltung, wie sie in Deutschland stattfindet, äußerst kritisch von Konsumenten und Konsumentinnen bewertet. Umfragen zeigen, dass etwa 80 Prozent der Menschen in Deutschland bereit sind, mehr Geld für Fleisch auszugeben, wenn sie dadurch eine bessere Tierhaltung bewirken können. Eine Verbesserung der Haltungsbedingungen würde eine Preissteigerung von etwa 20 Prozent mit sich bringen.

Angebot und Nachfrage

Die Agrarexpertin und Mitautorin des jährlich erscheinenden „Fleischatlas“ verweist auf die in Deutschland herrschende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Der seit einigen Jahren hohen – und weiter wachsenden – Nachfrage der Konsumenten nach ökologisch produzierten Lebensmitteln steht kein gleichermaßen steigendes Angebot gegenüber. Eine Ursache liegt darin, dass es der Bundesregierung nicht gelingt, das Gros der Landwirte von einer ökologischen Landwirtschaft zu überzeugen und

die finanziellen Ressourcen bereitzustellen, um die Flächen auf Biolandbau umzustellen, meint Katrin Wenz. Nur etwa acht bis neun Prozent der Flächen in Deutschland werden derzeit ökologisch bewirtschaftet, wobei es hier eine leichte Steigerung in den letzten Jahren gegeben hat. Viele dieser Flächen werden wiederum, gerade in Norddeutschland, als Weideland genutzt, nicht für den Getreide- oder Gemüseanbau. Dies führt zu der Situation, dass Deutschland, trotz der guten Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln und der weit verbreiteten Skepsis gegenüber der konventionellen Tierhaltung, ökologisch erzeugte Lebensmittel aus Nachbarländern importiert. Gleichzeitig produziert die konventionelle Landwirtschaft in Deutschland wiederum sehr günstig für den Export. Es wird also am Bedarf vorbei produziert.

Billiges Fleisch ist teuer gekauft

Die Impulsgeberin verdeutlicht die Problematik an einem Praxisbeispiel: Aktuell wird ein 200-Gramm-Schnitzel für einen Euro in einem Supermarkt angeboten. Die immensen Umweltkosten sind dabei nicht eingepreist. So wurde das Schwein unter schlechten Bedingungen gehalten. Die Produktion der Futtermittel verbraucht enorme Flächen im globalen Süden. Die Klimabilanz dieses Schnitzels fällt entsprechend schlecht aus. Eigentlich können wir uns diese Billigproduktion nicht leisten, fasst Katrin Wenz zusammen. Der Preis an der Ladentheke mag billig sein. Für die Ermittlung des wahren Preises müssen jedoch die Agrarfördermittel hinzu gerechnet werden, die der Bürger über die Steuerleistungen mitträgt – und die Umwelt- und sozialen Kosten, die über Externalitäten der Gesellschaft aufgebürdet werden. Die Impulsgeberin kritisiert, dass Agrarfördermittel vorrangig pauschal nach Fläche vergeben werden – und nicht danach, ob ein Lebensmittel ökologisch sinnvoll erzeugt worden ist. Hinzu kommen die Kosten für das Gesundheitssystem, die beispielsweise durch multiresistente Keime entstehen. Die konventionelle Tierhaltung und die damit verbundene flächendeckende Gabe von Antibiotika an Nutztierbestände mag nicht der einzige Grund für die zu beobachtende Häufung von multiresistenten Keimen sein, spielt aber eine herausragende Rolle. Erst in jüngerer Zeit nahm, vor allem aufgrund von politischem Druck, die Gabe von Antibiotika ab. Ein wichtiger Erfolg ist hierbei das Verbot der Nutzung der Reserveantibiotika in der Tiermast, das aktuell vor der Europäischen Kommission durchgesetzt wird. Für einen weiteren Rückgang ist jedoch eine Umstellung in der Art und Weise, wie wir Tiere halten, notwendig.

Die Fleischproduktion leistet einen erheblichen Beitrag zur Erderwärmung und zum Klimawandel. Wenn sich alle anderen Wirtschaftsbereiche an die entsprechenden Vorgaben zum Klimaschutz halten und sich der Fleisch- und Milchsektor im Trend der vergangenen Jahre weiter entwickelt, steigt sein Anteil an der Emission der klimaschädlichen Gase von heute 14 auf mehr als 30 Prozent im Jahr 2030 und sogar mehr als 80 Prozent im Jahr 2050, zitiert die Impulsgeberin aus dem aktuellen Fleischatlas. Ein weiteres zentrales Problem unserer heutigen Tierhaltung manifestiert sich in der Grundwasserqualität. Es ist eine enge Korrelation zwischen intensiver Tierhaltung und schlechten Grundwasserwerten in den jeweiligen Gebieten unseres Landes zu beobachten. Die Impulsgeberin plädiert dafür, die fleischproduzierenden Betriebe an den von ihnen verursachten gesamtgesellschaftlichen Kosten zu beteiligen. Zudem fordert sie eine deutlichere Kennzeichnung von Fleisch. Bestehende Regelungen machen es den Herstellern einfach, Verbrauchern durch geschicktes Marketing der Produkte deutlich bessere als die tatsächlichen Produktionsbedingungen zu suggerieren. Die Deutschen konsumieren etwa 60 Kilogramm Fleischprodukte pro Person im Jahr, stellt Katrin Wenz fest. Die mit der Fleischproduktion verbundenen Probleme kann sich unsere Gesellschaft auf Dauer nicht leisten. Wie können wir Anreize so setzen, dass die Konsumenten in Zukunft vermehrt zu vegetarischen Alternativen greifen? Welche Verantwortung hat der Staat, wenn es darum geht, einen Wandel in unserer Ernährungsweise zu unterstützen und zu flankieren?



Die soziale Dimension: Bio als Luxusgut

Wie die angeregte Diskussion verdeutlicht, betrifft ein Wandel der Konsumgewohnheiten Fragen der sozialen Gerechtigkeit. So fällt in der Betrachtung der vergangenen zwei Jahrzehnte auf, dass die Gruppe der Empfänger von Sozialleistungen einen immer kleiner werdenden Teil ihres Budgets für Lebensmittel ausgeben kann – prozentual wie auch real. Ursächlich dafür ist der Anstieg anderer Kosten der Lebenshaltung. Die grundsätzliche Bereitschaft dieser Bevölkerungsgruppe, ökologische Produkte zu kaufen, ist laut Umfragen nicht unbedingt niedriger als in der restlichen Bevölkerung. Es fehlt jedoch an den Möglichkeiten, diese zu finanzieren. Demgegenüber ist in anderen Teilen der Bevölkerung ein Übermaß an Konsum zu beobachten. Eine Strategie, die einen Ernährungswandel unserer Bevölkerung zum Ziel hat, muss demzufolge zwei sich diametral gegenüberstehende Probleme berücksichtigen: Übermaß und Mindestmaß an Teilhabe. Die geschilderte soziale Segregation bringt ein Diskussionsteilnehmer auf den Punkt: Nachhaltigkeit ist ein Luxusgut. Die Menschen können es sich nur leisten, sich ökologisch verträglich zu ernähren, wenn ihr Grundbedarf gedeckt ist und ihre Existenzsorgen überschaubar sind.

Im weiteren Gespräch wird deutlich, dass zu dem sozialen auch ein kulturelles Problem kommt. Die deutsche Bevölkerung gibt im Durchschnitt nur elf Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Nahrungsmittel aus – unabhängig von dessen Höhe. Das ist, so ein Diskussionsbeitrag, weit weniger als bei unseren europäischen Nachbarn. Wir sparen bei den Lebensmitteln, und der Handel reagiert mit entsprechenden Angeboten. 90 Prozent der verkauften Fleischprodukte in Deutschland kommen aus der Massentierhaltung; auch Menschen, die sich anderes leisten könnten, kaufen billig.

Veränderungsprozesse im Konsumverhalten

Einigkeit besteht in der Diskussion darüber, dass es für einen Ernährungswandel eine Einstellungsänderung in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger braucht: Nicht bei jedem Essen muss es Fleisch geben. Erschwerend für eine Einstellungsänderung sind jedoch auch Faktoren wie Geschmack und Zubereitungszeit, die beim Thema Ernährung, neben der Produktauswahl, eine Rolle spielen. Unser Essverhalten wird zudem stark durch Erziehung und Sozialisation geprägt. Kinder kommen schon mit gefestigten Essgewohnheiten in den Kindergarten und die Schule. Wie Erfahrungen aus der Anti-Tabak-Kampagne zeigen, sind gezielte Maßnahmen im Bereich Bildung kombiniert mit verschärften Regulierungen geeignet, eine spürbare Verhaltensänderung vieler herbeizuführen – ein Weg, von dem wir für die Ernährungswende vielleicht lernen können.

In der Diskussion, ob für eine Änderung der Ernährungsgewohnheiten nun vermehrt auf Regulierungsmaßnahmen, Anreizsysteme oder Bildungsmaßnahmen gesetzt werden soll, verweist Katrin Wenz darauf, dass den Konsumenten und Konsumentinnen zwar eine hohe Verantwortung zukommt, aber der Gesetzgeber ebenfalls stärker in

der Pflicht steht. Ein wichtiger Hebel ist dabei das Ordnungsrecht. Vor der Etablierung neuer Regulierungen geht es in einem ersten Schritt darum, das bestehende Ordnungsrecht auch anzuwenden.

Das Projekt Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne) der Hochschule Darmstadt

Mit dem Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ verfolgen die Hochschule Darmstadt und ihre Partner das Ziel, gemeinsam mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft in Darmstadt und der umliegenden Region Veränderungsprozesse in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu gestalten. Gestützt auf Erfahrungen aus der transformativen Forschung und ausgerichtet an den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen soll ein Lernprozess initiiert werden, der etablierte Routinen mittels innovativer Problemlösungen aufbricht und bestehende „System-Grenzen“ überwindet. Das Projekt wird im Rahmen der Bund-Länder-Initiative „Innovative Hochschule“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Land Hessen gefördert. Die Schader-Stiftung hat in dem Transferprojekt die Aufgabe, Denk- und Begegnungsräume für Akteure aus Wissenschaft und Praxis zu schaffen, um das Entstehen innovativer Lösungen für eine Nachhaltige Entwicklung der Region zu befördern.

Resümee

Prof. Julian Wékel, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, hat das Dialog-Café „Mehr Wandel wagen“ begleitet.

In der ersten Session wurde deutlich, dass es weniger um die Frage Bottom-up oder Top-down-Initiative geht als um ein kluges Zusammen- und Wechselspiel beider Ansätze. Dafür muss „Begegnungsverkehr“, eine Kultur des Austauschs, geschaffen werden zwischen den Vertretern beider Ansätze – der lokalen Initiativen wie der Politik und Gesetzgebung. Die Begegnung dieser beiden Richtungen kann dazu führen, dass sich jeweils sowohl im Selbstverständnis als auch in der Ausrichtung auf neue Vorgehensweisen ein solcher Kontakt, eine solche Kommunikation, als überaus wesentlich und befördernd erweist. Darüber hinaus war die Erkenntnis sinnvoll und wichtig, dass für einen Prozess zu mehr Nachhaltigkeit eine Bestimmung von Zielen, aber auch von Zielkonflikten notwendig ist.

In der zweiten Session stand die Erkenntnis im Vordergrund, dass eine kritische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung und ihren Folgewirkungen von grundlegender Bedeutung ist. Dafür sind vertiefte Informationen über die mit diesen neuen Technologien verbundenen Prozesse notwendig. Dies gilt insbesondere für Fragestellungen, die den Arbeitsmarkt betreffen. Die voranschreitende Digitalisierung nachhaltig zu gestalten, ist eine große gesellschaftliche Herausforderung. Sie beinhaltet aber auch Chancen – etwa durch ein Mehr an gesellschaftlicher Transparenz. Dazu gehören neue Möglichkeiten, kulturelle und demokratische Vorteile zu generieren.

Es war gut, in der abschließenden Runde des Dialog-Cafés noch einmal auf einer sehr konkreten Ebene am Beispiel der Frage von Fleischkonsum deutlich zu machen, welche Wirkungen und Nebenwirkungen mit unserer heutigen landwirtschaftlichen Produktion verbunden sind. Neben kulturellen, sozialen und auch informationsbezogenen Aspekten sind es gerade die volkswirtschaftlichen Kosten, die von einer industrialisierten Landwirtschaft ausgehen und die in den Blick genommen werden müssen. Die tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten dieses Industriezweiges werden zurzeit noch völlig unzureichend in den Marktpreisen der Produkte abgebildet. Umwelt-, Gesundheits- und soziale Kosten bleiben außen vor. Ob die Fokussierung auf Bildungsmaßnahmen allein einen Ernährungswandel befördern kann, muss infrage gestellt werden. Hier lohnt der Blick auf andere Bereiche, die mit externen Kosten verbunden sind, etwa die Eindämmung des Rauchens.



Dialog-Café 3: Mehr Streit wagen

Impulsgeber:

Prof. Dr. Lothar Brock, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. Roland Löffler, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden

Prof. Dr. Markus Gloe, Ludwig-Maximilians-Universität München

Begleitung: Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär a.D., Vorsitzender des Stiftungsrats

Moderation: Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Jens Hübertz und Dr. Tobias Robischon

Deutschlands politische Kultur leidet an ihrer Orientierung am Konsens, es fehlt eine robuste demokratische Konfliktkultur. Heftiger politischer Streit erscheint vielen Menschen als Bedrohung der Demokratie – und nicht als deren Essenz. Die Skepsis gegenüber einer pluralistischen Meinungskonkurrenz steht in der Tradition der Konfliktscheu, Konsensorientierung und dem Wunsch nach einer sozialen Gemeinschaft, in der sich alle einig sind. Aber wie belastbar ist eine Demokratie und was sind ihre Grenzen? Und besteht nicht andererseits auch die Gefahr eines Verschwindens des Politischen in einem als alternativlos kommunizierten Konsens?

Übersteigertes Harmoniebedürfnis statt pluralistischer Meinungskonkurrenz

Der politische Diskurs in Deutschland ist zu sehr auf Konsens ausgerichtet und in der Folge führt politischer Streit schnell zu Politikverdrossenheit. Politikverdrossenheit ist aber gefährlich für die Entwicklung und den Fortbestand der Demokratie. Es muss daher eine demokratische Streitkultur erlernt werden, die allerdings die Grenzen der Belastbarkeit eines demokratischen Diskurses nicht überschreitet. Mit diesen Thesen eröffnet Lothar Brock, Politikwissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt und Gastforscher am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, die Debatte des Dialog-Cafés.

Der Großteil der Teilnehmenden ist sich darin einig, dass Deutschland keine etablierte Streitkultur hat. Wie betont wird, gilt Streit im öffentlichen Diskurs als etwas Negatives. Weitgehende Einigkeit herrscht auch darüber, dass in der Öffentlichkeit Konsens- und Kompromissfähigkeit belohnt und gefördert werden. Nur vereinzelt gibt es Gegenstimmen, die das genaue Gegenteil vertreten: In Deutschland herrscht mitnichten eine Konsenskultur, gerade in der Politik entscheiden schlicht Mehrheiten. Die Opposition wird in Deutschland in die politische Entscheidungsfindung prinzipiell nicht eingebunden, oder nur dann, wenn es zwingend nötig ist. Anders dagegen in der Konsensdemokratie der Schweiz, in der ebenso wie über lange Zeit in Österreich die Kompro-

missbildung zwischen den großen gesellschaftlichen Gruppen die Politik bestimmt hat. Dem wird entgegengehalten, dass manche Fragen Kompromissen nicht zugänglich sind und daher durch Einsatz politischer Macht entschieden werden müssen. Dies wiederum gilt manchen als Indiz der nur unzureichend entwickelten Streitkultur, weswegen in der Sache dann doch kein Dissens am Tisch besteht.

Eine demokratische Streitkultur ist nur unter bestimmten wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen möglich. Wer an gewissen sozialen und ökonomischen Errungenschaften nicht teilhaben kann, so der Impulsgeber, ist vom demokratischen Streit ausgeschlossen. Dies wirft die Frage auf, worin die Ursachen der Politikverdrossenheit zu suchen sind: Ist sie in der Konsensneigung oder doch in den fehlenden sozio-ökonomischen Voraussetzungen einer Teilhabe am demokratischen Streit begründet? Andere sehen im deutschen Hang zum Konsens, der ihnen als übersteigertes Harmoniebedürfnis erscheint, gerade die Ursache politischen Streits. Je größer das Streben nach einem gesellschaftlichen Konsens und einem harmonischen Zusammenleben ist, desto mehr und heftigerer Streit resultiert daraus. Denn je homogener die gewünschte Gesellschaft ist, desto geringer fällt notwendigerweise die Bereitschaft aus, Individualität und Differenz zu akzeptieren. Der Wunsch, Harmonie und Einheit über den Streit zu stellen, steht im Widerspruch zur Anerkennung einer Vielfalt von Interessen und Perspektiven in einer pluralistischen Demokratie. Die Skepsis gegenüber der pluralistischen Meinungskonkurrenz ist so letztlich die Folge von Konsensorientierung und dem Wunsch nach einer sozialen Gemeinschaft, in der sich alle einig sind.

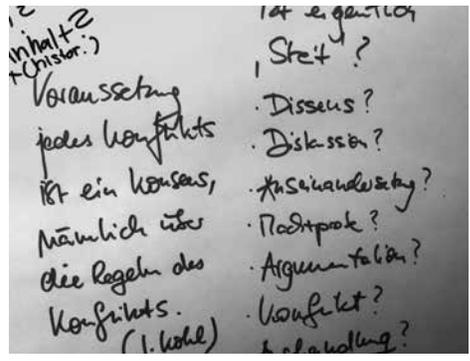
Ist Streiten nur nach zivilisierten Regeln möglich?

Doch wie kann die offenbar fehlende demokratische Streitkultur in Deutschland etabliert werden? Unter welchen Bedingungen und in welchen Grenzen ist Streit möglich? Auch in diesem Punkt wird ein Konsens unter den Teilnehmenden offenbar, der über alle drei Gesprächsrunden hinweg immer wieder neu formuliert wird: Um Streit „vernünftig“ oder „fruchtbar“ führen zu können, braucht es einen zumindest rudimentär geteilten Wertehorizont der Streitenden. Dazu zählen zum einen ein gewisser Respekt vor dem Gegenüber sowie die Anerkennung seines Andersseins, zum anderen die Vorstellung, dass Streit nach gewissen Regeln oder doch zumindest innerhalb bestimmter Grenzen stattzufinden hat. Streit, so die herrschende Meinung, muss nach zivilisierten Regeln verlaufen.

Kommentare auf der beschreibbaren Tischdecke des Dialog-Cafés zeugen von der Skepsis einiger Teilnehmender gegenüber dem dominierenden Verständnis von Streit: Dies ist kein Streit, sondern nur eine lebendige Diskussion unter akademisch gebildeten Mitteleuropäern. Zudem, so wird kritisiert, besteht die falsche Erwartung, dass Streit konstruktiv sein und am Ende zu einem möglichst konsensuell getragenen Ergebnis führen muss. Streit ist demnach nicht möglich, wenn sich grundlegende Ansichten der Streitenden diametral entgegenstehen, etwa darüber, wie Gesellschaft funktionieren soll.

Streit ohne Streitkultur und der Kampf um diskursive Hegemonie

Im Umgang mit der Neuen Rechten, der mehrfach zum Thema wird, stellt sich die Frage nach dem Umgang mit einer Streitkultur, die nicht dem überwiegenden Streitverständnis der Teilnehmenden des Dialog-Cafés entspricht. Die Streitkultur der Neuen Rechten, so wird argumentiert, gibt lediglich vor, eine solche zu sein. Gezielte Provokationen, Tabubrüche und deren mediale Inszenierung dienen nicht der Findung eines Kompromisses und nicht einmal der Durchsetzung des eigenen Arguments, sondern sind Teil einer Strategie, die der Etablierung einer Gegenhegemonie dienen soll. Dazu zählt auch, die „Grenzen des Sagbaren zu verschieben“ oder bestimmte Institutionen zu diskreditieren. Der Kampf um „Diskurshegemonie“ und um kommunikative Hegemonie,



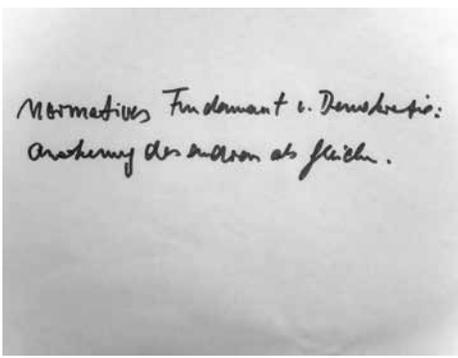
so ein Hinweis, ist jedoch weder eine neuartige Strategie, noch wird diese exklusiv von der politischen Rechten genutzt. Das dieser Strategie zugrunde liegende Konzept der „kulturellen Hegemonie“ ist Anfang der 1930er Jahre von Antonio Gramsci entwickelt worden, einem italienischen marxistischen Philosophen. Es ist seit langem fester Bestandteil linker Politikstrategien.

Heute nutzen sowohl Linke als auch Rechte die Einnahme einer vermeintlichen oder tatsächlichen Opferposition zur Stärkung eigener Positionen. Auf der linken Seite des politischen Spektrums wird beispielsweise in identitätspolitischen Kontexten versucht, durch den Hinweis auf eigene Diskriminierungserfahrungen die eigene Position als die legitimere darzustellen und sich so gegen Kritik zu immunisieren. Die Position des Gegenübers wird nicht anhand von Argumenten kritisiert, sondern das Gegenüber allein aufgrund seiner persönlichen Eigenschaften abgewertet, mit denen etwa eine vermeintlich privilegierte gesellschaftliche Stellung einhergeht („alter, weißer Mann“). Diese Kommunikationsstrategie soll unterprivilegierte Gruppen stärken: Nur die Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, sollen definieren dürfen, was diskriminierend ist und was nicht. Allen anderen wird das Recht, hierüber zu urteilen, abgesprochen. Im linken politischen Diskurs hat sich diese Form der „Streitkultur“ verselbständigt, indem Opferpositionen bewusst konstruiert werden, um die eigene Position zu stärken und sich gegen Kritik zu immunisieren.

Die Konstruktion der Opferposition entspringt in der Neuen Rechten einer anderen Logik. Die Neue Rechte, so wird wiederholt betont, ist auf die Abscheu des Establishments angewiesen, um sich selbst als dessen politischer Gegenpol legitimieren zu können. Verachtung und gezielte Ausgrenzung durch das Establishment ermöglichen es, sich selbst als Opfer unfairer Behandlung darzustellen. Eine Praxis, Anhänger der Neuen Rechten auszuschließen, bestärkt diese Selbstinszenierung als Opfer, geben einige Teilnehmende zu bedenken. Andererseits stellt sich die Frage, welchen Sinn die Pflege einer zivilen, nicht ausgrenzenden Streitkultur hat, wenn das Gegenüber diese bewusst dazu benutzt, sich als „Opfer“ zu inszenieren? Ein prinzipieller Ausschluss der Positionen von Minderheiten oder radikaleren Ansichten widerspricht den Ansprüchen einer offenen demokratischen Gesellschaft. Zudem, so eine Befürchtung, werden Sympathisanten dieser Positionen noch stärker an den Rand des öffentlichen Diskurses gerückt. Eine gewisse Ratlosigkeit drückt sich in der Forderung an zivilgesellschaftliche Institutionen nach Formaten aus, die integrieren und Dialogbereitschaft signalisieren sollen, jedoch gleichzeitig die Grenze des Sagbaren nicht weiter verschieben dürfen.

Politische Kommunikation: Interessenausgleich oder Machterwerb?

Erneut wird die Frage aufgeworfen, wie Streit möglich ist, wenn die andere Seite an einem Streit im konstruktiven Sinne gar nicht interessiert ist. Hinter dem Wunsch nach einer konstruktiven politischen Streitkultur steht ein bestimmtes Grundverständnis



von Politik. In vielen Redebeiträgen wird Politik als ein Instrument des Interessenausgleichs und des Kompromisses zwischen gesellschaftlichen Gruppen verstanden. Aus diesem Verständnis von Politik wird dann jeweils die dem Kontext entsprechend wünschenswerte Streitkultur konstruiert. Zu Recht wird dagegen eingewandt, dass Politik auch als institutionalisiertes Streben nach Macht begriffen werden muss. Politische Akteure, die der Vorstellung anhängen, politische Kommunikation sei ein Diskurs grundsätzlich kompromissbereiter, dem Interessenausgleich verpflichteter und sich dem besseren Argument beugender Akteure, haben Gruppierungen nur wenig entgegen zu setzen, die politische Kommunikation instrumentell verstehen, als ein Mittel des Machterwerbs. Ein Diskurs, der darauf angelegt ist, inhaltliche Kompromisse zu finden, kann leicht von Akteuren dominiert werden, denen es völlig unabhängig von der Sachebene nur um ihre Machtposition geht.

Der Kompromiss ist das Thema des zweiten Impulsgebers, Roland Löffler. Der Kompromiss in all seinen Formen gehört zum Wesen der Demokratie, sagt Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden. Der Kompromiss hat sowohl eine zivilisierende als auch eine integrative Kraft. Kompromisse sind demnach prinzipiell erstrebenswert. Schwierig ist stets, dass diese sowohl ins eigene Lager als auch in die breite Öffentlichkeit kommuniziert und vermittelt werden müssen. So erstrebenswert ein Kompromiss auch gesamtgesellschaftlich sein mag, er kann doch das Ansehen derjenigen schädigen, die ihn ausgehandelt haben. Dies gilt besonders dann, wenn diese augenscheinlich zu sehr, oder in seltenen Fällen auch zu wenig, von ihrer Position abgerückt sind.

Die politischen Institutionen Deutschlands sind vom Ausgleich der Interessen geprägt. Der dem Verhältniswahlrecht innewohnende Zwang zur Koalitionsbildung, aber auch das Wechselspiel zwischen Bundesrat und Bundestag bilden ein Instrumentarium des politisch-gesellschaftlichen Interessenausgleichs, das schon lange Zeit vor den Großen Koalitionen zum Ausgleich zwang. Dennoch sind Kompromisse in der Gesellschaft schlecht angesehen. Trotz allem Harmoniebedürfnis, so die Einschätzung des Impulsgebers, wird in Deutschland Durchsetzungsfähigkeit am Ende höher angesehen als Kompromissfähigkeit.

Alternativlosigkeiten und gefühlte Sprechverbote

Nicht ein möglicher Mangel an Kompromissfähigkeit in der deutschen Politik ist problematisch, so ein Einwand. Problematisch ist vielmehr die mangelnde Fähigkeit, Streit offen zu führen und die widerstreitenden Positionen klar auf den Tisch zu legen. Dieses Problem besteht, ergänzt ein Diskutant, weil eine Diskursverengung stattgefunden hat. In vielen politischen Feldern herrscht eine Situation vor, in der abweichende Positionen nicht mehr als legitime Gegenpositionen anerkannt werden. Sie werden bereits ausgeschlossen, bevor es überhaupt zu einem demokratischen Streit kommen kann.

Es ist auch wichtig, wird ergänzt, sich in Erinnerung zu rufen, dass unterschiedliche materielle, aber auch ideelle Interessengruppen innerhalb einer Gesellschaft bestehen. Wenn bestimmte politische Handlungsoptionen als alternativlos behandelt werden, wird die gesellschaftliche Interessenvielfalt bewusst ignoriert. Hinzugefügt wird, dass dies stark mit einer oberflächlichen Verwissenschaftlichung des politischen Diskurses korrespondiert. Hierbei wird versucht, die eigene politische Position durch die Berufung auf Expertise und Fakten als „wahr“ darzustellen und so gegen Kritik zu immunisieren. Die Konsequenz aus dieser vermeintlich interessenlosen Technokratie ist ein öffentlicher Diskurs, in dem nennenswerte Teile der Gesellschaft wissenschaftliche Expertise nicht mehr als Argument für eine politische Diskussion akzeptieren möchten oder diese gar nicht mehr ernst nehmen. Nur wenn die ständige Anrufung der scheinbar wissenschaftlich-rational begründeten Alternativlosigkeit aufhört, kann demnach wieder sinnvoll gestritten werden.

Offensichtlich besteht weithin der Eindruck, dass der aktuelle öffentliche Diskurs durchzogen ist von Alternativlosigkeiten und gefühlten Sprechverboten von rechts wie von links. Dies wirft die Frage auf, weshalb der Diskurs momentan als in solcher Weise gestört wahrgenommen wird.

Im Diskurs werden nur noch Extrempositionen gehört

Eine Erklärung hierfür ist die These von den Filterblasen im Internet. Dadurch werden Menschen immer wieder in ihrem eigenen Weltbild bestärkt und ihnen eine differenzierte Sichtweise geradezu abtrainiert. Das wird bestritten: Nicht die ständige Bestätigung der eigenen Sicht ist das Problem, sondern vielmehr die ständige Sichtbarkeit der extremen Auswüchse des politischen Gegners. Da in den sozialen Netzwerken, aber auch in vielen der etablierten Medien, Extrempositionen eine höhere Reichweite generieren, kommt es im politischen Diskurs zu einer Homogenisierung auf Basis von Extrempositionen.

Die Frage nach der demokratischen Streitkultur ist demnach auch eine Frage nach der Zuschreibung: Welches Bild mache ich mir von meinem Gegner, meinem Gegenüber? Wenn ständig auf absurde Extrempositionen rekurriert wird, kann man sich seiner eigenen moralischen Überlegenheit gewiss sein. Gemäßigte Positionen der Gegenseite werden in der Folge schlicht ignoriert.

Es stellt sich also nicht nur die Frage, wer den Ton innerhalb gesellschaftlicher Gruppen bestimmt, sondern auch wer vom politischen Gegner gehört wird oder von diesem überhaupt gehört werden will. Durch die Skandalisierung von Extremposition, sowohl links als auch rechts, werden diese im gesamtöffentlichen wie auch im gruppeninternen Diskurs gestärkt. In der aktuellen Medienlandschaft ist für gemäßigten Dialog auf Augenhöhe augenscheinlich kein Platz. Dies gilt auch für die politischen Talkshows, denen viele Diskussionsteilnehmer und -teilnehmerinnen das Potenzial absprechen, die politische Auseinandersetzung zu bereichern.

Die neuen Medien gelten auf noch eine andere Weise als problematisch. Streit ist sowohl individuell wie gesellschaftlich ein Instrument, mit dem die Validität von Argumenten bewertet wird. Dies trifft sowohl auf die eigenen wie auch auf die gegnerischen Argumente zu. Oberflächliche und emotional geführte Debatten, wie sie in sozialen Medien oder Online-Nachrichtenforen vorherrschen, lassen solche Reflexionsprozesse aber nur sehr bedingt zu. Paradigmatisch hierfür stehen Plattformen wie Twitter, die bereits vom technischen Design her nicht auf Debatte, sondern auf verknappte, holzschnittartige Argumente angelegt sind. Dass diese Art der öffentlichen Kommunikation Auswirkungen auf die politische Kultur insgesamt hat, ist nicht erst seit dem Twitterer

Donald Trump klar geworden. Da Politiker in der digitalen Aufmerksamkeitsökonomie von heute glauben, sich ständig öffentlich positionieren zu müssen, werden nach jedem mehr oder minder wichtigen politischen Ereignis die Twitter-Kanäle mit Aussagen geflutet, die vielleicht die Debatte „anheizen“, diese aber selten mit neuen, durchdachten Argumenten bedienen.

Gesellschaftliche Konflikte müssen ausgetragen werden

Wie zivilisierter Streit in einer pluralistischen Gesellschaft prinzipiell möglich ist, ist Thema des finalen Impulses von Markus Gloe, der am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München die Lehreinheit Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde vertritt. Streit muss gemeinsam vereinbarten zivilen Regeln folgen. Und obwohl Politik selbstverständlich auch von Emotionen lebt, darf eine politische Streitkultur nicht auf Emotionen reduziert werden. Ein Problem ist die starke inhaltliche Annäherung der etablierten Parteien. Dadurch werden Konflikte allenfalls noch über Detailfragen geführt, große Grundsatzfragen aber nicht mehr diskutiert. Dies ist prinzipiell keine Schwierigkeit, solange die gesamtgesellschaftliche Lage gut ist. In Krisenzeiten wird dies jedoch zum Problem, da es mangels Übung an Erfahrung im Umgang mit einer kontroversen Diskussionskultur zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften fehlt. Gesellschaftliche Konflikte müssen aber dennoch ausgetragen werden. Wenn ein solcher Konflikt vermieden oder umgangen wird, vertieft dies die Gräben innerhalb der Gesellschaft, statt diese aufzuheben.

Die Praxis der Ausgrenzung gegenüber der Neuen Rechten generiert für diese maximalen medialen Ertrag, so Markus Gloe. So können sie sich als Opfer des Diskurses profilieren. Andersdenkende sollen vielmehr in den Diskurs integriert und im Gespräch widerlegt werden.

Provokation und Eskalation vermeiden

Aber wie ist Streit möglich, wenn die Verletzung von bisher selbstverständlichen Regeln eine der Ursachen des Konfliktes ist? Hierzu empfiehlt Markus Gloe, Grenzüberschreitungen nicht mitzugehen. Auf eine Eskalation muss und sollte auch nicht mit einer Gegeneskalation reagiert werden. Der Versuch, in einem Streit auf eine Strategie der Provokation und Eskalation ebenfalls mit Provokation und Eskalation zu reagieren, führt nur dazu, dass der demokratische Diskurs und auf Dauer die demokratischen Parteien darunter leiden. Wenn von den „Grenzen des Sagbaren“ gesprochen wird, so ist dies ein Signal, dass eine der beiden Konfliktparteien die Basis gemeinsamer Werte, die grundlegend für einen fruchtbaren Konflikt ist, in Frage stellt oder verlassen hat. Handelt es sich um einen Streit zwischen politischen Gruppen, ist es mitunter oft das Ziel des Konfliktes, diese Basis gemeinsamer Werte zu verschieben.

Debattieren lernen

Angemessen über ein Thema debattieren zu können, stellt nach verbreiteter Ansicht eine erlernbare, quasi technische Fähigkeit dar und ist keine Frage der politischen Differenz oder sozialen Position. Dazu wird auf die angelsächsischen Länder verwiesen, in deren Bildungssystemen Rhetorik und Debatte einen sehr viel größeren Stellenwert haben als in Deutschland. In einem geschützten Raum wird so nicht nur die Fähigkeit zu argumentieren erlernt, sondern auch die Fähigkeit, widerstreitende Positionen überhaupt auszuhalten. Es wird gefordert, statt digitaler Kompetenzen zuerst im Sinne staatsbürgerlicher Bildung Debattierkenntnisse im Schulunterricht zu vermitteln. Dem wird zwar nicht widersprochen, aber die Frage aufgeworfen, ob bessere Bildung im Debattieren jene gesellschaftlichen Probleme auflösen kann, die mit der mangelnden Streitkultur assoziiert werden. Mit Blick auf die USA und Großbritannien fällt auf, dass dort trotz der vorbildlichen Debattierausbildung die gesellschaftliche Spaltung eher

Modus der Konfliktantragung entscheiden
Respektierung von Regeln, gegenseitige
Anerkennung der Konfliktpartner
→ Institutionalisierung von Konflikten
Streit und Konflikte sind dann produktiv,
wenn sie zu Lösungen führen – wofür
durch Mehrheitsentscheidungen, oft aber auch
durch Kompromissbildung.



tiefer als in Deutschland ist. Dies führt zur These, dass Institutionen und Mechanismen des sozialen Ausgleichs politische Gräben effektiver überbrücken können als eine Streitkultur. Diese stellt schlussendlich ohnehin nur ein Instrument des Austausches innerhalb der gesellschaftlichen Eliten dar.

Nicht überzeugen, zum Nachdenken bringen

Wie kann man damit umgehen, wenn Menschen im persönlichen oder beruflichen Umfeld kontroverse Positionen vertreten? Persönliche Auseinandersetzungen über Gesellschaft und Politik haben im Gegensatz zu politischen Konflikten oft den Vorteil, dass sie nicht unbedingt an eine Sachfrage geknüpft sind oder eine konkrete Entscheidung produzieren müssen. Hieraus ergibt sich in einem ganz anderen Maße die Möglichkeit, ein wechselseitiges Verständnis der Konfliktpartner zu entwickeln. Viele der Teilnehmenden haben positive Erfahrungen gemacht, wenn Ziel der Auseinandersetzung nicht die Überzeugung des Konfliktpartners war, sondern stattdessen das Gegenüber lediglich „zum Nachdenken“ gebracht werden sollte. Die persönliche Haltung, mit der ein Streit eingegangen wird, ist für dessen Ergebnis entscheidend: Geht es den Konfliktpartnern in erster Linie um die Durchsetzung ihrer Argumente oder besteht vor allem ein gegenseitiges Interesse daran, zu erfahren, warum man denn unterschiedliche Ansichten hat? Nur dann, wenn ein solches gegenseitiges Interesse an den Ansichten des Anderen besteht, können die jeweils eigenen Positionen überdacht werden. Im Gegensatz zum politischen Streit, der am Ende zu einer Entscheidung führen muss, ist – so eine Schlussfolgerung – bei einer persönlichen Auseinandersetzung eine gemeinsame Wertebasis nicht notwendig.

Insgesamt wurde im Verlauf des Dialog-Cafés deutlich, dass es nicht nur *einer* erneuerten Streitkultur in Deutschland bedarf, sondern *vieler* Streitkulturen in den jeweiligen politischen und sozioökonomischen Kontexten. Politischer Streit über Detailfragen, der zwischen demokratisch gewählten Vertretern in der Öffentlichkeit geführt wird, kann und darf anders verlaufen als gesamtgesellschaftliche Grundsatzdebatten oder Streit im persönlichen Umfeld. In jedem Fall sollten die Streitenden versuchen, die Position ihres Gegenübers nachzuvollziehen und sich über ihre eigene Position klar zu werden. Eine solche Selbsterkenntnis der eigenen Position entsteht allerdings oft erst, nachdem das eigene sozioökonomische Umfeld, das Milieu oder auch die „Filterblase“ verlassen wird. So ist die grundsätzliche Bereitschaft, sich Widersprüchen und Dissens auszusetzen, die Basis einer fruchtbaren Streitkultur. Diese Bereitschaft wird gefördert, indem Sprechverbote und eine vorschnelle Kategorisierung von Positionen vermieden werden. Auf grundsätzliche Prinzipien zu verweisen führt ins Leere, wenn diese Prinzipien vom Gegenüber nicht geteilt werden. Statt mit dem Verweis auf vermeintlich unumstößliche Prinzipien eine Debatte zu beenden, sollten diese besser so eingeführt werden, dass eine Debatte über eben diese Prinzipien möglich wird.

Resümee

Dr. Rudolf Kriszeleit, Vorsitzender des Stiftungsrats, hat die Diskussionen des Dialog-Cafés „Mehr Streit wagen“ für die Gremien der Schader-Stiftung begleitet und fasst seine Eindrücke zusammen:

Eine bemerkenswerte Beobachtung ist, dass auch im hochintellektuellen Kontext der Dialog-Cafés Streit im Sinne einer Verteidigung stark kontroverser Standpunkte eine Seltenheit darstellt. Die Gesprächsrunden sind vielmehr von einem mehr oder minder latenten Bemühen gekennzeichnet, sich zusammenfinden zu wollen und Kontroversen zu vermeiden. Dies ist ein Problem des Zeitgeistes in Deutschland: Schon seit einiger Zeit wird es als problematisch empfunden, klare Positionen zu beziehen. Dahinter steht die Sorge, deswegen als links- oder rechtsradikal, als islam- oder europafeindlich oder anderweitig in Verruf gebracht zu werden. Das Dialog-Café hat jedoch auch Anstöße dazu gegeben, wie in institutionalisierten Kontexten eine Streitkultur geschaffen werden kann, die Kontroverse und gegenseitige Achtung verbindet.

Einigkeit besteht darin, dass es klare Regeln für politischen Streit braucht. Die Regeln des Parlamentarismus, des Deutschen Bundestages, werden nicht in Frage gestellt. Sie werden allgemein aber nicht als ausreichend für die ganze Bandbreite politischer Diskussion angesehen.



Dialog-Café 4: Mehr Programme wagen

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Dr. Harald Gapski, Grimme-Institut, Marl

Nele Heise, Medienforscherin und Autorin, Hamburg

Prof. Dr. Christian Katzenbach, Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, Berlin

Begleitung: Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, Evangelische Hochschule Darmstadt

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Marc Pirogan und Dr. Kirsten Mensch

Die 68er versuchten, besonders Ideologien und soziale Programme und deren Einfluss auf unsere Gewohnheiten und unseren Alltag zu zerstören. Das Privatfernsehen erlöste uns vom begrenzten Programmangebot der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten. Dennoch leben wir nicht in einer Vielfalt der Programme – im Gegenteil. Im Zeitalter von Big Data verschränken sich algorithmische Programme immer weiter mit sozialen Programmen der Effizienz und Kontrolle. Wie nah dieses Dialog-Café dem Geist der 68er kam, zeigt der Ausdruck eines Teilnehmers: „Eine Tagung zum Thema ‚was folgt aus ‘68‘ endet mit der Aufforderung, Großkonzerne zu enteignen!“ Und das letztlich, um mehr Programme zu wagen.

Digitale Transformation und ihre Gefahren

Was treibt die digitale Transformation und welche Gefahren birgt sie? Welche Möglichkeiten digitaler Aufklärung sollten ergriffen werden? Mit diesen Fragen im Zentrum seines Impulsvortrags eröffnet Harald Gapski, Leiter der Forschungsabteilung des Grimme-Instituts – Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH, das Dialog-Café. Grundsätzlich lassen sich vier Treiber im fortschreitenden Prozess digitaler Transformation erkennen. Zunächst ist es die exponentiell anwachsende Menge digitaler Daten. Der zweite wichtige Faktor liegt in der Vernetzung der Menschen durch das Internet. Während dieser Prozess anfangs große Hoffnungen mit sich brachte, überwiegt in den letzten Jahren angesichts von Hate Speech und Shitstorms die Skepsis. Den dritten Aspekt stellt die Sensorisierung dar. Nicht mehr bloß Menschen und Computer vernetzen sich, sondern auch Objekte von der Zahnbürste bis hin zum Auto. Diese kommunizieren mit Sensoren ausgestattet selbständig untereinander über das Internet der Dinge. Kontinuierlich messbares menschliches Verhalten verdichtet sich so in Datenströme.

Der vierte Treiber erfolgt durch die Algorithmisierung. Ohne maschinelle Bearbeitung bleiben die durch Sensoren erzeugten oder anderweitig gesammelten Daten wirkungslos. Algorithmen übernehmen die Funktion, diese weiter zu verwerten und liegen den dafür benötigten Computerprogrammen zugrunde. Sie priorisieren, klassifizieren,

assoziiieren und filtern entsprechende Daten. So analysieren sie die riesigen Datenmengen mithilfe statistischer Verfahren. Die technologische Wissensherzeugung ist zwar für die meisten undurchsichtig, zugleich wird den Algorithmen jedoch eine Rationalität unterstellt – aufgrund der „für sich sprechenden“ Daten. Die Nutzung undurchschaubarer Algorithmen stellt die Gesellschaft vor ein Transparenz- und Vertrauensproblem.

Das Zusammenspiel der vier Treiber Digitalisierung, Vernetzung, Sensorisierung und Algorithmisierung bringt, so Harald Gapski, ein neues gesellschaftliches Nervensystem hervor. Es wird in Teilen der Forschung vom „reality mining“ gesprochen, einer sozialen Physik, die es erlaubt, „bessere“ soziale Systeme zu errichten. Wohin solche Entwicklungen führen können, zeigt das derzeit entstehende „Social Scoring“-System in China. Dort soll bis 2020 eine zentralisierte Datenbank eingerichtet werden, die Bürgerinnen und Bürger umfänglich anhand ihres Verhaltens bewertet. Solcherart neue kybernetische Steuerungsmöglichkeiten von Gesellschaft werfen grundlegende Fragen auf.

Vier Wagnisse eingehen

Informationsasymmetrie entsteht zwischen denjenigen, die Einsicht in die Daten Spuren haben, und denjenigen, deren Daten gesammelt werden. Doch nicht nur das eigene Handeln, auch die Datenfreigiebigkeit anderer im Netz trägt zur Erfahrung eines persönlichen Kontrollverlustes bei. So ist zu fragen, welche Form informationeller Selbstbestimmung und Privatheit es heutzutage noch geben kann. Der Impulsgeber plädiert deshalb dafür, mehr digitale Aufklärung zu wagen. Es braucht politische digitale Bildung und eine realistische Bewertung der individuellen Handlungsoptionen.

Die Vermessung des Sozialen und die Modellierung menschlichen Verhaltens durch Algorithmen basieren auf Mustererkennung und Wahrscheinlichkeitsaussagen. Mit Fokus beispielsweise auf Kreditwürdigkeit oder anderem erwünschten Verhalten setzen Algorithmen Normen und Abweichungsgrenzen, die die Individuen hin zur Selbstanpassung an die Vorgaben der Algorithmen disziplinieren. Jedoch kann das Andersartige und Deviante oft ein Katalysator für wünschenswerte gesellschaftliche Impulse sein. Darin, das Zulassen des Andersartigen zu üben, liegt eine ethische Bildungsherausforderung und Regulierungsnotwendigkeit, um Diskriminierung und Spaltung zu verhindern. Der zweite Appell lautet deshalb, mehr Persönlichkeitsbildung zuzulassen – und damit auch Non-Konformität, Einzigartigkeit und gegebenenfalls sogar Subversion.

Die Sprache von Maschinen unterscheidet sich von der menschlichen Sprache. Die Interpretation der Daten kann Menschen letztendlich nicht abgenommen werden – und diese sollten mehr kritisches Denken wagen! Neben allen dystopischen Deutungen sollten wir, so Harald Gapski, auch ein viertes Wagnis eingehen, nämlich nach datengeschützten, gemeinwohlorientierten Gestaltungsräumen und Programmen zu suchen, indem wir positive Utopien entwickeln, statt in Dystopien der Digitalisierung zu verweilen. Bildung, Aufklärung und Reflexion spielen bei allen vier Wagnissen herausragende Rollen.

Digitale Nebenfolgen

Wie kann man die Menschen vor etwas schützen, nach dem sie sich sehnen, so die erste Frage gleich nach dem Impulsvortrag. Die Funktionen, die die digitalen Medien und Technologien mit sich bringen, vereinfachen viele Prozesse und schaffen bequeme Optionen und Zugänge. Es fragt sich, wo digitale Aufklärung und Bildung ansetzen kann. Auch das Rauchen ist etwas, so eine Entgegnung, wonach viele ein Verlangen haben. Dennoch hat man sich gesellschaftlich darauf geeinigt, in geschlossenen Räumen nicht zu rauchen. Die Gesellschaft hat also durchaus die Fähigkeit, andere soziale Normen zu entwickeln und durchzusetzen als die, die uns beispielsweise von Facebook auferlegt werden.



Ist das Beispiel Rauchen eine passende Analogie für die Nutzung digitaler Dienste? Dringen nicht einerseits die neuen Technologien viel tiefer in unsere Lebenswelt ein und lassen sich damit schwieriger regulieren? Und ist beim Rauchen nicht andererseits das entscheidende Kriterium für eine neue soziale Normierung die Tatsache gewesen, dass Rauchen auch Dritte schädigt? Sicherlich war das so, aber auch die Digitalisierung hat unerwünschte Nebeneffekte wie Cybermobbing, Hate Speech oder Shitstorms. Insofern taugt das Rauchen als Analogie – und wird dann auch in der Frage, wie lange gesellschaftliche Normierungsprozesse angesichts der Schädigung Dritter dauern können, entsprechende Hinweise liefern. Bis die neue Einschätzung des Rauchens sich in der Gesellschaft Bahn gebrochen hatte und angemessen behandelt wurde, dauerte es viele Jahre. Es braucht also Zeit, passende Regeln aufzustellen oder auch individuell den richtigen Umgang mit neuen Technologien zu erlernen. Dieser Zeitbedarf stößt jedoch auf eine Technologie, die sich im Vergleich zu früher rasant entwickelt.

Technik – neutral oder politisch?

Welche Rolle kommt der Technik überhaupt zu, wird von einem Teilnehmer gefragt. Es geht hier um grundlegende menschliche Bedürfnisse – etwa nach Kommunikation – und um übliches menschliches Fehlverhalten – etwa Mobbing, das heutzutage seinen Weg vielfach über die digitale Technik findet. Die Technik selbst, so die Meinung, ist nicht ausschlaggebend. Allerdings muss die erhöhte Geschwindigkeit und Reichweite beachtet werden. Waren früher nur die anderen Jugendlichen auf dem Schulhof Zeugen des Mobbing, reicht Cybermobbing ungleich weiter.

Insofern stellt sich durchaus die Frage, ob eine gesellschaftliche Gestaltbarkeit des digitalen Wandels möglich ist oder diese Annahme einer naiven Vorstellung gleichkommt. In der Digitalbranche handelt es sich um sogenannte „Winner takes it all“-Märkte, auf denen die großen Unternehmen über die Macht und Ressourcen verfügen, neue Entwicklungen voranzutreiben. Auch Medienbildung, die Individuen dazu befähigt, souverän mit der neuen Technologie umzugehen, kann aufgrund der bestehenden Machtasymmetrie nicht ausreichen, so eine Mahnung aus der Runde. Es müssen die in den digitalen Technologien verwobenen Machtstrukturen in den Blick genommen und hinterfragt werden.

Harald Gapski stellt daraufhin klar, dass die politische Bildung, von der er gesprochen hat, zur Teilnahme am öffentlichen Diskurs befähigen soll. Es geht nicht darum, Individuen alle Verantwortung zuzuschreiben. Nötig ist ein überindividueller, sozialer Regulierungsansatz. Gerade wenn man sich das Beispiel China vor Augen führt, ist Bildung die geeignete Strategie, um sich realer Gefahren bewusst zu werden. Auch die Wissenschaft, fügt ein weiterer Teilnehmer hinzu, sollte eine Rolle spielen, um den öffentlichen Diskurs zu unterfüttern. So sollte sie helfende Systeme generieren, damit Problematiken, die etwa durch Hate Speech oder durch Machtasymmetrien entstehen, ins Bewusstsein rücken.



Die Technik hat immer recht – oder doch nicht?

Schon immer wurden bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund von Vorurteilen diskriminiert. Aber wenn das nicht durch einzelne Menschen geschieht, sondern durch vernetzte Systeme und deren Algorithmen, können komplexere Diskriminierungsschleifen entstehen, die sich zum Beispiel sowohl auf dem Arbeits- als auch auf dem Wohnungsmarkt auswirken. Im Gegensatz zu Menschen und ihren stereotypen Bewertungen ist es im Fall von maschinellen Algorithmen schwieriger, den durch sie generierten Vorurteilen zu entgehen. Zudem werden deren Ergebnisse oft sofort akzeptiert, da sie neutral erscheinen. Übersehen wird dabei eine relevante Frage: Welche Daten werden in einen Algorithmus eingespeist? Unter Umständen haben solche Daten einen starken Einfluss – selbst dann, wenn zwischen den einzelnen Daten und dem Ergebnis eigentlich kein Zusammenhang besteht. So kann bei der Personalrekrutierung die Hautfarbe einen entscheidenden Faktor ausmachen. Der aber nur jenen Fällen tatsächlich relevant wäre, wenn die dahinter liegenden Einflussgrößen wie Herkunft oder Bildung und weiteres auch die entsprechende Ausprägung aufzeigen. Fraglich ist dann, ob diese tatsächlich entscheidenden Faktoren in einen Algorithmus eingespeist werden oder eben nur der Faktor der Hautfarbe etwa durch Analyse von Bewerbungsfotos aufgenommen wird. Im schlimmsten Fall führt das dazu, dass Algorithmen nicht Ergebnisse oder Wirkungen voraussagen, sondern diese selbst produzieren.

Das jedoch, so ein Einwurf, müsste nicht so sein und sollte auch nicht so sein. Nicht das Ergebnis des Algorithmus an sich ist automatisch wirkmächtig, sondern dazu kommt es erst, wenn dieses Ergebnis Akzeptanz findet. Am Beispiel der Medizin lässt sich das zeigen: Auch wenn Algorithmen bei medizinischen Diagnosen helfen, entscheidet über die anzuwendende Behandlung doch die Ärztin oder der Arzt.

Nichtsdestotrotz scheint der Einfluss von Algorithmen auf die menschliche Urteilsbildung zu wachsen. In vielen gesellschaftlichen Bereichen führen Algorithmen bereits jetzt zu enormen Auswirkungen auf wichtige Entscheidungen. Richterinnen und Richter müssen sich teilweise bewusst gegen Algorithmen entscheiden, wodurch ein Rechtfertigungsdruck auf ihnen lastet. Ärzte können sich bei Entscheidungen, die gegen einen Algorithmus getroffen werden, juristisch angreifbar machen. Inwiefern Spielräume bleiben, eine Wahl gegen die Vorgaben der undurchschaubaren Technik zu treffen, ist fraglich.

Kritikfähigkeit gegenüber den Ergebnissen von Algorithmen, auch gegenüber den scheinbar „richtigen“, ist daher ein hohes Gut, das jedoch oft konträr zu einer Technikbegeisterung oder -gläubigkeit steht, wie sie etwa die Befürworter von Smart-City-Konzepten befeuern. Ist unsere Gesellschaft ausreichend kritikfähig gegenüber technikorientierten Utopien? Die Vorstellung, dass Technologie all unsere Probleme lösen kann, ist weit verbreitet und wird von der Technologiebranche massiv gefördert.

Bildung, so Harald Gapski zum Schluss der ersten Runde, ist zwar kein Allheilmittel für die Steuerung einer so polyzentrischen und ausdifferenzierten Gesellschaft wie unserer, aber sie kann und sollte der Reflexion über das Zusammenspiel von Mensch und Maschine dienen. Dabei gilt es informatische, ethische, politische und ökonomische Aspekte mit zu bedenken.

Algorithmen sind überall – und notwendig

Wo überhaupt wirken Algorithmen? Das, so die Hamburger Medienforscherin Nele Heise zu Beginn ihres Impulses, sollte man sich noch einmal vor Augen führen: Vom Smartphone über Social Media hin zu Personalabteilungen wie auch im Straßenverkehr – Algorithmen werden mittlerweile überall eingesetzt. Wir benötigen sie in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft auch individuell für die Organisation des Berufs- wie des Privatlebens. Die Fachdebatte sollte, ebenso wie eine breitere gesellschaftliche Debatte, daher das Thema konstruktiv angehen und dort ansetzen, wo die Menschen im Alltag mit Algorithmen in Kontakt kommen.

Algorithmen sind komplex, schnell, schwer beobachtbar und dadurch oft kaum nachvollziehbar. Wie kann man sich mit ihnen angemessen auseinandersetzen? Die Impulsgeberin nennt ein Positivbeispiel: Die Tätigkeit der österreichischen staatlichen Arbeitsvermittlung soll zukünftig durch Algorithmen unterstützt werden. 2019 wird eine neue Software an den Start gehen, die den Vermittlerinnen und Vermittlern eine bessere Einschätzung der Arbeitssuchenden ermöglichen soll. In Österreich entspann sich auf die Pläne hin eine Debatte über die konkrete Funktionsweise der Software. Es wird diskutiert, nach welchen Kriterien die Arbeitssuchenden eingestuft werden und wo dies unfaire Diskriminierungen nach sich zieht. Eine Kontroverse im Vorfeld des Einsatzes von Algorithmen kann Einfluss erzeugen und Änderungen bewirken. Voraussetzung ist allerdings Transparenz über die Wirkungsweise des Algorithmus im Detail. Dies ist jedoch nicht bei allen algorithmischen Systemen der Fall und auch nicht überall möglich.

Transparenz oder Geschäftsgeheimnis?

Bei der Klage über Intransparenz sollte allerdings, so die Impulsgeberin, zwischen staatlichem und privatwirtschaftlichem Handeln unterschieden werden. Unternehmen haben durchaus berechtigtes Interesse, ihre Geschäftsgeheimnisse zu schützen. Außerdem können algorithmische Ergebnisse, die diskriminierend erscheinen, in gewissen Fällen eine Berechtigung haben. Wenn jemand auf einer „No Fly List“ steht, können sich dahinter legitime Interessen eines Geheimdienstes verbergen, die nicht unbedingt offengelegt werden sollten. Wofür genau Transparenz und Kontrolle notwendig sind, darin liegt eine wichtige und zu diskutierende Frage.

Ein weiteres Problem betrifft die Anwenderinnen und Anwender digitaler Medien. In allen Altersgruppen finden sich naive Nutzungsmuster. Dabei spielen Bequemlichkeit und Desinteresse, aber auch Überforderung eine Rolle. Gleichzeitig hingegen zeigen Umfragen, dass klare Vorstellungen bezüglich des legitimen Einsatzbereiches von Algorithmen herrschen: In vielen Bereichen werden menschliche Entscheidungen bevorzugt. Zwischen einerseits dem geringen Wissen über diese Technik sowie der vielfachen Nutzung von Algorithmen und andererseits den in Umfragen insoweit geäußerten kritischen Ansichten klafft eine große Lücke.

Mehr Neugier wagen

Algorithmen sind menschengemacht. Menschen gestalten ihre Funktionsweisen, Zwecke und Ziele. Festlegungen werden von Programmiererinnen und Programmierern sowie in Unternehmen oder staatlichen Behörden getroffen. Es können sich sozial geprägte Vorurteile, aber auch politische Programme in Algorithmen manifestieren.

Deshalb müssen wir die Setzungen, die in die Programmierung eingehen, als Werturteile verstehen: ein Grund mehr, jeweils konkret die Folgen zu prüfen, beispielsweise ob Algorithmen in der Konsequenz gesellschaftliche Ungleichheiten verstärken oder demokratische Werte unterminieren.

Nele Heise plädiert abschließend dafür, Einfluss auf die Funktionsweise von Algorithmen zu nehmen. Als Gesellschaft müssen wir mehr Neugier, Informationsbereitschaft, Kreativität und Imagination wagen. Nur so können wir eine aufgeklärte, differenzierte und konstruktive Algorithmenkritik hervorbringen, die zu einer angemessenen Algorithmenethik führt.

Algorithmen als Black Box

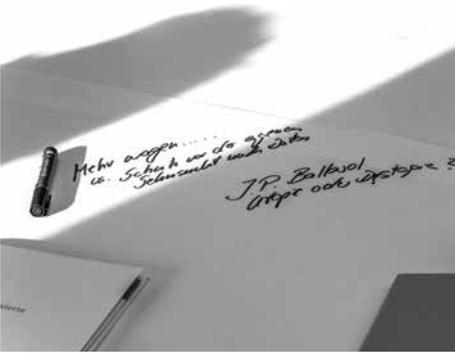
Wie intransparent dürfen Algorithmen sein? Sind Algorithmen, die als Black Box daher kommen, akzeptabel? Dieser Frage widmeten sich die Teilnehmenden des Dialog-Cafés in allen drei Runden. Intransparenz der genutzten Daten und der Gewichtung- sowie Verrechnungsweisen eines Algorithmus haben den Nachteil, dass eine Ergebnisprüfung unmöglich wird. Wie soll man unterscheiden können, ob das Ergebnis angemessen ist oder aufgrund eines Systemfehlers entsteht, also verfälscht ist? Ergebnisse müssen schlichtweg akzeptiert werden – ohne jegliche Kontrollmöglichkeit. Im Einzelfall schwerwiegend kann das etwa bei Berechnungen des Schufa-Scores sein. Andererseits, so die Einschätzung in einem Diskussionsbeitrag, ist beispielsweise der Google-Suchmaschinen-Algorithmus mittlerweile immens umfangreich, überdies wurde er von vielen verschiedenen Menschen zu verschiedenen Zeiten programmiert. In der Folge hat niemand mehr einen Überblick, geschweige denn die Chance, ihn zu verstehen. Die Prozesse von Deep Learning-Algorithmen sind aufgrund ihrer autonomen Weiterentwicklung zudem unvorhersehbar. Ihre Outputs können auch durch jene, die sie ursprünglich programmiert haben, nicht mehr nachvollzogen werden.

Dem widerspricht ein Teilnehmer und betont, dass Algorithmen weitaus weniger als Black Box zu verstehen sind, als es gemeinhin gesehen wird. Ein breiter Kreis von Expertinnen und Experten kann die Berechnungsweisen nachvollziehen. Zudem gibt es, so ein weiterer Beitrag in der Debatte, immer die Möglichkeit, Tests durchzuführen, also etwa im Personalbereich Daten von Bewerbungen einzugeben und zu prüfen, ob diskriminierende Ergebnisse festzustellen sind. Schwierig wird dies allerdings, so ein Einwurf, wenn Nebenwirkungen entstehen, die nicht ohne Weiteres ersichtlich sind.

Selbst wenn wir davon ausgehen, dass Algorithmen eine Black Box darstellen: Auch das menschliche Gehirn ist eine Black Box. Wir können nicht erklären, wie sich bestimmte Gedanken herausbilden – und andere nicht. Trotzdem akzeptieren wir unsere Gedanken als handlungsleitend – etwa dann, so das Beispiel eines Teilnehmers im Dialog-Café mit augenzwinkerndem Blick auf seine Geschlechtsgenossen, wenn Männer Autos kaufen – und versuchen, die getroffene Entscheidung im Anschluss einer Post-Rationalisierung zu unterziehen. Gibt es etwas Vergleichbares bei Algorithmen? Und müssten wir uns dann vor diesen Post-Rationalisierungstendenzen schützen?

Geschäftsmodelle

Es sind nicht nur die Algorithmen, also die Software an sich, über die zu diskutieren ist. Es sind die Geschäftsmodelle, die dahinter stehen, insbesondere jene der großen Digitalunternehmen. Sie unterlaufen, so eine in der Runde geäußerte Befürchtung, gewohnte soziale und politische Muster bis hin zu Gedankenspielen, die Demokratie abzuschaffen, weil deren Entscheidungsstrukturen das Geschäftsmodell stören. Es zeigen sich hier neue wirtschaftliche Erscheinungsweisen kombiniert mit machtpolitischen Interessen. Daran schließt die Frage an, was es bedeutet, wenn Menschen im globalen Ausmaß massenhaft Technologien einsetzen, die privatwirtschaftlich



angeboten und überwacht werden. Und einen Schritt weiter gedacht: Was bedeutet es, wenn Menschen im globalen Ausmaß die jeweils gleichen Algorithmen nutzen? Welche Effekte kann das im Aggregat haben? Eine Entwicklung der Technologiebranche und somit des Einsatzes von Algorithmen frei nach ökonomischen Verwertungsinteressen kann nicht gewollt sein. Notwendig ist eine Ethik, von Politik und Gesellschaft entwickelt, die der Wirtschaft Grenzen aufzeigt.

Algorithmenethik

Wer ist für die Entwicklung und Einhaltung von ethischen Normen bei Algorithmen zuständig, so eine naheliegende Frage: die Programmiererinnen und Programmierer oder diejenigen, die das Ergebnis anwenden, zum Beispiel Ärzte, Versicherungsvertreter, Richterinnen, oder sind es Ethikkommissionen in den Organisationen, die Algorithmen nutzen? Selbst wenn sich jemand der Genannten berufen fühlt, ethische Fragen oder Forderungen zu formulieren: Wer hat letztlich die Entscheidungsgewalt? Überwiegen in den Entscheidungsfindungen die Werte oder geht es doch nur um Geld?

Wie Nele Heise, bezogen auf die Ethikfrage, fordert, sollte konkreter und weniger allgemein diskutiert werden. Transparenz und Nachvollziehbarkeit von algorithmischen Berechnungen sind dabei rein technische Fragen. Wichtiger, wie sich auch am Beispiel der österreichischen Arbeitsvermittlung zeigt, sind inhaltliche, etwa soziale Fragen. Über ethische und wertbezogene Themen ist anhand konkreter Fälle zu diskutieren, und nicht über Algorithmen im Allgemeinen. Geschieht Letzteres, besteht die Gefahr einer Mystifizierung von Algorithmen. Aber: die vielbeschworene geheimnisvolle Macht von Algorithmen impliziert eine Ohnmacht des Menschen, was nicht nur falsch, sondern als Debattenbeitrag auch kontraproduktiv ist. Insgesamt sollte darauf hingearbeitet werden, die Debatte gesellschaftlich möglichst breit zu führen. Dafür müssen Menschen digital gebildet und aufgeklärt werden. Dies ist nicht nur eine staatliche und zivilgesellschaftliche Aufgabe, sondern liegt auch in der individuellen Verantwortung, um informiert die digitale Gesellschaft mitgestalten zu können. Zudem brauchen wir politische, gerne auch digitale Räume für die Diskussion ethischer Fragen.

Strukturwandel der Öffentlichkeit

Christian Katzenbach, Forschungsprogrammleiter am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG), führt in die dritte Runde des Dialog-Cafés mit der Feststellung ein, dass wir uns vergleichbar zu 1968 in einer Phase gesellschaftlicher Umbrüche befinden, in der gesellschaftliche Institutionen und Programme grundsätzlich in Frage gestellt werden. Besonders im Kontext der Digitalisierung erleben wir derzeit eine Neu-Aushandlung von Regeln, Normen und Institutionen. Diese Prozesse verlaufen in der Politik, der Wirtschaft und im Bereich der Medien. Wenn Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt werden, beginnt die Auseinandersetzung über legitime Inhalte. Ein Beispiel dafür ist das bekannte Foto aus dem Vietnamkrieg, das unter anderem ein fliehendes nacktes Mädchen nach einem Napalm-Angriff zeigt. Das Foto

wurde von Facebook aufgrund der unternehmensinternen Regeln zur Darstellung von Nacktheit gelöscht. Daraufhin entbrannte eine Debatte um die Frage zulässiger Zensur beziehungsweise der Abwägung zwischen historischer Bedeutung von Dokumenten einerseits und Regeln wie der Nicht-Darstellung von nackten Personen andererseits. An diesem Beispiel wird deutlich, dass tatsächlich Aushandlungsprozesse stattfinden, denn Facebook passte seine Regeln im Nachhinein an. Diskussionen über Hate Speech oder Fake News sind weitere Beispiele dafür.

Die Debatte ist nicht nur eine über legitime Inhalte, sondern auch über Institutionen und Regeln. Wer entscheidet darüber, welche Inhalte legitim und welche illegitim sind? Welche Organisationen und Institutionen strukturieren auf welche Weise gesellschaftliche Kommunikation? Zugleich stellt sich die Frage, wie wir die großen Plattformen wie Facebook, Twitter oder YouTube auffassen. Sind sie Medien oder neutrale Intermediäre? Sie scheinen unsere bisherigen Kategorien zu unterlaufen.

Wie viel Verantwortung sollten Plattformen tragen?

In der Neu-Aushandlung gesellschaftlicher Umgangsweisen und Regeln sind die Plattformen zu zentralen Akteuren geworden. Wie können wir, fragt der Impulsgeber, ihnen passend zu ihrer Entscheidungsmacht mehr Verantwortung zurechnen, ohne ihnen zugleich noch mehr Macht zuzugestehen. Plattformen treffen viele Entscheidungen und stellen Regeln auf, was sich in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Community-Richtlinien dokumentiert. Sie zeichnen sich durch bestimmte Organisationspraktiken bei der Moderation von Inhalten aus. Durch ihre Regeln und Verfahren setzen sie Normen für Inhalte.

Diese Normen können sich durch öffentliche Debatten verändern. Facebook lernt gewissermaßen auf öffentlichen Druck hin, wie die Diskussion um das Foto aus dem Vietnamkrieg gezeigt hat. Es gibt einen gesellschaftlichen Konsens, zumindest in Deutschland, die Plattformen stärker in die Verantwortung für ihre Inhalte zu nehmen. Ein Weg, den diese dabei beschreiten, liegt allerdings darin, die Entscheidungen über opportune Inhalte wiederum vermehrt Technologien zu überlassen. Zur effizienteren Moderation von Inhalten werden algorithmenbasierte Filter entwickelt, die beispielsweise urheberrechtlich zu schützende Inhalte erkennen und blockieren.

In der Anhörung des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg vor dem US-Senat verwies dieser insgesamt dreizehnmal darauf, Künstliche Intelligenz löse in Zukunft viele der angesprochenen Probleme. Hinter diesen „Problemlösungen“ verbergen sich allerdings gesellschaftliche Fragen, die politischer Entscheidungen bedürfen: ein Hinweis darauf, dass Technik immer auch politisch ist. Sie beinhaltet nicht einfach nur eine funktionale Lösung für gesellschaftliche Probleme. Die öffentlichen Debatten und Veränderungen der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass Gestaltung seitens der Gesellschaft möglich ist, was Christian Katzenbach am Ende seines Impulses begrüßt. Zurzeit besteht die Chance, Plattformen und ihre Technologien zu einem politisierten Thema zu machen.

Globale Plattformen versus nationalstaatliche Politik

Nach dem Aufkommen von Internet und Social Media versprach man sich lange eine Chance für eine Demokratisierung der Öffentlichkeit, die auch nationalstaatliche Grenzen durchbricht. Das Internet gilt als Schöpfer vieler Möglichkeiten und Freiheiten, wie schon die Teilnehmenden der ersten beiden Diskussionsrunden betonten. Mit dem Fokus auf Plattformen zeigt sich hingegen eine Gegentendenz: Sie treten als neue Gatekeeper auf. Was heutzutage nicht über Plattformen ins Netz gestellt wird, bekommt kaum noch Beachtung. Zugleich ermöglicht die umfassende Nutzung von Social Media, Internet und weiteren Vernetzungsangeboten wie dem Internet der Dinge, das etwa Kühlschränke, Jalousien und Sensoren in Kleidungsstücken digital verknüpft,

eine umfassende Überwachung. Diese kann im staatlichen Kontext, wie das Beispiel China zeigt, zu einer Überwachungs dystopie führen. Auch wenn die chinesischen Bedingungen aufgrund des politischen Systems, der Mentalität und des Habitus nicht einfach auf westliche Staaten übertragbar sind, sollten diese Perspektiven uns wachsam bleiben lassen. Im Westen ist es womöglich nicht der Staat, aber sind es global agierende Unternehmen, die eine zu große Macht ansammeln.

Inwiefern können multinational agierende Plattformen nationalstaatlich überhaupt reguliert werden? Es gibt immer wieder, so die Antwort des Impulsgebers auf diese Frage, nationalstaatliche Initiativen zur Kontrolle und Einschränkung der auf Plattformen kommunizierten Inhalte. Das ist auch richtig so, da nach wie vor Nationalstaaten als zentrale Orte demokratischer Entscheidungen fungieren. Andererseits machen staatliche Einschränkungen im Netz angreifbar. So führt etwa das in Deutschland herrschende Verbot der Holocaust-Leugnung schnell zum Vorwurf anderer Länder, hier werde zensiert. Es besteht eigentlich Bedarf an übernationalen Kodifizierungen. Bisher schlagen bei der Beurteilung der Legitimität von Äußerungen auf Plattformen moralische und juristische Normen aus den USA durch – aufgrund der Tatsache, dass die meisten Plattformen dort ihre Unternehmenszentrale haben. Dementsprechend sind beispielsweise Nacktbilder eher tabu, während Gewaltbilder tendenziell akzeptiert werden. Das Problem für globale Anbieter ist, unterschiedliche juristische Normen einhalten zu müssen. In Deutschland ist im Hinblick auf hier abrufbare Seiten deutsches Recht zu beachten. Der Zwang zum Einhalten spezifischen nationalstaatlichen Rechts ist nicht in allen Ländern gegeben und würde andernfalls ein großes Problem für Plattformen darstellen.

Die Rolle von Plattformen

Daran anschließend wird gefragt, welche Rolle die Plattformen innehaben. Sind sie im Wortsinn eine Plattform, auf der Dritte die eigenen Inhalte präsentieren, oder ein Medienunternehmen, das Verantwortung für die Inhalte trägt? In jedem Fall sind sie supranationale Akteure, die sich aber nicht einer supranationalen Ethik oder Kultur verpflichtet sehen. Plattformen tatsächlich in die Verantwortung zu nehmen, setzt eine Haltung voraus, die derzeit in der Politik nicht gegeben scheint, so ein Teilnehmer. Wird die Verantwortlichkeit der Plattformen ernst genommen, sollte diese auch adressiert werden. Wenn allerdings Mark Zuckerberg in der Anhörung durch den US-Senat Facebook wahlweise als Medienunternehmen oder als Plattform bezeichnen kann, um Regulierung abzuwehren, wird dies nicht gelingen.

Mehr Staat wagen?

Einer digitalisierten Gesellschaft ist eine grundlegende Abhängigkeit von digitaler Infrastruktur inhärent, seien es Glasfaserkabel, Internetknoten oder auch Plattformen. Sollte dann nicht auch hier das gelten, was in der Diskussion um Daseinsvorsorge immer wieder genannt wurde: Grundlegende Infrastruktur gehört in die öffentliche Hand oder zumindest unter die Kontrolle der öffentlichen Hand. Ob das bis zur Vergesellschaftung von Plattformen reichen sollte, müsste diskutiert werden – inklusive der Frage, wie dies aufgrund der gegebenen Machtverhältnisse durchsetzbar wäre. Noch deutlicher formuliert eine Teilnehmerin: Um sich als Staat oder Gesellschaft politische Handlungsfähigkeit zu bewahren, müssen die großen Global Player-Firmen des Internets verkleinert oder enteignet werden. Nur so können wir als Gemeinwesen wieder Gestaltungsspielraum zurückgewinnen. Es stellen sich also weitere Fragen: Wo muss reguliert werden? Wer kann das tun – Nationalstaaten oder supranationale Ebenen? Wo sollte direkt durch den Staat gesteuert werden? Oder gilt es, Alternativen von unten zu schaffen, also nach dem Beispiel von Wikipedia neue Plattformen unabhängig von großen Konzernen aufzubauen? Alternative Ansätze wie Open Source-Communities gibt es bereits, noch sind sie aber nur Randerscheinungen.

Fokus auf soziale statt technische Fragen

Digitalisierung und die mit ihr einhergehenden Erscheinungen dürfen nicht, so ein Plädoyer, abgekoppelt von grundlegenden Fragen des Zusammenlebens betrachtet werden. Nicht die Digitalisierung sollte alleiniger Faktor in der Debatte sein, sondern ihre Verbindung zu Fragen der Gerechtigkeit und des lebenswerten Lebens. Der Hinweis, nicht zu sehr von der Technik aus zu denken, sondern in der Betrachtung mit sozialen Fragen und Problemen zu beginnen, findet Zustimmung. Zugleich werfen die Digitalisierung und insbesondere die Künstliche Intelligenz Fragen hinsichtlich unseres Menschenbildes auf. Galt früher der Mensch als fähigstes Wesen auf diesem Planeten, gibt es nun Technologien des Human Enhancement, die in gewisser Hinsicht „besser“ als Menschen sind. Sieht sich der Mensch in folgedessen gezwungen, zwecks Optimierung Implantate zu verwenden? Oder bestimmten Personen Chips einzupflanzen, damit sie sich regelkonform verhalten? Oder müssen wir uns gar der Frage stellen, ob es die Menschheit noch braucht?

Resümee

Gisela Kubon-Gilke, die bei diesem Großen Konvent zum Mitglied des Kleinen Konvents, des Wissenschaftlichen Beirats der Schader-Stiftung, gewählt wurde, zieht ein Resümee der drei Runden des Dialog-Cafés:

„Mehr Programme wagen“ weckt vielfältige Assoziationen, angefangen von der Organisation des menschlichen Gehirns und dessen Verhaltenskonsequenzen über institutionelle und politische Programme bis hin zu algorithmengesteuerten Programmen in Produktion, Kommunikation, Bildung und letztlich dem gesamten gesellschaftlichen Leben. '68 /'18 wird in dem Dialog-Café in erster Linie unter dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Umbruchs im Zuge der Digitalisierung verstanden, indem diskutiert wird, welche politischen und institutionellen Veränderungen notwendig sind, um deren Chancen zu nutzen und gleichzeitig deren Gefahren abzuwenden. Die Digitalisierung bietet vielfältige Chancen: bedürfnisspezifische und individualisierte Produkte, neue Formen der digitalen Nachbarschaft und der Kooperation, Verbreitung sozialer Ideen sowie gestärkte Demokratie und Partizipation. Daneben stehen Gefahren wie gefilterte politische Informationen, fehlende Ethikgrundsätze zur Achtung der Menschenwürde, politische Beeinflussbarkeit, Monopolisierungstendenzen bei den großen Datenverarbeitern, mehr Crowdwork mit geringer sozialer Absicherung und anderes mehr.

Ein Kernergebnis des Dialog-Cafés besteht einerseits darin, Vorteile und auch Unumkehrbarkeiten bestimmter technischer Entwicklungen zu erkennen und deren Potenziale möglichst nutzbar zu machen. Andererseits aber sind vor allem solche algorithmengesteuerten Entscheidungsprozeduren zu beeinflussen, die mittels Big Data und selbst generierten Kausalitäten sowie vermeintlichen Kausalitäten Entscheidungen über Menschen nach intransparenten Kategorisierungen treffen und einem „self-confirmation-bias“ unterliegen. Das heißt, sie bestätigen ihre Vorannahmen immer wieder selbst und lernen in dem Sinne nicht tatsächlich, sondern reproduzieren nur Vorurteile. Diese und andere Gefahren brauchen mehr politische Flankierung als bisher, ein einfacher Ordnungsrahmen für Firmen reicht oft nicht mehr. Wettbewerbsrecht, Sozialpolitik, ethische Grundlegungen und Freiheitseinschränkungen für große Anbieter, Arbeitgeberfunktion für Plattformen und anderes mehr sind politisch-institutionelle Alternativen, die dringend in Reformprozessen umgesetzt werden müssen, um nicht schlimmstenfalls neofeudale Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen nach sich zu ziehen, die dann auch das demokratische Fundament der Gesellschaft angreifen.



Dialog-Café 5: Mehr Ungleichheit wagen

Impulsgeberinnen:

Andrea Bartl, Stiftung Lesen, Mainz

Prof. Dr. Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Justus-Liebig-Universität Gießen

Madeleine Hofmann, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, Stuttgart

Begleitung: Prof. Dr. Gabriele Abels, Eberhard Karls Universität Tübingen

Moderation: Laura Pauli, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Anna-Lena Treitz und Laura Pauli

Das Jahr 1968 gilt als ein Jahr des Aufbruchs und der Proteste. International beehrte die Jugend gegen herrschende Verhältnisse auf und forderte Aufklärung, Gerechtigkeit und eine Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland. Doch wie steht es im Jahr 2018 um die Gerechtigkeit? In welchen Bereichen herrschen Ungleichheiten in der Bildung, zwischen den Geschlechtern und zwischen Generationen? Wie können diese Ungleichheiten beseitigt werden? Oder: Wie kann Ungleichheit positiv und förderungswert sein? Diesen Fragen widmet sich das Dialog-Café „Mehr Ungleichheit wagen“.

Das deutsche Bildungssystem: Nachhall der 68er

Andrea Bartl, kaufmännische Geschäftsführerin der Stiftung Lesen, zählt sich zwar selbst zu den „Nachgeborenen“ der 68er-Bewegung, die damaligen Ereignisse haben für die Betriebswirtschaftlerin jedoch spürbare Veränderungen ins Rollen gebracht. Das betraf vor allen Dingen das deutsche Bildungssystem. Bereits während der 68er-Bewegung war es Anlass für Proteste von Schülerinnen und Schülern und Studierenden. Viele der Forderungen von damals haben für die Impulsgeberin bis heute nicht an Aktualität eingebüßt. Sie erinnert an den Ruf nach besseren Unterrichtsbedingungen, höheren Übertrittsquoten an die Universitäten, Reformen in Lehre und Forschung und angemessene Anpassungen an die Wirtschafts- und Arbeitswelt. Der ursprüngliche Leitgedanke „Bildung ist ein allgemeines Bürgerrecht“ ist für die Impulsgeberin hochaktuell und verwoben mit gegenwärtigen Diskussionen um Chancengleichheit. Vieles von dem, was heute für uns selbstverständlich ist, lässt sich auf die Aufstände von damals zurückführen. Andrea Bartl zählt etwa die Unterstützung von Studierenden durch BAföG, den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Schulen sowie die gegenseitige Anerkennung des Abiturs in den verschiedenen Bundesländern zu den Errungenschaften der 68er.

Braucht Bildung eine disruptive Innovation?

Die Impulsgeberin hält die 68er auch heute noch für Sinnstifter und Meinungsmacher, im modernen Sprachgebrauch wären sie „Influencer“. Ohne die Basis,

die diese Bewegung geschaffen hat, hätte Bildung heute nicht einen solch hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Zurzeit gibt es nach Andrea Bartls Erfahrung viele kritische Beobachter des Bildungssystems, die Forderungen von damals wieder in den Blick nehmen. Die Vorwürfe unserer Tage lauten: Die Universitäten sind verschult und überorganisiert, es gibt ausgrenzende Entwicklungen – etwa durch Studiengebühren – und die Hochschulen dienen nicht der Gesellschaft, sondern allenfalls der persönlichen Karriere. Schulen, so denken wiederum andere, verkommen zu einem Selbstverwirklichungsraum und bieten keinen Platz für erzieherische Elemente. Schülerinnen und Schülern, die nur noch an zwanglosen Spaß-Unterricht gewöhnt sind, mangelt es an Grundkompetenzen und sogenannten Millenium-Skills. Einige Unternehmen prangern, so die Wahrnehmung der Kritiker, fehlende Kenntnisse von Schulabgängern an.

Für Andrea Bartl stellen sich folglich Fragen: Welche Persönlichkeiten erzeugt unser 68er-geprägtes Bildungssystem eigentlich? Kommen diese Menschen überhaupt mit dem System zurecht? Sind sie für eine selbstständige Lebensführung gewappnet? Auch wirft die Impulsgeberin die Frage auf, was unsere Gesellschaft eigentlich von jungen Menschen erwarten kann. Wenn sie mündige, sozial und ökologisch orientierte Menschen hervorbringen will, die etwas bewegen und Verantwortung übernehmen wollen, muss sie diesen Menschen auch die entsprechenden Kompetenzen vermitteln. Die Impulsgeberin richtet fundamentale Fragen an die Gesprächsrunde: Was muss mit unserem Bildungssystem geschehen? Brauchen wir eine neue Revolution, mindestens eine Vision? Sorgt die Digitalisierung vielleicht bereits dafür, dass Dinge ins Rollen kommen? Und: Braucht es letztendlich eine disruptive Innovation im Bildungssystem, in der auch der Mut zur Ungleichheit ein zentrales Ziel darstellt?

G8, Bologna und Co: Raubbau an Freiheit und Weitblick?

Weitgehend einig sind sich die Teilnehmenden darin, dass es im deutschen Bildungssystem an einigen Stellen merklich hakt. Ein Teilnehmer sieht einen Fehler im System, der nicht Schülerinnen und Schülern oder Studenten angelastet werden kann: für ihn findet durch G8, Bologna und weitere Reformen seit Jahren eine Art „Roll-Back“ statt, der jungen Menschen ihre Freiräume nimmt und es ihnen erschwert, sich generalistisch, aber auch nach ihren individuellen Fähigkeiten zu bilden. Dass es heute wieder Universitäten gibt, an denen Talare getragen werden, wirft auch für die Impulsgeberin die Frage auf, ob sich eine Rückkehr zu strukturkonservativen Denkmustern beobachten lässt. Einem weiteren Teilnehmer zufolge haben Schülerinnen und Schüler, die ihr Abitur bereits nach acht statt nach neun Jahren absolvieren, in ihrer Schulzeit kaum Freizeit. Die starke Orientierung an den Forderungen der Wirtschaft, etwa nach jüngeren Abiturjahrgängen und früherem Berufseinstieg, hat damit erhebliche Auswirkungen auf ihre Persönlichkeitsentwicklung. Auch andere Gesprächsbeteiligte beobachten eine Verschulung und die Ausrichtung der Lernenden auf eine möglichst gute Employability. Durch das aktuelle Bildungssystem, so eine Teilnehmerin, entsteht unter jungen Menschen eine gefährliche Mischung aus Geschichts- und Zukunftslosigkeit.

Die Diskussion um das deutsche Bildungssystem sorgt bei einigen Anwesenden für einen spürbar emotionalen Zugang zum Thema. So berichtet eine Teilnehmerin von ihren persönlichen Erfahrungen mit überheblichen und unreflektierten Absolventen ohne sozialen Sinn. Das heutige System produziert, hat eine andere Teilnehmende festgestellt, nichts als „Fachidioten“. Ihnen fehlen Empathie und Weitblick, viele kennen die gesellschaftliche Realität nicht. Es braucht, so ihre Meinung, mehr praktische Erfahrungen oder ergänzende Lehre, etwa in Form eines disziplinübergreifenden Begleitstudiums.



Die Situation und Belastung jüngerer Menschen, so ein weiteres Argument, hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Früher kam die Schule, dann das Studium und dann – mit Eintritt ins Berufsleben – der „Ernst des Lebens“. Heute ist die Ausbildungszeit für viele bereits der „Ernst des Lebens“, viele freuen sich auf das „Luft holen“ in der Arbeitswelt. Sie sind in andauerndem Stressmodus, daraus ergeben sich schließlich die angesprochenen Probleme. Haben wir denn überhaupt noch Zeit, uns frei und interessegebunden zu bilden?

Andere Teilnehmende empfinden diese Perspektive als zu pessimistisch. Das universitäre und schulische System von 2018 ist nicht grundsätzlich schlecht, allerdings teilweise schlecht umgesetzt und organisiert. Die Vergangenheit darf nicht verklärt werden; Lehre hat sich an vielen Stellen zum Positiven gewandelt, findet auch eine Teilnehmerin, die ihr eigenes Studium um 1968 absolviert hat. Bestätigen können dies auch anwesende Lehrende: Es gibt immer mehr Förderprogramme für Schülerinnen und Schüler und Studierende, Absolventinnen und Absolventen finden einen guten Platz in der Arbeitswelt, die Resonanz der Arbeitgeber ist positiv. Für die Impulsgeberin hingegen passt das Bildungssystem an vielen Stellen nicht mehr zu den veränderten Rahmenbedingungen. Es sorgt für innere Konflikte bei jungen Menschen, da es nicht mehr mit ihren Lebensentwürfen vereinbar ist. Allerdings könnte gerade dies produktiv sein und als Zündstoff für eine neue Revolution dienen.

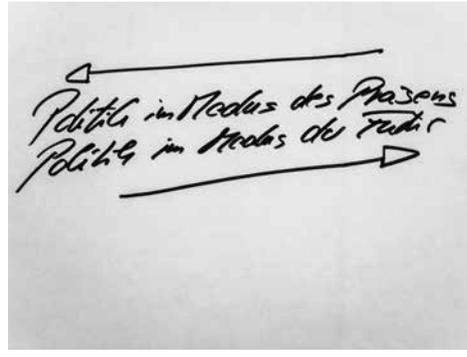
Noch mehr Ungleichheit?

Ob jungen Menschen Möglichkeiten bleiben, um außerschulische oder -universitäre Erfahrungen zu sammeln, hängt für eine Teilnehmerin auch von deren sozialer Herkunft ab. De facto herrscht eine unverändert große Ungleichheit. Erwähnt wird an dieser Stelle auch das Thema Digitalisierung. Nur Kinder aus sozial besser gestellten Familien, so die Sicht der Teilnehmerin, können die Vorteile der an sich neutralen Technologien wirklich für sich nutzen. Dass der Einsatz von Technik in Bildungseinrichtungen konfliktträchtig ist, findet auch die Impulsgeberin. Wie können rein praktische Hürden überwunden werden? Und wie genau sollte Technik am besten genutzt werden?

Eine DiskutantIn wirft die Frage auf, wie der Titel des Dialog-Cafés sich mit der angesprochenen sozialen Heterogenität vereinbaren lässt. Wenn sich bereits im Kindesalter entscheidet, welche Chancen ein Mensch hat, den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden: gibt es dann nicht schon mehr als genug Ungleichheit?

Visionen für die Bildung von morgen: Wie kann Ungleichheit positiv sein?

Die Impulsgeberin lenkt das Gespräch zum Abschluss der ersten Session zurück zu der Frage, wie Bildung von morgen aussehen könnte und sollte. Wie können die immer noch aktuellen Forderungen der 68er umgesetzt werden? Was wären innovative Lösungen? Aus dem Titel des Dialog-Cafés ergibt sich für sie die Frage, inwiefern Ungleichheit positiv sein kann. In welchem Sinne ist Ungleichheit ein Gewinn und damit



förderungswürdig? Die These einer Teilnehmerin, dass Bildung insgesamt vielfältiger werden muss, findet Zustimmung. Für unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Begabungen und Wünschen sollten unterschiedliche Räume geschaffen werden. Vor allen Dingen müssen in dieser Konsequenz verschiedene Bildungswege gleichermaßen geschätzt werden. Ein Abitur oder ein akademischer Grad verdient die gleiche gesellschaftliche Wertschätzung wie ein Handwerksberuf. Auch in der Schader-Stiftung trifft man auf zu wenige Bäckermeister, gibt eine Teilnehmerin zu bedenken. Die Stiftung sollte deutlicher repräsentieren, dass nicht nur ein akademischer Grad der Schlüssel dafür ist, am Dialog beteiligt sein zu können.

Geschlechtergerechtigkeit: Errungenschaften und Institutionalisierung

Den Denkanstoß für die zweite Session des Dialog-Cafés liefert Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Professorin für Allgemeine Soziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Bis vor kurzem war sie Vorsitzende der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Sie beleuchtet das Thema „Mehr *Ungleichheit* wagen“ in Bezug auf Geschlechterbeziehungen und sexuelle Rechte. Das Jahr 1968 ist auch für die zweite Impulsgeberin ein historisches Moment, in dem vieles in Bewegung kam. Aber: Was ist übrig geblieben? Was wird heute in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft thematisiert?

In Bezug auf Frauenrechte und Gleichstellung ist für die Soziologin auf institutioneller und politischer Ebene seit 1968 viel passiert. Zwar stehen noch immer klassische Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung, beispielsweise zum „Gender Pay Gap“. Inzwischen gibt es jedoch auch eine komplexe Auseinandersetzung mit sexuellen Rechten und Geschlechterbeziehungen verschiedener Art. Im Diskurs begegnen uns Homosexualität, Bisexualität, Intersexualität, Pansexualität, Transsexualität, Transgender und insgesamt plurale Lebensformen jenseits der heterosexuellen Kleinfamilie. Sexuelles Begehren hat, so Encarnación Gutiérrez Rodríguez, immer auch eine politische Komponente, Geschlechterbeziehungen lassen sich als etwas Soziales begreifen.

Rückgriff auf gestrige Ideologien

Die Impulsgeberin beobachtet jedoch auch gegensätzliche Entwicklungen. Gerade in populistischen Auseinandersetzungen wird oftmals auf traditionelle Denkmuster zurückgegriffen. Es findet eine Art ideologischer Rückschritt statt, der mit einer besonderen Rhetorik vollzogen wird. Encarnación Gutiérrez Rodríguez verweist auf internationale Entwicklungen. Unter der Regierung Obama wurde im US-amerikanischen Gesundheitssystem mit der geschlechtlichen Kategorie „diverse“ gearbeitet, Trans-Identitäten wurden einbezogen. Dies will Präsident Trump nun ändern und sich auf die biologische Zweigeschlechtlichkeit zurückbesinnen. Auch in Ungarn sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Der Studiengang „Gender-Studies“ wurde abgeschafft, angeblich wegen zu geringer Studierendenzahlen. In Deutschland ist es vor allen Dingen die AfD, die eine gestrige und paradoxe Geschlechter- und Familienideologie

vertritt. Manche gesellschaftlichen Fortschritte werden also 2018 wieder in Frage gestellt und angegriffen. Die Impulsgeberin schließt ihren Vortrag mit einer Frage an die Runde: Warum können wir einerseits auf Errungenschaften der Gleichstellungspolitik blicken und andererseits solche prekären Entwicklungen beobachten, die in manchen Bevölkerungsteilen auf Zustimmung stoßen?

(Un-)Gleichheit zwischen Mann und Frau

Eine Teilnehmerin steigt mit der Thematisierung von bestehenden Ungleichheiten zwischen Mann und Frau in die Diskussionsrunde ein. Sie bemerkt, dass es seit 1968 viele Auf- und Abs in der Chancengleichheit von Mann und Frau gab. Nachdenklich macht sie, dass Frauen in der Politik immer noch eine untergeordnete Rolle spielen und mit schlechten Aufstiegschancen zu kämpfen haben. Oft, so ihre Überlegung, wird auch auf dem Bildungsweg oder im familiären Umfeld Männern mehr Beachtung geschenkt und mehr Bedeutung zugeschrieben. Die Kodifizierung der Gleichheit von Frau und Mann im Grundgesetz reicht nicht aus. Es braucht praktische Gleichheit und fair verteilte Startchancen. Eine weitere Teilnehmerin stellt die These auf, dass es endlich eine neue Frauenbewegung braucht, die sich hochaktuellen Problemen wie sexualisierter Gewalt entgegenstellt. In der Wahrnehmung der Impulsgeberin werden das heteronormative Modell und entsprechende Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen tatsächlich weiterhin propagiert und finden Anklang. Deshalb ist es ihr wichtig, auch 2018 noch über „Mann“ und „Frau“ zu sprechen. Allerdings muss für sie die Diskussion viel weiter gehen, schließlich existieren mehr als nur diese Kategorien.

Erwartungen an Wissenschaft und Politik

Ein Vertreter der kommunalen Praxis wendet sich mit einer Frage an einen Teilnehmer aus der Forschung: Welche Erwartungen gibt es im Bereich Geschlechtergerechtigkeit an die Kommunen? Wie können sie sich um „Diverse“ kümmern? Dazu wird angemerkt, dass es an vielen Stellen in der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis hakt. Der Praxis fehlt oft die Sensibilisierung, die Wissenschaft bietet keine praktischen Lösungsvorschläge. Die Antworten der Impulsgeberin und anderer Teilnehmender auf die Frage nach Erwartungen an die Politik beziehen sich hauptsächlich auf die Arbeit mit jungen Menschen und das Zur-Verfügung-Stellen von Raum. Schul- und Jugendarbeit ist eine wichtige Komponente, dabei kann auf die Unterstützung vieler Organisationen gezählt werden. Vor allen Dingen braucht es jedoch Räume, in denen unterschiedliche Identitäten Platz finden und in denen Vielfalt gelebt werden kann.

Sind wir noch nicht so weit?

Zu Beginn ihres Impulses hatte Encarnación Gutiérrez Rodríguez die Institutionalisierung einiger Forderungen von 1968 angesprochen. Einen Teilnehmer beschäftigt die Frage, ob das Ganze auf eine Normalisierung hinausläuft oder überhaupt hinauslaufen kann. Einerseits beobachtet er die Hoffnung vieler, dass vielfältige Lebensweisen anerkannt werden und alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Andererseits, so mutmaßt er, ist diese Vorstellung bislang unvereinbar mit einer Gesellschaftsordnung, welche noch immer auf Zweigeschlechtlichkeit gepolt ist. Schließlich gibt es weiterhin viele Menschen, die sich durch andere Lebensweisen in ihrem persönlichen sozialen Status bedroht fühlen. Mit dieser Feststellung ist er in der Gesprächsrunde nicht allein. Wie kann es sein, dass differenzierte geschlechtliche Definitionen von vielen Menschen als direkter Angriff auf die eigene Identität verstanden werden, fragt sich ein Teilnehmer. Ob diese Praxis ins 21. Jahrhundert passt, bezweifelt er. In einer weiteren Wortmeldung wird sozialer Druck dafür verantwortlich gemacht: Beispielsweise formt sich die eigene Identität als Mann und damit die eigene Männlichkeit oft aus der Abgrenzung zu anderen Lebensformen. Eine Teilnehmerin findet es bemerkenswert, dass an vielen Stellen ein Trend zurück zu traditionellen Geschlechterverhältnissen zu verzeichnen ist. In ihrer Wahrnehmung haben diese Vorstellungen fast eine religiöse Qualität.

Komplexe Auseinandersetzung mit Geschlecht und sexueller Identität

Die Impulsgeberin hält es insgesamt für wichtig, darüber zu sprechen, wie Ungleichheit strukturell hergestellt wird. Sie hält eine gesellschaftliche Diskussion für erforderlich, die der ganzen Komplexität gerecht wird. Es braucht mehr Foren für eine Auseinandersetzung, hier stehen aus Sicht der Soziologin auch Wissenschaft und Politik in der Pflicht. Geschlechterbeziehungen, so ihre Vorstellung, sollten aus geographischer, sozialer, kultureller und ökonomischer Perspektive betrachtet werden. Über eins sind sich alle einig: Schlussendlich darf kein Mensch diskriminiert und marginalisiert werden, Chancen müssen fair verteilt werden. Aber wie?

Macht Platz!

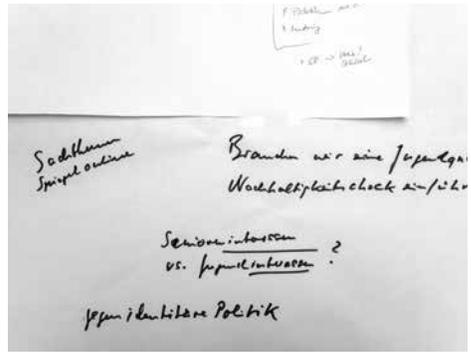
Am Anfang der dritten Session des Dialog-Cafés steht ein Impuls von Madeleine Hofmann. Die Politikwissenschaftlerin und Soziologin arbeitet als Journalistin und ist Botschafterin der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. In ihrem Buch „Macht Platz“ beschäftigt sie sich mit Generationengerechtigkeit. Madeleine Hofmann umreißt zu Beginn die Ausgangslage: Seit einiger Zeit beobachtet sie eine neue Lobbygruppe in Deutschland: die über 50-Jährigen. Diese sind nicht wie klassische Lobbygruppen in einem Verband organisiert, haben aber dafür etwas sehr Wertvolles zu bieten: ihre politische Stimme. Bei der Bundestagswahl 2017, so resümiert Hofmann, waren über 56 Prozent der Wahlberechtigten mehr als 50 Jahre alt. Nur 15 Prozent waren jünger als 30 Jahre. Selbst wenn alle unter 35-Jährigen für die gleiche Partei gestimmt hätten, wäre es ihnen nicht möglich gewesen, die über 60-Jährigen zu überstimmen. Begründet liegt das in der aktuellen demographischen Situation in Deutschland. Die Babyboomer, so führt die Journalistin aus, sind eine sehr große Generation, haben aber selbst wenige Kinder. Unter anderem daraus ergibt sich das Gefälle zwischen Alt und Jung.

Dieser Zustand wirkt sich deutlich in der Politik aus. Die Mehrheit der unter 35-Jährigen fühlt sich Umfragen zufolge in der Politik nicht repräsentiert, die Mehrheit der über 50-Jährigen hingegen schon. Zu den Themen, die befragte junge Menschen am meisten interessieren, zählen Bildung, Umweltschutz und Freiheit. Genau diese Themen, so meint Madeleine Hofmann, finden in der aktuellen Politik am wenigstens Platz. Jungen Menschen fehlt eine Lobby. Mit ihrer Arbeit in der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und ihrer Publikationstätigkeit will die Journalistin einen Beitrag dazu leisten, dass junge Menschen eine lautere Stimme bekommen.

Wichtig ist ihr dabei: Es kann und soll keine einheitliche Jugendpolitik geben. Es geht darum, die junge Generation in politischen Organen angemessen vertreten zu sehen und vor allen Dingen um eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Politik für die nächsten Jahrzehnte. Aber wie soll all das erreicht werden? Ein mögliches Instrument, das Hofmann für diskussionswürdig hält, ist das Kinderwahlrecht. Auch denkbar wäre eine Jugendquote, etwa in Parteien, in der Regierung, bei der Verteilung von Ministerposten und in wichtigen Gremien. Eine weitere Idee: ein verbindlicher „Nachhaltigkeitscheck“, der Beschlüsse und Gesetze auf den Prüfstand stellt. Gehen diese vielleicht zu Lasten der jüngeren Generationen? Insgesamt hält es Madeleine Hofmann für wichtig, den Dialog zwischen Jung und Alt zu stärken.

Alt gegen Jung oder Arm gegen Reich?

Dass die Interessen junger und alter Menschen gleichermaßen vertreten sein sollten, steht im Teilnehmerkreis außer Frage. Aber was ist mit all den anderen nicht gehörten Stimmen? Brauchen zum Beispiel auch Senioren eine spezielle Vertretung? Muss man nicht letztendlich eine Inflation der Interessenvertretungen verhindern, damit die verschiedenen Gruppen nicht zu sehr in Konkurrenz treten? Wie ist eine Balance zwischen all diesen berechtigten Interessen zu finden? Auch für die Impulsgeberin sollten alle Interessen in die politische Praxis einfließen. Allerdings liegt für sie



das besondere Problem darin, dass sich Politik durch die Folgen des demographischen Wandels weitgehend an den Interessen der Älteren orientiert. Das wird sich in den nächsten Jahren auch nicht ändern. Ein Teilnehmer fragt in die Runde, ob die Jugendorganisationen der Parteien wie auch die jüngeren Parteimitglieder an dieser Stelle genug Arbeit leisten, ob sie ausreichend Möglichkeiten der Partizipation und der angemessenen Repräsentanz bieten. Madeleine Hofmann sieht ein maßgebliches Hindernis darin, dass junge Menschen in der Politik sehr schlechte Aufstiegschancen haben, da ältere Menschen ihre Posten nicht freiwillig räumen möchten. Eine politisch aktive Teilnehmerin kann das bestätigen und plädiert deshalb für einen neuen „Marsch durch die Institutionen“.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wird mit Nachdruck gefordert, die Jugend nicht als homogene Gruppe zu betrachten. Auch andere soziale Kategorien müssen im Diskurs Berücksichtigung finden, dazu zählen der ethnische Hintergrund, die soziale Herkunft und die sexuelle Orientierung eines Menschen. Hier setzt die Kritik eines Teilnehmers an: Die Diskussion dreht sich nach seiner Meinung insgesamt um das Falsche. Eine Grenze verläuft für ihn nicht zwischen Jung und Alt, wobei ein weiterer Diskutant sofort einwirft, dass junge und alte Menschen aber doch eine sehr unterschiedliche Streitkultur pflegen und sich auch auf vielen Ebenen nur schwer begegnen können. Sein Vorredner teilt diese Ansicht nicht. Für ihn geht es primär um die Grenze zwischen Arm und Reich. Wenn es nicht bald Wege und Lösungen für drängende soziale Probleme gibt, stehen wir vor ernsthaften Herausforderungen.

„Generation Unpolitisch“?

Inwieweit sind unter 35-Jährige denn überhaupt politisch interessiert und aktiv? Wären sie aktiver, wenn sie weniger Hürden zu bezwingen hätten? Ein Teilnehmer berichtet von seiner Erfahrung, dass viele Menschen in seinem Alter, die sich einer Kohorte zwischen 30 und 50 Jahren zuordnen lassen, an politischen Fragen wenig Anteil nehmen. Vielleicht, so die Überlegung, ruhen sie sich ein wenig auf den Errungenschaften der vorherigen Generationen aus. Aber wie ist das bei den noch jüngeren Leuten? Ein weiterer Teilnehmer sieht es so: Für ihn fehlt jungen Menschen sowohl das Interesse an der Vergangenheit als auch an der Zukunft. Sie haben keine historische Denkweise, leben nur für den momentanen Spaß und für den momentanen Nutzen. Diese Einschätzung ruft in der Runde Widerspruch hervor.

Für Madeleine Hofmann ist das politische Interesse der jungen Generation ohnehin sehr schwer zu messen. Politisches Engagement hat sich sehr stark verändert, zum Beispiel sind junge Leute weniger in Parteien aktiv, mischen jedoch immer häufiger in thematischen Initiativen mit. Ein Teilnehmer schlägt einen Bogen zurück zu '68: Eine Erklärung dafür, weshalb junge Menschen heute politisch weniger involviert scheinen, könnte sein, dass politisches Engagement früher eine andere Bedeutung hatte. Politik war ein Ventil, das man nutzen konnte und wollte, um seinem Standpunkt Ausdruck

zu verleihen. Heute leben wir in einer anderen Welt, jeder kann über soziale Netzwerke seine Meinung äußern. Das, so seine Überlegung, ist vielleicht sogar deutlich demokratischer. Jedenfalls müssen wir mit der Zeit gehen und auch diese Form der Kommunikation ernst nehmen. Die Impulsgeberin bricht eine Lanze für die Jugend. Sie nimmt viele engagierte junge Menschen wahr, die sich eben auch auf ungewöhnlichen Wegen und Kanälen bewegen. Die ganze Diskussion erinnert eine Teilnehmerin an die Frühzeit der Frauenbewegung: Zu Zeiten, als Frauen noch nicht wählen durften, hieß es auch immer „Sie haben doch gar kein Interesse, sie wollen das doch gar nicht, sie können es doch gar nicht“.

Fehlende Sacharbeit macht politikverdrossen

Für einen Teilnehmer liegt das Problem weder direkt im Gegensatz zwischen Jung und Alt, noch scheitert die politische Kultur infolge eines grundsätzlichen Mangels an politischem Interesse in bestimmten Bevölkerungsteilen. Einerseits leben wir in einer Zeit der Individualisierung, in der Eigeninteressen eine große Rolle spielen. Da ältere Menschen den größeren Bevölkerungsanteil stellen, werden ihre Interessen auch besser wahrgenommen. Für viel dringlicher hält er jedoch, dass in der Politik endlich wieder eine Orientierung an Sachthemen stattfindet. Dieses Plädoyer sorgt in der Runde für Zustimmung. Aus der Perspektive dieses Teilnehmers tragen die Medien dazu bei, praktische Lösungen in den Hintergrund zu rücken. Auch Madeleine Hofmann nimmt wahr, wie das Vertrauen in und die Lust auf Politik dadurch verloren gehen, dass es mehr um Personalstreitereien geht als um drängende Probleme. Aus ihrer Erfahrung stehen die Medien häufig vor schwierigen Aufgaben und sind nicht immer in der Lage, ideale Lösungen für die Thematisierung von Inhalten zu finden.

Das Alter der Ideen: Dialog über Altersgrenzen hinweg

Eine Teilnehmerin aus der Generation „über den Babyboomern“ denkt zurück an 1968. Sie beschäftigt der häufig gebrauchte Begriff der „Interessen“. Den 68ern ging es nicht um die Bedürfnisse Einzelner. Es ging um eine Politik mit Blick auf die gesamte gesellschaftliche Entwicklung. Eine solche Politik ist heute immer noch notwendig. Gefordert sind, so ihre Vorstellung, junge Menschen, die dies und außerdem die Interessen der Älteren im Blick behalten. Wie die Impulsgeberin nochmals bekräftigt, sollte es nicht um spezielle Interessen, sondern um eine nachhaltige Politik gehen. Für bemerkenswert hält sie in diesem Zusammenhang, dass die Interessen der ganz jungen und der ganz alten Menschen Umfragen zufolge weitgehend deckungsgleich sind. Eine weitere Teilnehmerin hat an Interessenpolitik erst einmal nichts auszusetzen. Hauptsache ist ein parteiübergreifendes Interesse am Gestalten.

Um eine neue Ausrichtung politischen Handelns zu erreichen, sollte es, so das Plädoyer eines Teilnehmers, nicht nur darum gehen, Posten für junge Leute frei zu machen. Menschen jeden Alters können gute Beiträge leisten. Von Zeit zu Zeit müssen einfach andere Menschen aktiv werden und andere Impulse liefern. Die Impulsgeberin ergänzt, dass es auch für sie persönlich nicht auf das biologische Alter eines Menschen ankommt, sondern auf das Alter seiner Ideen. Gesucht werden innovative Lösungen, die den Köpfen von Jung oder Alt entspringen können. Zum Abschluss des Dialog-Cafés fordern mehrere Stimmen: Die politische Landschaft braucht allgemein mehr Diversität. An einem Tisch mit politischer Entscheidungsgewalt sollten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Geschlechter und sexueller Orientierungen, verschiedener Abstammungen und Ethnien, verschiedener Herkunft und Sprachlichkeit und verschiedener Religionen und Anschauungen versammelt sein. Die Liste ließe sich erweitern. Ungleichheit kann an dieser Stelle jedenfalls durchaus einen positiven Beitrag leisten. Wichtig ist, so resümiert auch die Impulsgeberin, der Dialog zwischen Menschen über Grenzen hinweg.

Resümee

Prof. Dr. Gabriele Abels, die als Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung das Dialog-Café begleitet, schildert ihre Wahrnehmung der Diskussion und fasst die Ergebnisse der drei Sessions zusammen:

Im Dialog-Café 5 ging es darum, unterschiedliche Facetten von Ungleichheit in den Blick zu nehmen und danach zu fragen, wie sich diese Ungleichheitsdimensionen seit 1968 verändert haben und welcher zukünftige Handlungsbedarf besteht. Der Schwerpunkt lag auf der Verbindung von Ungleichheit und Gerechtigkeit. Dies wurde in dreierlei Hinsicht thematisiert: als Bildungsgerechtigkeit, als Geschlechtergerechtigkeit und als Generationengerechtigkeit. Mehr Ungleichheit wird hier eher als Problem gesehen; Ungleichheit als Ressource, die fruchtbar gemacht werden kann, ist eine eher vernachlässigte Perspektive.

Dabei wurde zunächst der Wandel des Bildungssystems adressiert. Zahlreiche Forderungen der 1968er Bewegung – als Bewegung der Studentinnen und Studenten – wurden in der Folgezeit umgesetzt. So etwa Bildung als Bürgerrecht, als Teil einer aktiven Sozialpolitik, die sich zum Beispiel in einer hohen Übertrittsquote an die Hochschulen niederschlägt. Zugleich stellt sich aber die Frage, welche problematischen Entwicklungen im Bildungssystem zu verzeichnen sind, die neue Ungleichheit begründen. Gefragt ist ein kompensatorisches Bildungsverständnis, das diese Ungleichheiten ausgleichen kann.

Auch die Geschlechterverhältnisse haben sich seit 1968 und der Entstehung der neuen Frauenbewegung einerseits stark gewandelt, andererseits zeigen sich große Beharrungskräfte und teilweise auch eine Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen. So ist insbesondere der Bereich der Care- und Fürsorge-Arbeit einer, der immer noch stark weiblich konnotiert ist, und Zweigeschlechtlichkeit ist nach wie vor stark verankert. Weitere Herausforderungen sind die Verbindung mit Fragen von Diversität, um auch andere Ungleichheitskategorien in den Blick zu nehmen, sowie die Umsetzung von Identitätspolitiken in Rechtsansprüche.

Zu guter Letzt wurde die Frage nach dem Verhältnis der Generationen zueinander gestellt. Während ältere Generationen in der Politik eine starke Lobby haben, ist dies für die jüngere und für kommende Generationen nicht der Fall. Generationengerechtigkeit heißt, auch künftig zukunftsfähig zu sein und Zukunft gestalten zu können. In diesem Feld besteht der Bedarf an innovativen Instrumenten, um die derzeitige Ungleichheit zwischen den Generationen zu kompensieren beziehungsweise fruchtbar zu machen. Insgesamt überwog in dem Dialog-Café eher die Perspektive, Ungleichheit als normativ tendenziell unerwünscht zu sehen und ihr durch geeignete Maßnahmen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entgegenzuwirken.



Dialog-Café 6: Mehr Bewegung wagen

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Dr. Dagmar Danko, European Sociological Association, Paris

Heinrich Maria Löbbers, Sächsische Zeitung, Dresden

Dr. Jutta Schütz, Journalistin und Autorin, Darmstadt

Begleitung: Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Moderation: Peter Lonitz, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Frauke Taake und Peter Lonitz

Der Ruf nach Revolte oder gar nach Revolution ist seit den 68er-Protesten nicht nur von links nach rechts „gerutscht“, sondern hat Überzeugungskraft, Mobilisierungsmöglichkeiten und Stichhaltigkeit verloren. Populistische Schnellebigkeit vermag die Menschen stärker zu politisieren und Protest hat eher empörenden Charakter angenommen. Für einen Bruch mit dem Althergebrachten, den bestehenden Strukturen und gängigen Werten scheint jedoch keine derartige Notwendigkeit zu bestehen, als dass sich ein offener zügelloser schichtübergreifender Protest seine Bahn brechen würde. Bestimmt das Motiv der Political Correctness – unausgesprochen – die Diskussion? Wird so der Wandel zwar angetrieben und gleichzeitig doch im Zaum gehalten? Die Unterschiede zwischen der unruhigen und ambitionierten 68er-Bewegung mit ihrer Forderung nach Liberalisierung aller Lebensbereiche und den aktuellen Protestbewegungen scheinen offensichtlich. Es zeigt sich heute eine andere politisierte Gesellschaft, deren nationalpopulistische Tendenzen ebenso dringend beweisen, dass Protest und Wandel immer noch angebracht sind.

Was darf die Kunst?

Die Freiheit der Kunst wird als selbstverständlich vorausgesetzt und im freiheitlichen Rechtsstaat scheinbar debattenlos akzeptiert. Allerdings, so möchte die erste Impulsgeberin Dagmar Danko – sie ist als Generalsekretärin der European Sociological Association tätig und forscht zur Kunst- und Kulturosoziologie – perspektivisch aufweisen, gibt es durchaus weniger populäre Sichtweisen auf die Kunstfreiheit und Ambivalenzen, die sie anhand dreier Beispiele zeitgenössischer Kunstaktionen verdeutlichen möchte. Zu Beginn ihres Impulses stellt sie die Frage, was Kunstfreiheit bewirkt und tut. Insbesondere in Zeiten eines aufwühlenden Populismus, in Zeiten der teilweise aggressiv geführten Diskussion um politische Korrektheit und Religionsfreiheit schwingt die Frage mit, ob Kunstfreiheit auf persönliche Befindlichkeiten politischer oder religiöser Natur Rücksicht nehmen muss. Im Fall von Jonathan Meese, einem deutschen Künstler, der in seiner Arbeit immer wieder Personen der Geschichte und historische Ereignisse thematisiert und instrumentalisiert, hat ein Gerichtsurteil Aufsehen erregt. Er hatte sich in

mehreren Aktionen auf öffentlichen Bühnen in der Pose des Hitlergrußes präsentiert. Die Ambivalenz dieser Geste spiegelt sich in Meeses Freispruch wie auch den Urteilsgründen wider. Hierin wird der Unterschied zwischen Jonathan Meese als Privatperson und Jonathan Meese als Bühnencharakter und damit als Kunstfigur verdeutlicht und so die Straflosigkeit seines Handelns begründet. Damit kennzeichnet das Gericht die Aktion als Kunst und nicht etwa als persönliche Meinungsäußerung. An dieser Stelle macht Dagmar Danko darauf aufmerksam, dass sich die Kunst immer der Unterscheidung verpflichten muss, was Wirklichkeit und was die Darstellung der Wirklichkeit ist.

Anders als im Fall von Jonathan Meese verurteilte ein russisches Gericht die Aktivistinnen der Gruppe Pussy Riot. Deren Aktion in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale wurde als Ausdruck persönlicher Meinung gewertet und mit dem Argument der Verbreitung religiösen Hasses vollständig entpolitisiert. Im Zuge der Berichterstattung war in den westlichen Staaten eine Solidarisierung mit den verurteilten Frauen festzustellen, wobei die Medien sich unter dem Banner einer demokratisch-freiheitlichen Gesellschaft ob der Verurteilung der Pussy Riot-Aktivistinnen empörten und die Kunstfreiheit aufgrund dieses Gerichtsurteils gefährdet sahen. Dass auch hierzulande massive und medial aufbereitete Empörungswellen wegen vermeintlich künstlerischer Verunglimpfung stattfinden, wird dabei übersehen. Genügend Beispiele hierfür sind in den sozialen Medien zu finden, deren Natur von schnellen Bildern, Berichten und einer Betonung der moralischen Empörung geprägt ist, ohne sich auf fundierte Hintergrundinformationen stützen zu können. Die Manchester Art Gallery musste Anfang 2018 einen medialen Shitstorm über sich ergehen lassen, da die Abhängung des Bildes „Hylas und die Nymphen“ als eine Selbstzensur des Museums gewertet wurde. Richtig ist jedoch, dass dieser Vorgang weder Selbstzensur aufgrund ambivalent dargestellter Geschlechterverhältnisse noch PR-Gag war, sondern vielmehr auf die Notwendigkeit einer freien kuratorischen Praxis aufmerksam machte. Letztlich zieht Dagmar Danko den Schluss, dass es in freiheitlich-demokratischen Gesellschaften den Ruf nach einer absolut freien Kunst gibt, der mitschwingende gesellschaftliche Subtext allerdings weniger mutig die Unterlassung jeglicher Übertreibung einfordert.

Kunst darf und muss Rücksichtslosigkeit beweisen

In der Diskussion wird die Frage nach den gesellschaftlichen Gruppen aufgeworfen, die sich durch vermeintlich verunglimpfende Kunstaktionen nicht nur angesprochen fühlen, sondern sich darüber erregen. Sollte Kunst angenehmer und anschlussfähiger werden, damit dienenden Charakter annehmen, um auch weniger liberal geprägten moralischen Ansprüchen eher wieder gerecht zu werden? Einigkeit besteht hinsichtlich der These, Kunst müsse auf niemanden Rücksicht nehmen, weil nur so gewährleistet ist, dass alle Sujets öffentlich ansprechbar bleiben. In ihrer Rücksichtslosigkeit, so die Annahme, ist Kunst subversiv, aufklärend und kritisch, weshalb ihre Freiheit im Grundgesetz verankert ist und durch die Rechtsprechung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben verteidigt wird. Ein Einwurf zielt darauf, dass unterschiedliche Ansprüche an die Kunst nicht in einen Topf geworfen werden dürfen. Fragen der Ethik, der Moral, der Religion oder des Rechts sind nicht als Fragen der Kunst zu diskutieren, sondern müssen ihren eigenständigen Charakter bewahren, so ein Teilnehmer. Auch in der Kunst ist nach dieser Ansicht darüber nachzudenken, wie beispielsweise mit den Gefühlen von Gläubigen umgegangen werden soll. Aggression, hervorgerufen durch Schmähungen, so hier das Argument, darf nicht das Merkmal guter Kunst sein. In dem Fall um Pussy Riot fühlten sich 2012 viele Russinnen und Russen in ihrer Religiosität empfindlich angetastet. Andererseits bilden die in ihrer Befindlichkeit verletzten russischen Bürgerinnen und Bürger zwar möglicherweise eine Mehrheit, sie sind allerdings nicht zwingendermaßen im Recht, wenn sie sich darauf berufen, ihre menschliche Würde sei angetastet. Dass Schmähkritiken, Karikaturen oder Punk-Gedichte wie von Pussy Riot die Menschenwürde verletzen, wird an dieser Stelle stark in Zweifel gezogen.

Braucht Kunst gerade wegen ihrer Rücksichtslosigkeit Eingrenzungen?

Was künstlerische Qualität ausmacht, kann und soll nicht bewertet werden, insbesondere sofern es um Skandalisierung und Provokation geht. Dennoch wird hervorgehoben, dass schließlich auch Kunstschaffende Verantwortung gerade in einer sich stärker interkulturell ausdifferenzierenden Gesellschaft tragen. Es gab immer schon Kunstwerke, die die Form heftiger Provokation gewählt haben. Kunst steht durch ihren freiheitlichen Charakter auch immer in der Gefahr, instrumentalisiert zu werden. Im interkulturellen Dialog nimmt diese Provokation allerdings neue Dimensionen an, da ohnehin zunehmende Spannungen innerhalb der Gesellschaft zu verzeichnen sind. Fraglich ist, ob die Sprengkraft dieses Spannungsbogens im Sinne einer Political Correctness befriedet werden darf.

Die Frage nach einer Grenze, die erlaubt, auf der einen Seite Anspruch auf genuin künstlerisches Schaffen zu erheben und auf der anderen Seite Aktionen das Künstlerische abzusprechen, wird laut. So müssen sich auch Kunstschaffende fragen, wann sie Privatperson sind und wann sie für sich in Anspruch nehmen, Künstlerinnen und Künstler zu sein, denn im Grunde stehen sich hier zwei Positionen gegenüber: zum einen die Kunstfreiheit, garantiert durch das Grundrecht, und zum anderen die strafrechtliche Dimension. Diesen Gegensatz hat 2016 Jan Böhmermann aufgrund seines Gedichts „Schmähkritik“ erfahren müssen: Er wurde von unterschiedlichen Seiten zwar erfolglos, aber dennoch mit unangenehmen Folgen in einen strafrechtlichen Prozess gezogen.

Künstlerische Zurückhaltung, um religiöse Gefühle nicht zu verletzen, ist zwiespältig zu sehen, wird noch einmal betont. Genauso erscheint ambivalent, wenn Kinderbuchklassiker kritisiert werden, weil ihre Begrifflichkeit mittlerweile nicht mehr einer kultursensiblen Sprachregelung entspricht. Auch Geschichte kann und darf ebenso wenig wie Kunst rückwirkend zensiert werden. Wer Kunst wahrnimmt, hat immer eine Differenzierungsleistung zu erbringen, die damit verbunden ist, einen Kontext herzustellen und damit eine aktive Reflexion von Kunst und Geschichte zu gewährleisten.

Maßstäbe gelingender Kunst

Die Begriffe Kunst und Freiheit stehen in der Diskussion wie selbstverständlich im Raum, so ein Kommentar, doch sollten sie, um sie wirklich durchdringend verstehen zu können, hinterfragt werden. So würde deutlich, dass Beschränkungen der grundgesetzlich gewährleisteten Kunstfreiheit restriktiv zu handhaben sind. Dagmar Danko fasst die Debatte mit der Feststellung zusammen, dass es immer wieder implizit oder explizit um Gegensätze zwischen guter und schlechter oder richtiger und falscher Kunst ging. Das sollte insofern aber kein diskutabler Punkt sein, da es gefährlich ist, einen graduellen Qualitätsmaßstab anzulegen. Fragen der Deutungshoheit spielen hier mit hinein. Besser ist es, von gelingender Kunst zu sprechen, wobei es tatsächlich darauf ankommt herauszustellen, was Kunst ist und sein kann. Dagmar Danko schlägt vor, den systemtheoretischen Ansatz Niklas Luhmanns zu nutzen, um Kunst vollkommen losgelöst von persönlichen Befindlichkeiten als geöffneten Kommunikationskanal zu sehen. Kunst besitzt damit eine Eigenlogik, die auch nur mit ihrem eigenen Vokabular kritisiert werden kann.

Pegida als Analogie der APO von rechts?

Das Element der Eigenlogik tritt implizit ebenfalls im Rahmen der Diskussion um Pegida und aktuell im Aufwind begriffene rechte und identitäre Bewegungen auf. Heinrich Maria Löbbers ist Mitglied der Chefredaktion der Sächsischen Zeitung und berichtet als Impulsgeber der zweiten Runde dieses Dialog-Cafés von der Eigenlogik, die heutige und damalige Proteste vereint. Der Zusammenhang zwischen der 68er-Bewegung und den rechten Stimmen, die vor allem das Establishment angreifen, liegt in der geteilten

Begründungszusammenhänge des ostdeutschen Protests

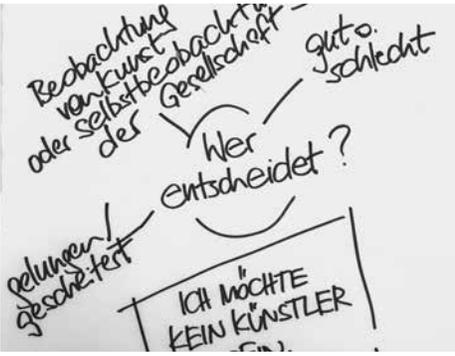
Der alltägliche und vertraute Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund ist in den neuen Bundesländern wenig verbreitet und wird oft als beängstigend, zumindest unerwünscht beschrieben. Entsteht Angst dann, wenn etwas fremd ist? Was Ostdeutschland insbesondere prägt, sind die wenigen interkulturellen Kontakte im Alltag. Darüber hinaus bestehen kaum Berührungspunkte mit den Ideen der 68er-Bewegung. Die alten Bundesländer hatten Jahrzehnte Zeit, sich mit gesellschaftlichen Veränderungen und der Tatsache der Zuwanderung zu beschäftigen, Ideen einer liberaleren Gesellschaft anzunehmen und umzusetzen. In den neuen Bundesländern trafen diese Veränderungen eine ganze Gesellschaft unvorbereitet und abrupt. Das Tempo dieses Umbruchs und die damit einhergehenden Ansprüche an das gesellschaftliche Leben sorgten zu einem gewissen Teil für Überforderung und riefen Abwehrreaktionen hervor. Ein inhaltlicher Kern Pegidas ist die Forderung, eben keine westdeutschen Verhältnisse zuzulassen und damit weiterhin auf Nicht-Kontakt und Abgrenzung gegenüber zugewanderten Menschen zu bestehen. Migrantinnen und Migranten werden als Problem wahrgenommen, ohne die Möglichkeit, Interkulturalität in einem alltäglichen Zusammenhang zu erleben. Dagegen wäre es hilfreich, Menschen mit Migrationshintergrund als Mitschüler, Arbeitskollegin oder Nachbarn kennenzulernen. Diesen Diskussionsgang schließt die Mahnung ab, Kontaktfremdheit als einen von vielen kausalen Bezugspunkten zu betrachten.

Eine Besonderheit der neuen Bundesländer spielt bei der Ausbildung rechtsnationaler Strömungen eine Rolle und wird als weiteres erklärendes Argument angeführt: In der DDR wurden kaum provozierende politische Symbole gezeigt wie etwa der Hitlergruß oder das Hakenkreuz. Wenig anderes rief mehr politische und gesellschaftliche Irritation hervor als die Verwendung dieser Werkzeuge der Provokation. In Westdeutschland wiederum konnte diese Symbolik kaum mehr als seichte Empörung auslösen. Daran hat sich bis heute wenig geändert, und womöglich – so die These – muss die stärkere Verbreitung rechten Gedankengutes und eines rechten Populismus in Ostdeutschland in erster Linie als Provokation und Mittel der politischen Wahrnehmbarkeit betrachtet werden.

Ein weiterer Nährboden für rechtspopulistische Mobilisierung ist die kolonialartige Personalstruktur in den Führungsebenen ostdeutscher Unternehmen, Institutionen und Behörden. 1989 gab es einen radikalen Elitenaustausch in allen Bereichen. Je höher auch heute eine Position in Unternehmen angesiedelt ist, desto wahrscheinlicher wird es, dass sie mit einer Kraft aus den alten Bundesländern besetzt ist. Behördenleitungen, Theaterintendanten, politische Ämter sind bis heute dominiert von Westdeutschen. Das führt zu nachvollziehbaren Frustrationen, die mit dem Gefühl einer Fremdregierung einhergehen und das Entstehen einer selbstkonstruierten Parallelgesellschaft begünstigen.

Politische Extreme besitzen Gemeinsamkeiten

Sowohl die APO als auch Pegida und die Identitäre Bewegung entstammen einer außerparlamentarischen Gründung. Sie fordern jeweils ein, sich mit der Systemfrage auseinanderzusetzen, sind allerdings vollkommen unterschiedlich in ihrer inhaltlichen Zielsetzung zu charakterisieren. Das immer wiederkehrende Narrativ des Misstrauens gegenüber dem Establishment ebenso wie die Forderung nach engem und direktem Kontakt von Führern und Geführten sind inhaltliche Berührungspunkte. Rechtspopulismus hat es in unterschiedlicher Verbreitung immer gegeben, was allerdings heute besorgniserregend sein muss, ist dessen enormes Mobilisierungspotenzial. Ein Gegensatz zur APO ist darin zu sehen, dass diese zwanzig Jahre benötigte, um parlamentarische Kraft zu werden, die AfD als institutionalisiertes Sammelbecken rechter Bewegungen jedoch innerhalb kürzester Zeit starke Sitzgewinne in den Parlamen-



ten nicht nur in den neuen, sondern ebenso in den alten Bundesländern verbuchen konnte. Analogien zur APO finden sich lediglich auf formaler Ebene. Gemeinsamkeiten zwischen rechten und linken Bewegungen lassen sich deswegen nur im Hinblick auf Strukturähnlichkeiten und Mobilisierungsform feststellen.

Strukturwandel politischer Öffentlichkeit als Grenze der Analogie

Eine Grenze beim Ausdeuten von Analogien setzt der Strukturwandel politischer Öffentlichkeit innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte, aus dem eine radikale Neugestaltung der Bedingungen für die Aktivität politischer Akteure resultierte. Zurückzuführen ist dieser Wandel einerseits auf Globalisierungsprozesse, mehr als alles andere aber auf die Entwicklung und die Dominanz elektronischer Medien. Hier wurde politische Kommunikation durch die Fiktion eines direkten Kontaktes grundlegend verändert, so eine Stimme in der Runde. Neue Auseinandersetzungsformen sind heute relevant, sowohl unter politischen Akteuren als auch im Kontakt politischer Aktiver mit der Öffentlichkeit. Die Professionalisierung der Vermittlung, die zuvor durch ausgebildete Journalistinnen und Journalisten, ausgerüstet mit Handwerkszeug und im besten Falle auch ethischen Grundsätzen verpflichtet, gesichert wurde, lässt heute zunehmend nach. Mit den Kommunikationskanälen des Internets ist die Mobilisierung einfacher, direkter und schneller möglich. Aufgrund dieser Veränderung findet der demokratische Diskurs mehr und mehr auf einer populistischen Ebene statt – populistisch nicht nur in Bezug auf Inhalte, sondern im Sinne populistischer Mobilisierungsformen, inklusive der Fiktion einer Intermediarität, merkt ein Teilnehmer an. Im Gegensatz zur politischen Einhegung der APO wird es schwierig sein, AfD, Pegida oder die Identitäre Bewegung zivilisiert und nachhaltig in den politischen-demokratischen Prozess mit einzubinden.

Wichtig ist, eine Differenzierung zwischen zwei Teilen der rechten Bewegung vorzunehmen. Zum einen sind hier jene Akteure wie Björn Höcke oder Götz Kubitschek auszumachen, die alle Regeln einer freiheitlich-demokratischen Debatte bewusst brechen. Zum anderen gibt es Menschen, die sich gegen die Aussage wehren, Einwanderung und Migration seien unhinterfragt zu begrüßen. Es gibt gelungene Integration und ebensolche, die als misslungen beschrieben werden muss. Der Standpunkt, jede dieser Ängste als unbegründet und irrational abzutun, ist wenig zielführend, wenn es darum geht, einen gemeinsamen Diskussionsraum zu schaffen und offen zu halten. Es gilt, jenen Gruppen, die nicht an populistischer Stimmungsmache beteiligt sind, sondern Ängste verspüren und sich hierdurch mobilisieren lassen, zuzuhören und mit ihnen zu sprechen. Ein solch differenzierter öffentlicher Diskurs muss weiterhin möglich sein und der direkte, auch nicht-virtuelle Kontakt gesucht werden.

Was bleibt vom Feminismus?

Ging es in der zweiten Session des Dialog-Cafés auch um Unterschiede im Bewusstsein von Menschen in Ost- und Westdeutschland, so standen in der dritten Runde



Ungleichheiten zwischen Mann und Frau im Mittelpunkt. Gerade das Jahr 2018 hat die Erinnerung an Errungenschaften des Feminismus wachgerufen, da 100 Jahre Frauenwahlrecht und das 120-jährige Jubiläum der Frauen an Universitäten gefeiert werden konnten. Das sind wichtige historische Bezüge, geradezu Meilensteine, die aber wenig aussagen, wenn es um die Zukunft geht oder darum, in welchen Bereichen Frauen weiterhin um Teilhabe kämpfen müssen.

Die Journalistin und Autorin Jutta Schütz macht in ihrem Impuls deutlich, dass die 68er-Bewegung zwar mit der Stärkung von Frauenrechten in Verbindung gebracht wird, seinerzeit aber aus Sicht der männlichen Protagonisten Frauen mehr Objekt als Subjekt waren. Die Rolle der Frau beschränkte sich, da machte auch die linke Protestbewegung keine Ausnahme, auf die haushälterische Versorgung und die Zuarbeit. Die Emanzipierung von Frauen in dieser Zeit bedeutete, sich gegen patriarchalische Strukturen in der 68er-Bewegung durchzusetzen und mit der Forderung nach Gleichberechtigung gegen männliche Führungs- und Alleinvertretungsansprüche zu rebellieren. Die zweite Frauenbewegung, geprägt durch neu gegründete autonome Gruppen und die Studentinnen-Bewegung, muss deswegen mitunter als ein Aufbegehren gegen den männlichen Teil der Bewegung verstanden werden. Der „Tomaatenwurf“, aus Protest gegen männlich dominierte Strukturen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, symbolisierte ein Startsignal der Frauenbewegung in eine neue und öffentlichere Dimension. Diese forderte ein, auch das Private als etwas Politisches zu betrachten und die Ausbeutung der Frau als Hausfrau nicht länger gesellschaftlich zu tabuisieren. Autonome Frauenbewegungen der 1970er hatten einen großen Einfluss auf Erziehungsmethoden, Gesetzgebung, Verhaltens- und Umgangsformen. Viele der damals von Frauen geschaffenen Einrichtungen haben sich im Laufe der Zeit professionalisiert und beeinflussen bis heute öffentliche Institutionen und deren Entscheidungen. Die Reform des § 218, der Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellte, oder aber die Novellierung des Familien- und Eherechts stehen hierfür als zwei wichtige Beispiele.

Es wurden bislang viele Fortschritte erzielt und nun stellt sich die Frage, was genau noch erreicht werden muss. Nur beispielhaft ist hier die nicht vorhandene Parität in Parlamenten zu nennen, ebenso der Gender Pay Gap beziehungsweise der Gender Pension Gap, die geringe Anzahl von Frauen in den Führungsebenen – sie stellen zur Zeit lediglich 29 Prozent der Führungskräfte – oder der Umstand, dass nur jede fünfte Professur durch eine Frau besetzt wird. Auch sexualisierte Gewalt, deren Opfer Frauen auf der ganzen Welt sind, wurde zwar durch die #MeToo-Debatte öffentlichkeitswirksam thematisiert, dahinterliegende Strukturen bleiben aber weitestgehend unbearbeitet. Der Kampf um Frauenrechte wird immer wieder durch Rückschläge unterbrochen. So kommt es zurzeit vor Beratungsstellen für Schwangerschaftskonfliktberatungen vermehrt zu Demonstrationen von selbsternannten Lebensschützern. Allgemein genießt das Thema Feminismus vor allem bei jungen Menschen wenig Ansehen. Eine

positive Entwicklung ist darin zu sehen, dass Frauenrechte heute vermehrt als Menschenrechte verteidigt und eingefordert werden. Außerdem zeigt sich immer deutlicher die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Gestaltung und des Protests gemeinsam mit den Männern anstatt gegen diese.

Optionen des Familienlebens

Die Diskussion wird auch durch die Thematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bestimmt. Die Forderung besteht darin, Bedingungen zu schaffen, damit eine Schwangerschaft und das Aufziehen von Kindern für Frauen nicht zwingendermaßen Karriereeinbußen mit sich bringen. Über Jahrzehnte war es gesellschaftlich akzeptiert, Männer über zwölf Monate oder länger zum Wehrdienst einzuziehen, warum sollte Elternzeit weniger wert sein? Phasen der gesetzlich gewährleisteten Elternzeit sollten von Müttern und Vätern gleichermaßen in Anspruch genommen werden können, ohne dass sie spätere berufliche Nachteile zu befürchten haben. Frauen, deren Erwerbsleben ins Stocken oder gar zum Erliegen gekommen ist, wird gerne unterstellt, sie seien in eine „Komfortfalle“ getappt. Sie müssten vielmehr gefragt werden, ob sie an einem Punkt die Wahl hatten und eine aktive Entscheidung treffen konnten. Das „Keine-Wahl-Haben“ weist unterschiedliche Ursachenzusammenhänge auf: beispielsweise das Fehlen eines Kita-Platzes für das Kleinkind oder die abwehrende Haltung von Unternehmen, wenn es darum geht, junge Mütter einzustellen, nur um keine flexiblen Arbeitszeiten anbieten zu müssen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzt auch voraus, die angesprochenen Wahlmöglichkeiten tatsächlich zu schaffen. Frauen müssen sich frei und damit aktiv entscheiden können, ob sie das Berufsleben, die Care-Arbeit oder aber beides wählen, und sie sollen die Gestaltung dieser Kombination selbst definieren.

Die Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter ist nicht zuletzt eine Frage der Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten, die keine Differenzierung der Chancen von Männern und Frauen beinhalten darf. Das beinhaltet, auch Männern andere und neue Wahlmöglichkeiten zu offerieren. Heute besteht weitgehend Konsens darüber, Frauen könnten problemlos alle Optionen aus beiden Lebenswelten wahrnehmen und sind auch in der Lage, das zu meistern. In der Tat ist die Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie möglich, aber in den allermeisten Fällen höchst anspruchsvoll und teils überfordernd. Insbesondere wenn beide Partner Vollzeit arbeiten, wäre es eigentlich, so der heftig kritisierte Beitrag eines Teilnehmers, viel entlastender und angenehmer, dem traditionellen Familienmodell zu folgen, mit der Konsequenz, dass Mütter auf eine Berufstätigkeit verzichten. Andere Stimmen in der Runde fordern, Kindererziehung und berufliches Fortkommen auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene derart miteinander in Einklang zu bringen, dass sie parallel stattfinden können und Menschen sich dabei nicht gänzlich verausgaben müssen. Das heißt auch, zukünftig von der Fixierung auf die Erwerbsarbeit abzurücken und Nichterwerbsarbeit anders zu kategorisieren. So könnten eine neue Kombination und ein anderes Zusammenspiel dieser beiden Tätigkeitsfelder ermöglicht und Arbeitszeit neu definiert werden. Entscheidungsoptionen sollten in einem solchen System strukturell vorgesehen sein und Ausnahmesituationen nicht – beispielsweise im Krankheitsfall eines Kindes – den Notfallstatus auslösen.

Überholter Feminismus?

Auf Analysekategorien bezogen, muss das Geschlecht als eine soziale Konstruktion betrachtet werden. Allerdings wird die Beobachtung geschildert, dass in Diskussionen über die Ungleichheit der Geschlechter persönliche Zuschreibungen und individuelle Erfahrungen oft im Vordergrund stehen, daher eine Abstraktionsleistung im Hinblick auf die gesellschaftliche Ebene ausbleibt. Diese Ungleichheit ist aber eine nicht nur singuläre Erfahrung, vielmehr muss das Problembewusstsein auch auf politischer Ebene

ne weiter geschärft werden. Dabei würde ein organisierter Protest helfen, um Forderungen und Ideen in eine öffentliche Debatte einzuspeisen. Allerdings flaut dieser Protest heute eher ab und zunehmend dominiert das Gefühl eines „Es ist alles erreicht“. Das Interesse, aktiv an feministischen Aktionen teilzunehmen, geht zurück. Sind junge Frauen in einem bestimmten Stadium ihres Bildungsweges davon überzeugt, alles erreichen zu können? Um zu erfahren, warum das Interesse an feministischen Themen abnimmt, muss hinterfragt werden, in welcher Rolle sich junge Frauen heute sehen und an welcher Stelle mögliche Erwartungshaltungen und Realität auseinanderfallen. Um Aktivität zu fördern, sollte Klarheit darüber herrschen, welche Ziele sich diese Generation junger Frauen setzt und welche Wege strukturell verbaut sind. Dies zeigt, welche Forderungen auf die Agenda gehören und mit deutlichem Protest öffentlich durchzusetzen sind. Damit einher geht die Feststellung, dass in der Zivilgesellschaft einerseits Akteure fehlen, die feministische Ideen in Tradition autonomer Frauenbewegungen vorantreiben und sich als stetige Kraft in den politischen Prozess einbringen. Noch dazu fehlt dem Feminismus von heute Innovation in Form neuer Fragestellungen, da er sich tendenziell an alten, teils ausdiskutierten Themen orientiert.

Wie Jutta Schütz abschließend berichtet, gibt es zunehmend mehr junge Frauen und Männer, die sich beispielweise journalistisch für einen modernen Feminismus engagieren. Auch an Universitäten, wird zustimmend ergänzt, besteht ein großes Interesse an der Thematik. Dieses Interesse hat sich allerdings gewandelt und beschränkt sich nicht auf die Forderung nach Gleichberechtigung, sondern geht darüber hinaus im Sinne einer Aufarbeitung des Geschlechterbegriffs als etwas, das nicht binär ist. Außerdem sind heutige Protestformen zu analysieren: So steht der Christopher Street Day für die Gleichstellung der Geschlechter und findet mittlerweile weltweit Verbreitung. Nicht zuletzt wird dazu aufgerufen, die Diskussion nicht um Einzelschicksale kreisen zu lassen oder sich ausschließlich auf die individuelle Bewältigung eigener Lebensaufgaben zu konzentrieren. Das Problem der Geschlechterungleichheit muss im Gegenteil strikt als Strukturkategorie eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses analysiert werden.

Resümee

Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing und bis zu dieser Konventstagung vier Jahre lang Mitglied des Kleinen Konvents, hat die Sessions des Dialog-Cafés begleitet und fasst die Ergebnisse zusammen:

Wie kann „Mehr Bewegung wagen“ heute verstanden und umgesetzt werden? Was fehlt, um der Aufforderung nach mehr politischer, geistiger und vor allem kritischer Bewegung nachzukommen? Fast scheint es so, als sei die agile 68er-Bewegung einer kurzweiligen Empörung gewichen, was sich mit der Beobachtung des Strukturwandels politischer Kommunikation deckt. Diese setzt zunehmend auf kurze, schnell wechselnde Nachrichten, die, mit wenigen Informationen bestückt, dazu geeignet sind, Emotionen zu wecken und argumentative Diskussionen in den Hintergrund rücken zu lassen. Populistische Mobilisierungsmethoden sind mitnichten nur einer neuen rechten Bewegung zuzuordnen, sondern auch in demokratischen Gefilden weit verbreitet, um Aufmerksamkeit zu generieren.

Mit dem Spezifikum Deutschlands geriert sich die Debatte um Pegida und andere rechte Massenphänomene immer noch als ein Ost-West-Gegensatz. Es bleibt hochinteressant herauszufinden, welche Begründungszusammenhänge dafür sorgen, dass Pegida in gewissen Regionen besonderen Nährboden vorfindet. Der Umstand, dass hier die Erfahrung der 68er-Bewegung vollständig fehlt, dafür aber die Systemstabilität in Frage gestellt wird, sind nur zwei von vielen zu untersuchenden Analysekrterien. Wichtig bleibt die Feststellung einer allgemeinen Problemstellung, die weder auf Ostdeutschland noch auf Deutschland im Ganzen oder Europa begrenzt ist.

Methoden des Populismus sind auch in der Kunst angekommen. Kunst sollte unantastbar sein, um das ihr innewohnende subversive und kritische Element zu schützen und zu wahren. Was aber, wenn die Grenze zwischen politisierter Kunst und politischer Instrumentalisierung so sehr verschwimmt, dass die dahinter stehenden Kräfte und Ambitionen kaum noch auszumachen sind? Die Frage, wo Kunst anfängt und wo sie aufhört, sollte in diesem Kontext wichtiger sein als die Frage, welche Grenzen sich die Kunst selbst auferlegen sollte.

Aus der Diskussion wird deutlich, dass es sich bei der Debatte um Frauenrechte nicht nur um eine Problematik der Geschlechterungleichheit handelt, sondern auch ein intergenerationelles Unverständnis existiert. So wird der jungen „Generation Y“ – den „Millennials“ – vorgeworfen, zu wenig feministisch aktiv zu sein. Andererseits wird der Feminismus der Aktivistinnen in Folge von 1968 offensichtlich als zu verbraucht und überholt wahrgenommen, um adaptiert zu werden. Political Correctness hilft einem progressiven Feminismus insofern nicht weiter, als er Interessenskonflikte auch auf der privaten Ebene abbildet, die an unterschiedlichen Schnittstellen auf teils sehr unangenehme Weise auskämpft werden müssen.

6

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Gabriele Abels, geboren 1964, ist seit 2007 Professorin für Politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration an der Universität Tübingen. Seit 2011 ist sie Jean-Monnet-Professorin. Abels studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Englische Philologie an der Universität Marburg. Sie ist Mitherausgeberin der „femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“ und war von 2012 bis 2015 Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Gabriele Abels ist seit 2013 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyden, geboren 1956, ist Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Von 2010 bis 2014 war Altmeyden Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung und dessen Sprecher. Seit November 2016 ist Altmeyden Co-Leiter des Zentrums für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft und seit April 2017 Leiter des Zentrums Flucht und Migration der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.



Maika Axenkopf, geboren 1987, arbeitet zurzeit an ihrer Dissertation zu der Politisierung der Evangelischen Studentengemeinden in Westdeutschland während der Studentenbewegung der 1960er und 70er Jahre. Daneben ist sie derzeit als Projektreferentin für die 72-Stunden-Aktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Berlin tätig. Sie studierte Geschichte und Anglistik mit den Abschlüssen Magister und Erstes Staatsexamen an den Universitäten Trier und Cork.



Dr. Sven Banisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften. Er studierte Mediensysteme in Weimar, Girona und Lissabon und graduierte mit einer Arbeit zu Prozessen der Meinungsbildung. 2014 promovierte er an der Universität Bielefeld mit Arbeiten zu Markovketten und deren Anwendung auf Systeme sozialer Interaktion. Sven Banisch ist Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung. Im Projekt ODYCCCEUS beschäftigt er sich derzeit mit der Analyse politischer Meinungsbildung und dem Einfluss kultureller Differenzen.



Tim Bartel, geboren 1976, ist Director of Community Development des Unternehmens Wikia, Anbieter der offenen Plattform FANDOM für gemeinschaftlich erstellte Beiträge, darunter auch das Online-Projekt GUTTENPLAG Wiki. Er studierte Wirtschaftsinformatik an der Universität zu Köln. Anschließend baute er die freie Enzyklopädie Wikipedia wie auch den Verein Wikimedia Deutschland mit auf, dessen Vorstandsmitglied er war. Seit 2008 arbeitet Bartel für Wikia. Ehrenamtlich erfasst er Daten für das Projekt OpenStreetMap und ist Mitgründer des Quantified Self Meetups Cologne.



Dr. Peter Bartelheimer, geboren 1954, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Soziologischen Forschungsinstituts an der Universität Göttingen und Leiter zahlreicher Evaluations- und Forschungsprojekte. Er studierte Sozialpädagogik, Soziologie, Politologie und Volkswirtschaftslehre, war Referent der Grünen im Hessischen Landtag und promovierte an der Universität Frankfurt über den ersten Frankfurter Sozialbericht. Er koordinierte das Netzwerk Sozioökonomische Berichterstattung und leitet ein Projekt zur Vorbereitung eines Sozialmonitorings für das Forum Flughafen Frankfurt und Region.



Andrea Bartl, geboren 1970, ist seit 2018 kaufmännische Geschäftsführerin der Stiftung Lesen. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle in Frankreich und an der University of California in Berkeley, USA. Von 2007 bis 2017 war Andrea Bartl Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH, eines Schülerstipendienprogramms für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung.



Dr. Klaus Bartl, geboren 1958, ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Innere Mission Darmstadt und Sprecher der Geschäftsführung von Mission Leben gGmbH. Er studierte Evangelische Theologie in Oberursel, Tübingen, München und Bonn. Nach dem Vikariat und der Tätigkeit als Persönlicher Referent des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wechselte Klaus Bartl 1998 als Unternehmensberater zur KPMG Consulting AG. 2002 nahm Klaus Bartl das Amt des Vorstandsvorsitzenden des Hessischen Landesvereins für Innere Mission in Darmstadt an.



Prof. Dr. Martin Berchtold, geboren 1973, ist Juniorprofessor für Digitalisierung, Visualisierung und Monitoring in der Raumplanung an der Technischen Universität Kaiserslautern und freier Stadtplaner im Büro berchtoldkrass space&options in Karlsruhe. Berchtold studierte Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern. Er war Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Stadtquartiersplanung am Karlsruher Institut für Technologie, wo er 2016 auch promovierte. Seit 2011 ist er Sprecher des Arbeitskreises Digitale Transformation der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL).



Anne Marie Bessette, geboren 1966, ist seit Oktober 2017 Koordinatorin für die Community-Entwicklung der Alumniarbeit an der Georg-August-Universität Göttingen. Davor war sie zehn Jahre in der Wirtschaftsentwicklung – Economic and Community Development – für die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Stadtverwaltung Grand Rapids, Michigan, tätig. 2017 hat sie den March for Science in Göttingen mitinitiiert und mitorganisiert. Bessette verfügt über einen Master of Public Administration der Grand Valley State University, Michigan, sowie eine Licence d'histoire der Université de Paris I.



Prof. Dr. Tanja Betz, geboren 1976, ist Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Kindheitsforschung an der Universität Mainz. Sie studierte Psychologie, Pädagogik und Soziologie an der Universität Trier. Nach der Promotion leitete sie die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am Deutschen Jugendinstitut. Nach einer Juniorprofessur und einem Schumpeter-Fellowship der VolkswagenStiftung war sie bis 2018 Professorin an der Goethe-Universität Frankfurt. Sie ist Mitglied der Expertengruppe „Familienpolitik vom Kind aus denken“ der Bertelsmann Stiftung.



Dr.-Ing. Barbara Boczek, geboren 1960, ist seit 2017 Planungsdezernentin der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie studierte Architektur und Stadtplanung in Darmstadt sowie in Paris und Glasgow. Im Jahr 2006 promovierte sie zu dem Thema „Transformation urbaner Landschaft“. 15 Jahre führte sie ihr eigenes Büro mit Projekten in der Stadt-, Landschafts- und Regionalplanung, übte Lehrtätigkeiten in Darmstadt, Weimar und Mainz aus und leitete die Abteilung Orts- und Regionalplanung im Schweizer Kanton Bern.



Rainer Bohne, geboren 1951, ist seit 1996 Geschäftsführer des Berufsverbands Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) und gibt als verantwortlicher Redakteur die Zeitschrift „Planerin“ heraus. Der Diplomingenieur studierte Stadt- und Regionalplanung in Berlin. Bohne war über zehn Mitglied des Vorstands der Berliner Architektenkammer und hat seit der Gründung den ASAP, den Akkreditierungsverband für Studiengänge der Architektur und Planung, maßgeblich begleitet.



Prof. Dr. Wolfgang Bonß, geboren 1952, ist seit 1995 Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität der Bundeswehr München und seit 2012 einer von zwei Sprechern des Forschungszentrums RISK ebenda. Von 1999 bis 2009 war er stellvertretender Sprecher des DFG-Sonderforschungsbereichs 536 „Reflexive Modernisierung“. Bonß studierte Soziologie, Politologie, Germanistik und Geschichte in München. Er habilitierte sich an der Universität Bremen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Risiko und Unsicherheit, Modernisierungsforschung, Arbeit und Arbeitslosigkeit sowie soziologische Theorie.



Katharina Borowski, geboren 1992, begann nach ihrem Abitur eine Lehre zur Dachdeckerin in Frankfurt am Main. Anschließend arbeitete sie zwei Jahre im Bereich der Möbel- sowie Wand- und Steinrestaurierung. Borowski steht kurz vor dem Ende ihres Bachelorstudiums in Soziologie und Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Sie war von August bis Oktober 2018 Praktikantin der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Lothar Brock, geboren 1939, ist seit 2004 Senior-Professor an der Goethe-Universität Frankfurt und seit 2006 Gastforscher am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Er lehrt seit 1979 Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen und war von 1981 bis 2004 Forschungsgruppenleiter an der HSFK. Brock studierte Politikwissenschaft, Neue Geschichte und Öffentliches Recht in Saarbrücken und Berlin. Nach dem Studium arbeitete er zwei Jahre bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in Washington, D.C.



Dr. Marischa Broermann, geboren 1987, ist seit 2012 am Kompetenzzentrum Weiterbildung Allgemeinmedizin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main beschäftigt. Dort ist sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Allgemeinmedizin im Bereich der Weiterbildung tätig. Sie studierte Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität in Marburg, wo sie 2017 promovierte. Ihre Schwerpunkte liegen bei Mentoring in der (Allgemein-)Medizin, Erwachsenenbildung und Coaching.



Dr. Bettina Brohmann ist im Öko-Institut e.V. seit 1984 als Projektleiterin und Bereichsleiterin im Bereich Energie und Klimaschutz tätig. Seit 2012 hat sie die Forschungscoordination für transdisziplinäre Nachhaltigkeitswissenschaften inne. Zu ihren Arbeitsfeldern gehören die Instrumentenbewertung und Programmgestaltung in den Bereichen Stadtentwicklung und Nachhaltiger Konsum sowie die wissenschaftliche Evaluation von transformativen Modellvorhaben, Reallaboren und Beteiligungsverfahren. Brohmann ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und Regionalwissenschaftlerin.



Tanja Brumbauer, geboren 1989, ist Absolventin des Masters Ökonomie an der Cusanus Hochschule. Sie ist Mitarbeiterin der zivilgesellschaftlichen Initiative ZOE – Institut für zukunftsfähige Ökonomien. Zuvor sammelte sie Arbeitserfahrungen am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin, am Berliner Zentrum Technik und Gesellschaft und am Collaborative Center for Sustainable Consumption and Production (CSCP) in Wuppertal.



Elisabeth Budde, geboren 1959, ist seit 2007 die alleinige geschäftsführende Gesellschafterin von Transparent Design Management GmbH in Frankfurt am Main. Sie studierte Kommunikationsdesign an der Muthesius Kunsthochschule Kiel und war anschließend als Designerin bei der Rosenthal AG in Selb tätig. Für die Position der stellvertretenden Leiterin des Rats für Formgebung kam sie vor 30 Jahren nach Frankfurt. Budde ist Mitglied beim Deutschen Werkbund und im Deutschen Designer Club als Director Frankfurt Rhein Main aktiv.



Dr. Peter Chroust, geboren 1951, ist Politikwissenschaftler und Pädagoge. Er studierte Politikwissenschaft und Germanistik an der Universität Gießen und promovierte dort über Studenten und Hochschullehrer in Gießen 1918-1945. Danach war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, an den Universitäten Köln und Hannover sowie Lehrbeauftragter an der Universität Kassel. Bis 2016 war Chroust Mitarbeiter der staatlichen Lehrerfortbildung in Hessen. Seine Forschungsschwerpunkte sind die deutsche Hochschul- und Wissenschaftspolitik 1918-1968 und Rumänien.



Dr. Dagmar Danko ist seit 2016 als Generalsekretärin der European Sociological Association (ESA) in Paris tätig. Sie studierte Soziologie, Kunstgeschichte und Öffentliches Recht in Freiburg und Paris und promovierte an der Universität Freiburg im Fach Soziologie. Danko ist Mitbegründerin und Sprecherin des Arbeitskreises „Soziologie der Künste“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Sie war von 2007 bis 2017 Mitglied im Beirat der Galerie der Schader-Stiftung.



Timo Daum, geboren 1967, ist Hochschullehrer und Buchautor. Er studierte Physik an den Universitäten Karlsruhe und Hamburg und schloss sein Studium 1994 mit dem Diplom ab. Seit 2004 arbeitet er als Dozent in den Bereichen Online, Informatik und Digitale Ökonomie an Fachhochschulen im In- und Ausland. Sein aktueller Arbeitsschwerpunkt ist die Analyse und Kritik des digitalen Kapitalismus.



Dr. Alexander Deppert, geboren 1968, ist Erfinder des Science Slam. Deppert studierte Psychologie in Darmstadt und Frankfurt am Main. An der Technischen Universität Darmstadt promovierte er im Jahr 2000 zum Thema „Verstehen und Verständlichkeit wissenschaftlicher Texte“. 2004 erhielt er den Wilhelm-Busch-Preis für satirische und humoristische Verdichtungen. Er tritt unter dem Künstlernamen Alex Dreppac auf.



León Díaz-Bone, geboren 1994, ist ein Urban Policy and Design Strategist bei Mediaurban in Barcelona. Das Beratungsbüro für Stadtplanung und -gestaltung berät Städte und Regionen in der ganzen Welt, sowie NGOs und Akteure aus der Privatwirtschaft zu Themen im Bereich des fortschrittlichen Urbanismus. Davor beriet er eine Londoner Stadtteilverwaltung zu Fragen der Gesundheit im urbanen Raum. Díaz-Bone studierte Liberal Arts and Sciences am University College Maastricht und ist Absolvent des LSE Cities Masterprogramms der London School of Economics and Political Science.



Prof. Dr. Gerd Doeben-Henisch, geboren 1948, ist seit 2002 Professor für Informatik an der Frankfurt University of Applied Sciences mit den Schwerpunkten Lernende Systeme, Mensch-Maschine-Interaktion sowie Simulation. Seit seiner Emeritierung 2017 arbeitet er in Vorlesungen und Forschungsprojekten weiter an den Themen Human Centered Engineering, Wissenschaft und Meditation sowie Kommunalplanung und eGaming. Von 1968 bis 1990 war er Mitglied des Jesuitenordens.



Prof. Dr. Thomas Döbler, geboren 1958, ist seit 2007 Professor für Medienmanagement an der Hochschule Macromedia, Stuttgart. Er studierte Soziologie, Psychologie und Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte im Fach Ökonomie an der Universität Hohenheim, wo er anschließend als Wissenschaftlicher Assistent tätig war. 1998 übernahm er dort die Studienleitung der Forschungsstelle für Medienwirtschaft und Kommunikationsforschung. 2005 wurde er Leiter der IT- und Medienforschung der MFG Stiftung Baden-Württemberg.



Dr. Helge Döring, geboren 1979, ist seit 2018 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Krisen-Dialog-Zukunft“ am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Technischen Universität Dortmund. 2015 promovierte er an der Technischen Universität Dortmund zum Thema „Wissensmanagement in Familienunternehmen“. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Konfliktforschung und soziale Ungleichheit.



Dr. Christof Eichert, geboren 1953, ist seit Januar 2017 Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung. Der promovierte Jurist war von 1985 bis 2003 in Baden-Württemberg als Bürgermeister und Oberbürgermeister, anschließend in der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung und der Hertie-Stiftung tätig. Von 2007 bis 2010 war er Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und bis 2016 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Seit 2014 ist Eichert Mitglied im Stiftungsrat der PwC-Stiftung.



Matthias Eiles, geboren 1970, ist seit 2005 hauptamtlicher Mitarbeiter eines Sportverbands in Frankfurt am Main. Er studierte Rechtswissenschaft unter anderem in Frankfurt, Linz und Kapstadt, absolvierte ein Aufbaustudium an der European Business School zum Sportökonom und studierte von 2007 bis 2010 den Masterstudiengang Philosophie, Politik und Wirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Eiles ist Vorstandsmitglied des Landesverbandes Hessen der Deutschen Gesellschaft der Vereinten Nationen und Begründer des ehrenamtlichen Sport- und Bildungsprojektes „Auf Ballhöhe“.



Selver Erol, geboren 1962, ist seit 2002 Leiterin des Integrationsbüros des Kreises Offenbach. Sie ist zusätzlich in der Projektarbeit tätig und leitet diverse Bildungsprojekte. Auch ist sie in unterschiedlichen Gruppen, Initiativen und Vereinen ehrenamtlich sozialpolitisch aktiv und im Bereich der Menschenrechte engagiert. Erol studierte Sozialarbeit und Pädagogik. Im Bereich der Migrationsberatung liegen ihre thematischen Schwerpunkte bei Frauen-, Alten- und Stadtteilarbeit. Seit 2017 ist sie Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Verena Fries, geboren 1985, ist Diplom-Soziologin und seit 2012 bei der Schader-Stiftung in Darmstadt tätig, seit 2013 als Assistentin des Stifters. Inhaltlich ist sie derzeit verantwortlich für das Thema Öffentliche Wissenschaft. Verena Fries studierte an der Technischen Universität Darmstadt Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht.



Prof. Dr. Martin Führ, geboren 1958, ist seit 1994 Professor für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtsvergleichung an der Hochschule Darmstadt (h_da). Er leitet dort die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia). Er promovierte und habilitierte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und war für das Öko-Institut e.V. tätig. Von 2008 bis 2015 gehörte er dem Verwaltungsrat der Europäischen Chemikalienagentur an. Martin Führ ist Kooperationspartner der Schader-Stiftung im h_da-Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“.



Dr. Harald Gapski, geboren 1966, ist Leiter der Abteilung Forschung des Grimme-Instituts, arbeitet in Projekten des Grimme-Forschungskollegs an der Universität zu Köln und ist Beiratsmitglied des Center for Advanced Internet Studies (Bochum). Er hat Kommunikationswissenschaft und Philosophie in Essen und Wien sowie Media Studies in New York studiert und promovierte zum Thema „Medienkompetenz“. Von 1997 bis 2010 war er Leiter der Projektentwicklung am Europäischen Zentrum für Medienkompetenz und von 2010 bis 2015 Leiter des Bereichs Medienbildung/Medienkompetenz am Grimme-Institut.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Vorsitzender des Vorstands und Direktor des Stiftungszentrums der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Religionspädagogik, Sozialwesen und Soziale Verhaltenswissenschaften. Von 2000 bis 2003 war er Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Hessen und Nassau, anschließend Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim. Gemeinhardt vertritt die Schader-Stiftung in verschiedenen Beiräten und gehört der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an.



Silke Geschka-Rasbieler, geboren 1969, ist Mitarbeiterin im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Stadt Darmstadt. In der Abteilung für Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit fallen dort in ihren Tätigkeitsbereich Aufgaben des Wissenschaftsmarketing, Messeauftritte, die grafische Außendarstellung der Stadt sowie deren Internetauftritt. Zuletzt war sie Projektleiterin für das Dialogforum „Die Wissenswerte“ im Darmstädter Kongresszentrum. Sie studierte Publizistik, Psychologie, Filmwissenschaft und Soziologie in Marburg und Mainz.



Prof. Dr. Markus Gloe, geboren 1974, ist Professor am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sein Lehrgebiet umfasst die Politische Bildung und Didaktik der Sozialkunde mit den Arbeitsschwerpunkten Demokratiebildung und historisch-politisches Lernen. Zuvor war er als Akademischer Rat an der Pädagogischen Hochschule Freiburg für Didaktik der politischen Bildung und Politikwissenschaft sowie als Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin für Didaktik der Sozialkunde tätig.



László Göring, geboren 1994, war Praktikant der Schader-Stiftung. Er studiert Kulturanthropologie und Philosophie an der Georg-August-Universität Göttingen mit den Schwerpunkten soziale Ungleichheit, nationale Identität und postkoloniale Theorie.



Kerstin Gralher, geboren 1968, ist seit 2012 Kulturbeauftragte der Evangelischen Kirche von Westfalen und Studienleiterin für Kunst, Kultur und Interkultur an der Evangelischen Akademie Villigst. Unter anderem ist sie dort für die Rubriken Bildung und Kunst, Gesellschaft und Zeitgeschichte zuständig. Sie war 15 Jahre lang freiberufliche Kulturmanagerin und arbeitete für Kommunen, Orchester, Ensembles, Künstler und Museen. Nach einer journalistischen Ausbildung studierte sie Musikwissenschaft, Geschichte und Anglistik in Bochum und Newcastle upon Tyne.



Andreas Grau, geboren 1978, ist seit 2016 Projektmanager im Programm Lebendige Werte der Bertelsmann Stiftung und arbeitet zu gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie zum gelingenden Umgang mit kultureller Vielfalt. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Verona war er von 2005 bis 2008 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Dresden tätig. Von 2008 bis 2016 arbeitete er als Projektleiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld.



Dr. Franz Grubauer, geboren 1953, leitet seit 2015 die Evangelische Stadtakademie Darmstadt. Bis Oktober 2018 stand er als Oberkirchenrat dem Referat für Sozialforschung und Statistik der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vor. Zuvor war Grubauer Generalsekretär des Verbands Evangelischer Akademien in Deutschland. Er gehörte der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags an und war Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt.



Alina Gute, geboren 1991, befindet sich zurzeit in ihrem letzten Mastersemester der Wirtschaftsgeographie an der Philipps-Universität Marburg mit Nebenfach BWL. Dabei liegt ihre Spezialisierung auf den Themen Nachhaltigkeits- und Innovationsmanagement, globale Lieferketten sowie Supply-Chain Management. Im Laufe ihres Studiums absolvierte sie unter anderem 2015 ein Praktikum in der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Encarnación Gutiérrez Rodríguez ist Professorin für Allgemeine Soziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Romanistik in Frankfurt am Main, Lyon und Quito und arbeitete als Senior Lecturer in Transcultural Studies an der Universität Manchester. Gutiérrez Rodríguez ist Mitglied im Rat für Migration und war von 2014 bis 2018 Vorsitzende der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Sie ist Vertrauensdozentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung.



Dr. Thomas Hain, geboren 1959, ist seit Oktober 2013 Leitender Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt. Hain studierte Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Hain war unter anderem Marktteamleiter der HYPO Vereinsbank Leipzig, Leiter der Immobilienabteilung der Deutschen Kreditbank Leipzig und Geschäftsführer der VOLKSWOHNUNG GmbH Karlsruhe. Seit 2015 amtiert er als Vorsitzender des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft Großer Wohnungsunternehmen (AGW). Thomas Hain ist Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Dr. Claudius Härpfer, geboren 1981, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte Soziologie, Philosophie und Politologie in Würzburg, Frankfurt am Main und Zürich. 2012 promovierte er mit einer netzwerksoziologischen Studie über Georg Simmel. Härpfer war Mitarbeiter der Frankfurter Arbeitsstelle der Max Weber-Gesamtausgabe. Seit 2017 ist er Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung. Er arbeitet über Soziologische Theorie, Geschichte der Soziologie und Netzwerkforschung.



Prof. Dr. Michael Haus, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main und Heidelberg. Nach seiner Habilitation an der Technischen Universität Darmstadt wurde er 2009 Professor für Politische Theorie an der Universität Kassel. Michael Haus ist Mitglied der Redaktion der „Politischen Vierteljahresschrift“ und engagiert sich in der Reform der universitären Lehrerbildung.



Nele Heise, geboren 1984, ist freie Forscherin, Referentin für Digitale Medien und Kommunikation und wissenschaftliche Beraterin bei iRights e.V. Berlin. Zuvor war sie Junior Researcher am Hans-Bredow-Institut und Mitarbeiterin an der Universität Hamburg. Noch vor ihrem Studium der Kommunikationswissenschaft in Erfurt leitete Heise die Thüringen-Redaktion der Jugendzeitschrift Spiesser. Ein Anliegen ihrer Arbeit ist es, Erkenntnisse der Medienforschung in die Gesellschaft zu tragen. Sie forscht unter anderem zu Podcasts, medialer Teilhabe, Ethik des Internets und Digitalisierung.



Prof. Dr. Julia Helmke, geboren 1969, ist seit 2017 Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Sie ist ordinierte Pfarrerin, hat Evangelische Theologie in Neuendettelsau, Rostock, Berlin, Montpellier, Heidelberg und San Jose studiert, ein Aufbaustudium Kulturjournalismus/Filmkritik an der Hochschule für Fernsehen und Film München absolviert und war Leiterin des Bereiches „Kirche im Dialog“ in der Landeskirche Hannovers sowie von 2015 bis 2017 Referatsleiterin für gesellschaftspolitische Grundsatzfragen im Bundespräsidialamt. Sie lehrt als Honorarprofessorin in Erlangen.



Dr. Reinhard Hempelmann, geboren 1953, leitet seit 1999 die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen und ist seit 2003 Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Er studierte Evangelische Theologie in Bethel und Heidelberg, wo er mit einer Arbeit über „Sakrament als Ort der Vermittlung des Heils“ promovierte. 1980 bis 1984 war Hempelmann wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Osnabrück. Seine Forschungsschwerpunkte sind neue religiöse Bewegungen, Religionen und Gewalt, pentekostales Christentum, Konfessionskunde und ökumenische Theologie.



Dietmar Hexel, geboren 1949, war bis 2014 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nach einer Ausbildung zum Chemielaboranten war er in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig und studierte Sozialarbeit in Frankfurt. Vor dem Wechsel zum DGB war er bei der IG Chemie und als Organisationschef der IG Metall tätig. Er gehörte von 2007 bis 2011 dem SPD-Parteivorstand und von 2011 bis 2013 der Enquete-Kommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und zwölf Jahre der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex an.



Madeleine Hofmann, geboren 1987, arbeitet als freiberufliche Journalistin in Berlin für das Wirtschaftsmagazin Capital sowie für das ZDF-Morgenmagazin. 2018 erschien ihr Buch „Macht Platz!“, in dem sie mehr Mitsprache- und Gestaltungsrechte für die jüngere Generation fordert. Sie vertritt die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen als Botschafterin. Hofmann studierte Soziologie und Politikwissenschaften in Erlangen und schloss ihr Magisterstudium 2012 mit einer Arbeit zu den Rechten indigener Völker im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca ab.



Dr. Maike Hora, geboren 1971, ist Gründerin und Geschäftsführerin von e-hoch-3. Das Unternehmen berät in strategischen und technischen Fragen der Nachhaltigkeit und forscht zu nachhaltigen Systeminnovationen und Produkten. Hora studierte Bauingenieurwesen an der Technischen Universität Darmstadt, wo sie auch promovierte. Sie ist derzeit Lehrbeauftragte für Stoffstromanalysen und Ökobilanzen an der Hochschule Darmstadt. Zuvor lehrte sie Umwelttechnik an den Hochschulen Rhein-Main und Mainz. Als Expertin für ressourcenoptimierte Produktgestaltung wirkt sie im PIUS-Netzwerk Deutschland mit.



Jens Hübertz, geboren 1991, ist ehemaliger Praktikant der Schader-Stiftung. Er studiert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main den Masterstudiengang Soziologie mit den Schwerpunkten soziale Ungleichheit, Wohlfahrtsstaat und feministische Theorie. In der Hochschulpolitik und in verschiedenen Initiativen setzt er sich für eine stärkere studentische Selbstverwaltung des Universitätsgeländes ein.



Prof. Dr. Otfried Jarren, geboren 1953, ist seit 1997 Professor am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Er studierte Publizistik, Politikwissenschaft, Volkskunde und Soziologie an der Universität Münster. Nach Assistenzzeit an der Freien Universität Berlin war er ab 1989 Professor an der Universität Hamburg. Er ist seit 2013 Präsident der Eidgenössischen Medienkommission und hat seit 2016 eine Honorarprofessur an der Freien Universität Berlin inne. Jarren erhielt 2018 den Schader-Preis und ist Mitglied des Senats der Schader-Stiftung.



Dr. Frank Jost, geboren 1961, ist seit 2005 Wissenschaftlicher Referent beim vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Er absolvierte ein Studium der Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin, wo er 1999 auch promoviert wurde. Es folgten Tätigkeiten als Stadtplaner in freien Planungsbüros, als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin sowie als Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters in der Stadt Frankfurt (Oder).



Prof. Dr. Christian Katzenbach, geboren 1979, leitet den Forschungsbereich Internet Policy und Governance und den Programmbereich Digitale Gesellschaft am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG). Seit 2018 vertritt er die Professur für Kommunikationspolitik und Medienökonomie an der Freien Universität Berlin. Er studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Philosophie, Informatik in Berlin, Potsdam und Madrid. Er ist Ko-Sprecher der Fachgruppe Digitale Kommunikation der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK).



Andreas Kaufmann, geboren 1965, ist Raumplaner mit eigenem Büro in Leipzig. Nach dem Studium der Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund arbeitete er zunächst als Mitarbeiter bei PlanLokal und von 1993 bis 1999 im Büro für urbane Projekte in Leipzig. Das Büro Kaufmann ist in der Stadtentwicklung und Stadterneuerung bei Konzepten und Prozessen sowie bei Moderation und Beteiligung im Quartier oder auf Bundesebene unterstützend tätig. Kaufmann ist stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL).



Christoph Kehr-von Plettenberg, geboren 1977, ist als stellvertretender Leiter des Nachhaltigkeitsmanagements bei der DekaBank tätig. Außerdem ist er ehrenamtlicher Leiter des Johanniter Seniorenbesuchs in Frankfurt am Main sowie Vorsitzender des Frankfurter Forums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.



Prof. Dr. Karl-Dieter Keim, geboren 1939, studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Mannheim. Von 1970 bis 1982 war er am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin tätig. 1982 wurde er im Fach Soziologie habilitiert. Von 1982 bis 2004 war er Professor an den Universitäten Bamberg und Cottbus. Keim leitete von 1992 bis 2004 das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner bei Berlin. Er war von 1998 bis 2006 Mitglied des Kuratoriums der Schader-Stiftung und von 2003 bis 2006 dessen Stellvertretender Vorsitzender.



Prof. Dr. Jürgen Kohl, geboren 1946, ist emeritierter Professor am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg mit Schwerpunkt Sozialstrukturanalyse und Politische Soziologie. Er studierte Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft an den Universitäten Frankfurt und Bielefeld und promovierte an der Universität Mannheim. Kohl war wissenschaftlicher Angestellter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, zudem Jean Monnet Fellow am European University Institute in Florenz und Gastprofessor an der Northwestern University in Evanston, USA.



Michael Kolmer, geboren 1970, leitet seit 2005 das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt und ist Mitgeschäftsführer des Darmstädter Gründerzentrums HUB31. Er studierte Geographie an der Technischen Universität Darmstadt. Nach beruflichen Stationen an der Technischen Universität Darmstadt und beim Land Baden-Württemberg wurde er 2000 stellvertretender Leiter der Darmstädter Wirtschaftsförderung. Kolmer vertritt die Stadt Darmstadt bei der Organisation des gemeinsam mit der Schader-Stiftung ausgerichteten „Runden Tische Wissenschaftsstadt Darmstadt“.



Dr. Max-Christopher Krapp, geboren 1985, ist seit dem Jahr 2016 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Wohnen und Umwelt tätig und befasst sich dort mit Fragen der Wohnraumversorgung und der Wohnungspolitik. Er studierte Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt und der Universität Karlstad in Schweden. Von 2010 bis 2016 war Krapp als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt tätig, wo er auch zu dem Thema „Muster der Politikformulierung im Bereich Arbeit und Soziales“ promovierte.



Dr. Maria Kraxenberger, geboren 1983, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik, Frankfurt am Main. Sie studierte Komparatistik, Deutsch als Fremdsprache und Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Nach einem Forschungsaufenthalt an der Stanford University promovierte sie 2017 mit einer empirisch ausgerichteten Dissertation über Klang und Emotion in Gedichten an der Freien Universität Berlin. Sie ist seit 2014 am Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik in der Abteilung Sprache und Literatur tätig.



Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war von 2009 bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt, war bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und im Hessischen Ministerium der Finanzen tätig. Von 1995 bis 2001 war er Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, anschließend Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Er ist seit 2013 Mitglied des Stiftungsrats der Schader-Stiftung, seit 2016 dessen Vorsitzender.



James Krull, geboren 1993, studiert seit 2015 „Internationale Geschichte der Neuzeit“ an der Universität Bonn. Im Grundstudium studierte er Geschichte, Politik und Soziologie sowie 2018 an der University of St. Andrews „Intellectual History“. Er ist wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte und Mitglied des „AK Tagungsrevolte“. Krull war bislang für die Max Weber Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus tätig. Seine Abschlussarbeit behandelt national aufgeladene Gedenken in der jungen Bundesrepublik.



Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, geboren 1956, ist Vizepräsidentin der Evangelischen Hochschule Darmstadt und dort seit 1998 Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik. Sie studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen. Von 1983 bis 1998 war Kubon-Gilke zunächst wissenschaftliche Mitarbeiterin, dann wissenschaftliche Assistentin an der Technischen Universität Darmstadt. Es folgten Vertretungs- bzw. Gastprofessuren in Frankfurt und München. Ihre Themenschwerpunkte sind Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik, Nachhaltigkeitsfragen und normative Grundfragen der Ökonomik.



Astrid Kuhn, geboren 1983, ist seit 2015 hauptamtliche Geschäftsführerin sowie stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stiftung Wissenschaft und Demokratie (Kiel). Zuvor war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Stifter Eberhard Schuett-Wetschky tätig. Derzeit promoviert sie zum Thema Parlamentarismusauffassung des Bundesverfassungsgerichts.



Prof. Dr. Thomas Kunz, geboren 1962, ist seit 2008 Professor am Fachbereich Soziale Arbeit der Frankfurt University of Applied Sciences. Er studierte Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt. Anschließend war er Mitarbeiter im Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt am Main und Referent im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Seit 2017 ist er Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Jana Kutschmann, geboren 1991, ist Lehrbeauftragte für das Modul Umweltmanagement an der Hochschule Darmstadt. Sie koordiniert die Erstellung des Nachhaltigkeitsberichts der Hochschule und ist Mitglied der Initiative Nachhaltige Entwicklung (i:ne), die die Nachhaltigkeits-Aktivitäten der Hochschule Darmstadt bündelt. Kutschmann ist Mitgründerin von „Sustainable Thinking“, einer Beratung für transformative Nachhaltigkeitslösungen. Sie studierte Umwelt- und Betriebswirtschaft in Birkenfeld und den Masterstudiengang Risk Assessment and Sustainability Management an der Hochschule Darmstadt.



Dr. Thorsten Latzel, geboren 1970, ist seit 2013 Direktor der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie an der Universität Marburg und promovierte 2002 im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Religion und Normativität“ an der Universität Heidelberg. Von 2000 bis 2005 war Latzel zunächst als Vikar und anschließend als Pfarrer im Kirchenkreis Hanau-Land tätig, anschließend war er Oberkirchenrat im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland in Hannover, seit 2007 leitete er zudem das Projektbüro im Reformprozess „Kirche im Aufbruch“.



Karen Lehmann, geboren 1990, ist seit Juli 2018 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte im Bachelor European Studies an der Universität Maastricht. Im Anschluss absolvierte sie ein Studium der Politikwissenschaft an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg und schloss mit dem Master ab. Vor ihrer Tätigkeit bei der Schader-Stiftung war sie bei der Europäischen Akademie für Steuern, Wirtschaft und Recht in Berlin beschäftigt. Bei der Schader-Stiftung ist sie im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ tätig.



Dr. Lupold von Lehsten, geboren 1961, ist seit 2006 stellvertretender Direktor des Instituts für Personengeschichte in Bensheim. Zuvor war er von 1995 bis 2006 Leiter des Instituts für Personengeschichte. Er studierte Geschichte, Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaft in Heidelberg, Bonn, Freiburg, Hohenheim und Duisburg. Er ist Mitglied der Hessischen Historischen Kommission, Wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Heiligenberg und der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung, seit 2012 ist er Vorsitzender des Stiftungsrats der Otto und Erich Langguth-Stiftung in Wertheim.



Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, geboren 1946, studierte Geschichte, Klassische Philologie, Historische Hilfswissenschaften und Philosophie in Frankfurt am Main und Heidelberg. Er war Generalsekretär des Goethe-Instituts, Hessischer Staatssekretär für Wissenschaft und Kunst, Gründungspräsident der Von-Behring-Röntgen-Stiftung in Marburg und von 2008 bis 2016 Vorsitzender des Kuratoriums/Stiftungsrats der Schader-Stiftung. Leonhard ist Honorarprofessor für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und seit langem Mitglied im Vorstand der Deutschen UNESCO-Kommission.



Prof. Dr. Stephan Lessenich, geboren 1965, ist seit 2014 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziale Entwicklungen und Strukturen an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von 2004 bis 2014 lehrte er an der Universität Jena. Lessenich studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Marburg. 2016 war er Gastprofessor an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Antwerpen. Lessenich war von 2013 bis 2017 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und von 2014 bis 2017 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dr. Kai Lindemann, geboren 1968, ist seit 2008 beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) in der Grundsatzabteilung tätig. Er absolvierte eine Ausbildung zum Industriekaufmann und studierte anschließend Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, wo er 2005 zum Thema Politische Korruption promovierte. Außerdem war Lindemann Wissenschaftlicher Assistent der amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer und von 2003 bis 2008 Gewerkschaftssekretär beim DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, zuletzt im Referat Politische Planung und Koordination.



Heinrich Maria Löbbers, geboren 1964, ist Chefkurator und Mitglied der Chefredaktion der Sächsischen Zeitung in Dresden. Er hat Publizistik, Germanistik und Politik in Münster studiert und die Deutsche Journalistenschule in München besucht. Seit 1991 arbeitet Löbbers bei der Sächsischen Zeitung und war dort viele Jahre zunächst Reporter und später Leiter des Ressorts Kultur und Gesellschaft.



Prof. Dr. Manfred Loch, geboren 1957, ist seit 2015 Vizepräsident für Studium, Lehre und studentische Angelegenheiten an der Hochschule Darmstadt. Er lehrt und forscht seit 1995 am Fachbereich Elektrotechnik und Informationstechnik mit dem Schwerpunkt Faseroptik/Optische Messtechnik. Zuvor arbeitete er in Führungspositionen bei der Siemens AG.



Dr. Peter Oliver Loew, geboren 1967, arbeitet als Wissenschaftlicher Assistent am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt. Er studierte Osteuropäische Geschichte und Slavistik in Nürnberg, Freiburg und Berlin und promovierte über die lokale Geschichtskultur in Danzig zwischen 1793 bis 1997. Er forscht und schreibt zu Deutschland und Polen in Geschichte und Gegenwart. Loew lehrt an der Technischen Universität Darmstadt sowie an der Technischen Universität Dresden, wo er sich 2014 auch habilitierte.



Dr. Roland Löffler, geboren 1970, ist seit 2017 Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Er studierte Evangelische Theologie in Tübingen, Berlin, Cambridge und Marburg, wo er auch als Wissenschaftlicher Mitarbeiter forschte, lehrte und promovierte. Nach einer Zeit als freiberuflicher Journalist, dem Vikariat in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und einer Gastprofessur an der Universität Montreal war er von 2007 bis 2016 für die Herbert Quandt-Stiftung tätig. Zuletzt arbeitete er als Geschäftsführer der Stiftung Westfalen-Initiative in Münster.



Hilmar von Lojewski, geboren 1961, ist seit 2012 Beigeordneter des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr. Er studierte Raum-, Stadt- und Regionalplanung in Dortmund und Ankara und wurde 1991 Bauassessor. Lojewski arbeitete als freier Planer, als Planungsberater in Nepal und als Abteilungsleiter im Stadtplanungsamt Dresden sowie in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin. Von 2007 bis 2010 hat er für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit das Programm „Sustainable Urban Development“ in Syrien geleitet.



Peter Lonitz, geboren 1959, ist Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt und zuständig für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Peter Lonitz ist Mitglied im Presseclub Darmstadt und vertritt die Schader-Stiftung im Stiftungsnetzwerk Südhessen. Er betreut vorrangig Projekte im Bereich Kommunikation, Publizistik und Stadtforschung.



Rosemarie Lück, geboren 1961, ist seit 2010 Sozial- und Jugenddezernentin des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Sie studierte Soziologie an der Philipps-Universität Marburg und war dort bis 1990 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Von 1990 bis 1994 war sie Frauenbeauftragte der Stadt Hanau. Danach übernahm sie die Leitung des Frauenbüros und ab 2000 der Volkshochschule und des Kulturamtes beim Landkreis Darmstadt-Dieburg. Ab 2004 war sie Erste Betriebsleiterin und dann Hauptabteilungsleiterin der Kreisagentur für Beschäftigung.



Norbert Mai, geboren 1960, ist Diplom-Finanzwirt und ist seit 2011 Geschäftsführer der JPLH Consult GmbH mit den Geschäftsfeldern Unternehmens- und Kommunalberatung in Biedenkopf. Er besuchte die Hessische Hochschule für Finanzen und Rechtspflege in Rotenburg an der Fulda. Von 1981 bis 1993 war er in der Finanzverwaltung des Landes Hessen tätig und von 1993 bis 2011 Bürgermeister der Gemeinde Angelburg. Er ist Vorstandsvorsitzender der Diakoniestation Gladenbach und Mitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Lahn-Dill.



Hannes Marb, geboren 1967, ist seit 2003 in unterschiedlichen Funktionen als Schulleitungsmitglied der Darmstädter Gutenbergschule tätig. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft und des Lehramtes in Frankfurt am Main arbeitete er an unterschiedlichen pädagogischen Instituten. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist die Gewaltprävention im Rahmen seiner Ausbildung zum Antiaggressionstrainer und seine Unterstützung für den YouTube Kanal „Kinder- und Jugendrechte in Eberstadt“. Seit 2010 ist Hannes Marb im Organisationsteam der Stadtviertelrunde in Eberstadt Süd.



David Meier-Arendt, geboren 1991, studiert Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt, wo er als Studentische Hilfskraft am Institut für Soziologie arbeitet. Zudem koordiniert er die Ringvorlesung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses der Technischen Universität Darmstadt. 2017 war er Praktikant der Schader-Stiftung.



Dr. Meron Mendel, geboren 1976, ist Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Er absolvierte ein Bachelorstudium in Geschichte und Erziehungswissenschaften an der Universität Haifa sowie seinen Master in Jüdischer Geschichte. Mendel promovierte im Fach Erziehungswissenschaften zu dem Thema „Lebenswelten von jüdischen Jugendlichen in Deutschland“ an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er ist Initiator des Anne-Frank-Tages in Frankfurt.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, wo sie 1999 promovierte. Inhaltliche Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bei der Schader-Stiftung umfassen zurzeit unter anderem Sicherheitspolitik, Menschenrechte, soziale Nachhaltigkeit und das Sommercamp.



Dirk Metz, geboren 1957, war von 1999 bis 2010 Staatssekretär in der Hessischen Staatskanzlei sowie Sprecher der Hessischen Landesregierung. Seit 2010 führt er als Inhaber die Agentur DIRK METZ Kommunikation in Frankfurt am Main. Metz begann seinen Berufsweg nach einem Zeitungsvolontariat als Redakteur, studierte danach Politische Wissenschaft und Wirtschafts-, Verfassungs- und Sozialgeschichte in Bonn. Nach erneuter Tätigkeit als Zeitungsredakteur war er bis zum Eintritt in die Landesregierung Pressesprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.



Sandra Müller, geboren 1982, ist seit 2018 verantwortlich für das Kommunikations- und Wissensmanagement im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ an der Hochschule Darmstadt. Nach dem Studium Informations- und Wissensmanagement an der Hochschule Darmstadt war sie Mitarbeiterin bei der MLP Finanzdienstleistungen AG. Dort war sie von 2008 bis 2018 in verschiedenen Themenfeldern tätig, im Wissensmanagement, in der Internen Kommunikation, sowie im Tagungs- und Vertriebsmanagement.



Prof. Dr. Ursula Münch, geboren 1961, ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Von ihrer Professur am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München ist sie derzeit beurlaubt. Münch studierte Politik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie sowie Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist unter anderem Mitglied im Wissenschaftsrat und im Hochschulbeirat der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München. Von 2014 bis 2018 war Münch Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Anette Neff, geboren 1963, arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Historische Forschung bei der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seit 2007 ist sie zudem Lehrbeauftragte am Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt. Ihre Forschungs- und Lehrthemen reichen von Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg über deutsche West-Ost-Partnerschaften im Kalten Krieg bis hin zur Heimerziehung nach 1945 mit einem Schwerpunkt in der Methodik der Oral History. Sie studierte Neuere Geschichte, Alte Geschichte sowie Kunstgeschichte in Darmstadt, Trier und Washington, D.C.



Silke Niehoff, geboren 1977, ist seit 2015 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung Potsdam. Hier ist sie Mitglied des Projektteams „Digitalisierung und Auswirkungen auf Nachhaltigkeit“. Niehoff schloss den Masterstudiengang „Öffentliches und Betriebliches Umweltmanagement“ am Forschungszentrum für Umweltpolitik in Berlin ab und war von 2011 bis 2012 beim Naturschutzbund Deutschland tätig. 2013 begann sie ihre Arbeit am Institut in Potsdam zunächst als Research Fellow.



Andrea Nispel, geboren 1960, ist Gründungs- und Vorstandsmitglied des Vereins *beramí berufliche Integration e.V.* in Frankfurt am Main. Nach ihrem Studium der Erziehungswissenschaften ist sie seit 1998 als freiberufliche Beraterin, Coach, Moderatorin sowie als Sozialwissenschaftlerin tätig. Besonders beschäftigt sie sich dabei mit den gesellschaftspolitischen Themenfeldern Diversität und Inklusion als auch Bildung und Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft.



Dr. Peter Noller war von 2004 bis 2014 Koordinator des Forschungsschwerpunktes Stadtforschung an der Technischen Universität Darmstadt sowie Geschäftsführer des LOEWE-Schwerpunkts „Eigenlogik der Städte“ und der Graduiertenschule URBANgrad. Er studierte zunächst Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Pforzheim und anschließend Soziologie, Philosophie und Ethnologie in Heidelberg, London und Frankfurt am Main.



Laura Pauli, geboren 1991, ist seit 2018 für die Schader-Stiftung tätig, zunächst als Praktikantin, anschließend als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Sie hat ihren Bachelor in Politikwissenschaft an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main abgeschlossen und absolviert zurzeit den Masterstudiengang Governance and Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt. 2015 war sie Stadtteilbotschafterin im Frankfurter Stadtteil Gallus im Rahmen des Förderprogramms der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt.



Ferry Pausch, geboren 1974, ist Geschäftsführer der Change Centrum GmbH, der Repräsentanz der Stadt Change in Deutschland. Das Zentrum ist Teil der Städtefreundschaft zwischen Change und Hannover. Pausch studierte Betriebswirtschaftslehre in Bamberg und Venedig und hat einen Abschluss als Master of International Affairs von der Columbia University in New York. Von 2010 bis 2018 war er Geschäftsführer der Deutschlandstiftung Integration. Er ist seit 2015 Vorsitzender des Vorstands des Verbands der Migrantenwirtschaft.



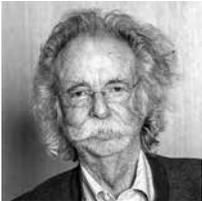
Marc Pirogan, geboren 1993, ist ehemaliger Praktikant der Schader-Stiftung. Er studiert den Masterstudiengang Soziologie technikwissenschaftlicher Richtung an der Technischen Universität Berlin und ist seit 2017 als Studentische Hilfskraft am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft tätig. Zuvor studierte er im Bachelor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Soziologie mit einem Fokus auf Arbeits- und Wirtschaftssoziologie.



Helene Pleil, geboren 1997, ist bis Ende 2018 als Praktikantin der Schader-Stiftung tätig. Derzeit studiert sie Politikwissenschaft und Ethnologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und steht kurz vor ihrem Bachelor-Abschluss.



Prof. Dr. Hans-Jürgen Puhle, geboren 1940, ist Historiker und Politikwissenschaftler. Seit 1990 lehrt er an der Goethe-Universität Frankfurt Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Comparative Politics. Zuvor lehrte er in Münster und Bielefeld sowie an zahlreichen Universitäten Europas, Nord- und Lateinamerikas. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Tübingen, Marburg und Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Modernisierungs- und Demokratieprobleme, Regimewechsel, Parteien, Bewegungen, Sozialstaat, Nationalismus, Populismus.



Jean Pütz, geboren 1936, war Gründer und Leiter der Redaktionsgruppe Naturwissenschaft und Technik im WDR-Fernsehen, wo er als Wissenschaftsjournalist und Fernsehmoderator tätig war. Seine Fachgebiete sind Wissenschaft und Politik, Energiefragen sowie Medienvermittlung. Pütz ist Diplom-Ingenieur und studierte Physik und Mathematik auf Lehramt, daneben auch Soziologie, Volkswirtschaft und Nachrichtentechnik. Er war von 1990 bis 2003 Vorsitzender der Wissenschafts-Pressekonferenz. Heute hält er Vorträge, tritt live mit seiner Pützmunter-Show auf und ist in den Sozialen Medien engagiert.



Wolfert von Rahden, geboren 1947, war Chefredakteur der Zeitschrift „Gegenworte“, die bis 2013 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde und sich Fragen der Wissenschaftskommunikation widmete. Er studierte Philosophie, Sprach- und Literaturwissenschaft sowie Soziologie und Politikwissenschaft in Hamburg und in Berlin an der Freien und der Technischen Universität. Er war stellvertretender Direktor des Einstein Forums Potsdam und ist Mitglied der Redaktion der „Zeitschrift für Ideengeschichte“, deren verantwortlicher Gründungsredakteur er war.



Bettina Rauschmayr, geboren 1981, ist seit 2014 Programmkoordinatorin für das Landesprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration in Rüsselsheim. Sie studierte Soziologie, Politik und Pädagogik in Deutschland und Frankreich und spezialisierte sich dabei auf die Themen Migration und Integration. Zuvor war sie in der interkulturellen Bildungsarbeit tätig, unter anderem in Neuseeland. Seit 2017 ist Bettina Rauschmayr Mitglied im Fachbeirat „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Natascha Rieger, geboren 1985, ist seit August 2018 im Bereich Cybersecurity der Firma Checkpoint in Tel Aviv beschäftigt. Sie studierte Ethnologie und Kulturanthropologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Sie koordinierte bis 2018 das Projekt „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung und war als Referentin für Bildung und Vermittlung für das ausstellungsbegleitende Programm der Galerie der Schader-Stiftung zuständig. Von 2013 bis Anfang 2016 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Weltkulturen Museum in Frankfurt am Main.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist Professor für Journalistik an der Hochschule der Medien Stuttgart. Er studierte Journalistik und Raumplanung an der Universität Dortmund. Von 2008 bis 2012 war er Professor für Verlagsmanagement im Studiengang Medienwirtschaft der Hochschule der Medien Stuttgart. Seit 2018 ist Rinsdorf Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK). Zu seinen Lehr- und Forschungsschwerpunkten gehören Rezeptionsforschung, Redaktionsmanagement, Forschung und Entwicklung in Medienunternehmen sowie Medienmarken.



Dr. Franziska Rischkowsky, geboren 1972, ist für die Schader-Stiftung als Wissenschaftliche Referentin im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ tätig. Sie studierte Volkswirtschaftslehre in Marburg und promovierte dort zur europäischen Verbraucherpolitik. 2007 bis 2011 war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien Kärnten tätig. Von 2012 bis 2017 arbeitete sie als Projektleiterin und Projektmanagerin für die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, die Industrie- und Handelskammer Darmstadt sowie die Hessen Trade & Invest GmbH.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, ist Direktorin des ZAK – Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie sowie Professorin für Soziologie und Kulturwissenschaft. Sie studierte Soziologie, Politologie, Philosophie und Geschichte. Sie ist Mitglied im Fachausschuss Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik am Institut für Auslandsbeziehungen und seit 2017 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader Stiftung.



Dr. Tobias Robischon, geboren 1963, ist Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Marburg und an der Freien Universität Berlin und promovierte am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratie, Digitalisierung und Kapitalismus sowie Stadtentwicklung im Kontext gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.



Dorothee Rodenhäuser, geboren 1983, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Forschung, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) e.V., mit Sitz in Heidelberg. Sie studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Lausanne. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte sind Indikatoren für Wohlfahrt und nachhaltige Entwicklung sowie Arbeit und Wirtschaft im Kontext einer Postwachstumsgesellschaft.



Florian Rommel, geboren 1989, ist als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues am Institut für Ökonomie sowie am Institut für zukunftsfähige Ökonomien tätig. Er promoviert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main bei Bertram Schefold zum Thema „Plurale Ökonomik“. Zuvor studierte er in Bayreuth „Philosophy and Economics“ und Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung an der Cusanus Hochschule. Er forscht zur Erkenntnis-, Wissenschafts- und Modelltheorie, der Wirtschaftsphilosophie sowie der Performativität der Ökonomik.



Mirjam Roth, geboren 1984, ist Referentin für soziale Stadtteilentwicklung und Gemeinwesenarbeit bei der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. Nach dem Studium der Politikwissenschaft, des Öffentlichen Rechts und der Europäischen Migration unter anderem in Mainz arbeitete sie für ein Förderprojekt des Europäischen Sozialfonds im Bereich Private Public Partnerships. 2014 baute sie ein eigenes Gemeinwesen-Projekt zur Ernährungsbildung von Kindern auf, das sie nebenberuflich fortführt.



Torsten A. Sälinger, geboren 1969, ist als Kommunikationsberater Geschäftsführer von Sälinger Kommunikation. Er studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft mit Schwerpunkt Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit an der Freien Universität Berlin. Von 2003 bis 2016 war Sälinger Pressesprecher der Deutschen Bahn AG für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Er ist Mitglied der Gesellschaft für Medienwissenschaft und des Bundesverbands deutscher Pressesprecher sowie seit 2014 Vorsitzender der Gertrud-von-Ortenberg-Bürgerstiftung.



Alois M. Schader, geboren 1928, ist Diplom-Ingenieur. Er war freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung in Darmstadt und ist bis heute deren Finanzvorstand. Er wurde 2013 mit der Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet. 2015 erhielt er die Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt.



Prof. Dr. Jörg Schäfer, geboren 1966, ist Professor für Objektorientierte Programmierung, Verteilte Systeme und Datenbanken an der Frankfurt University of Applied Sciences. Er studierte Mathematik und Physik an der Ruhr-Universität in Bochum, wo er auch promovierte. Anschließend arbeitete Schäfer viele Jahre als Architekt und Softwareentwickler. Seit 2009 hat er seine Professur in Frankfurt am Main inne und forscht unter anderem zu Algorithmen und Maschinellen Lernen. Er leitet die Forschungsgruppe Mobile Computing im Kompetenzzentrum Netzwerke und verteilte Systeme.



Wiebke Schindel, geboren 1965, leitet das Referat für Integrationsförderung und Modellprojekte der Integrationsabteilung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Sie studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Seit 1992 ist sie für die Hessische Landesregierung tätig und dort aktuell für das Landesprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ zuständig.



Dr. Dieter Schneberger, geboren 1958, ist verantwortlicher Redakteur des epd-Landesdienstes Mitte-West in Frankfurt am Main und Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik der Universität Mainz. Er studierte von 1979 bis 1985 Publizistik, Politikwissenschaft und Englische Philologie an der Universität Mainz. Nach einer Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach wurde Schneberger 1990 promoviert. Von 1989 bis 1990 absolvierte er ein Volontariat beim Wiesbadener Kurier und war danach Politikredakteur bei der Oberhessischen Presse in Marburg.



Dr. Matthias Schulze-Böing, geboren 1954, ist seit 1995 Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach und seit 2005 zusätzlich Geschäftsführer von MainArbeit – Kommunales Jobcenter Offenbach. Schulze-Böing studierte von 1974 bis 1980 Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und promovierte an der Freien Universität Berlin. Er ist Vorstandsvorsitzender des Vereins Beschäftigungspolitik: kommunal e.V. sowie Sprecher des Bundesnetzwerks Jobcenter.



Dr. Jutta Schütz, geboren 1953, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Völkerkunde in Tübingen und promovierte anschließend in Mainz, wobei sie sich mit den Auswirkungen des Tourismus – speziell auf Kunsthandwerksorte – in Mexiko befasste. Als Journalistin und Autorin hat sie Reiseführer und -berichte geschrieben und war als Redakteurin beziehungsweise Chefredakteurin für ein touristisches PR-Magazin sowie eine Fachzeitschrift tätig. Seit 2009 engagiert sie sich ehrenamtlich in der Redaktion des nicht kommerziellen Frauenmagazins „Mathilde“ aus Darmstadt.



Christian Schwindt, geboren 1963, ist theologischer Oberkirchenrat, seit 2010 Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung in Mainz und auf gesamtkirchlicher Ebene fachlich zuständig für das Handlungsfeld Gesellschaftliche Verantwortung und diakonische Dienste der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Er studierte evangelische Theologie, Philosophie und Kulturmanagement in Bonn, Marburg und Ludwigsburg, war Gemeinde- und Stadtkirchenpfarrer in Buchenau und Frankfurt am Main sowie Leiter des Arbeitsbereichs Bildung im Evangelischen Regionalverband Frankfurt am Main.



Prof. Dr. Hanns H. Seidler, geboren 1943, studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Frankfurt am Main, Berlin und Freiburg und promovierte 1972 in Freiburg. Seidler war Referent in der Hochschulleitung und von 1985 bis 2007 Kanzler der Technischen Universität Darmstadt, daneben Sprecher der deutschen Universitätskanzler. Von 2002 bis 2016 war er Vorstand des Zentrums für Wissenschaftsmanagement in Speyer, von 2013 bis 2017 gehörte Seidler dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an, zuletzt als dessen stellvertretender Vorsitzender.



Sabine Seidler, geboren 1944, Vorsitzende Richterin a.D., war bis 2007 am Verwaltungsgericht Darmstadt für Baurecht und Asylrecht zuständig. Sie studierte Rechtswissenschaften in Berlin und Freiburg. Seidler war seit 1994 Stadtverordnete der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Vorsitzende des Bauausschusses und Haupt- und Finanzausschusses, Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion und bis 2016 ehrenamtliche Stadträtin. Sie ist Beisitzerin des Vorstandes der SPD Darmstadt und gehört diversen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften an. Derzeit engagiert sie sich ehrenamtlich in der Hilfe für Geflüchtete.



Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, lehrt Soziologie und Gesellschaftlichen Wandel, ist Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft an der Hochschule Furtwangen sowie Visiting Professor an der University of Huddersfield (UK). Er studierte Luft- und Raumfahrttechnik und promovierte in Soziologie. Selke forscht zu Armut, Digitalisierung, Utopien und Weltraumexploration. Quer zu diesen Themen ist er als Öffentlicher Soziologe aktiv und versteht sich übergreifend als Öffentlicher Wissenschaftler. Selke ist Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Loring Sittler, geboren 1951, war von 2008 bis 2016 Leiter des Generali Zukunftsfonds und hat als solcher zahlreiche Studien herausgebracht, zuletzt die Generali Altersstudie 2017. Seit dem Eintritt in den Ruhestand ist er als freier Berater für Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe insbesondere im Alter und für Organisationsentwicklung sowie als Vortragsredner tätig. 1991 begründete er den Bundeswettbewerb „Jugend debattiert“. Sittler studierte Anglistik, Geschichtswissenschaften und Politik an den Universitäten Freiburg und Gießen.



Marina Speer, geboren 1994, ist derzeit im Volontariat beim Darmstädter Echo. Zuvor studierte sie Medienentwicklung an der Hochschule Darmstadt und Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Während des Bachelorstudiums studierte sie ein Semester an der Universidad Católica San Antonio de Murcia. Des Weiteren absolvierte sie bereits diverse Praktika im Bereich der Medien.



Prof. Dr. Christian Stegbauer, geboren 1960, ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Es folgten Tätigkeiten an der Technischen Universität Darmstadt, bei Nielsen-Marketing Research und an der Universität Frankfurt. Er ist Mitbegründer der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitinitiator der Initiative interdisziplinäre Netzwerkforschung und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung.



Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, geboren 1957, ist Diplom-Ingenieurin und Inhaberin des Büros Stein – Stadt- und Regionalplanung, bis 2017 Stein + Schultz Stadt-, Regional- und Freiraumplaner. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, an der sie zu dem Thema „Lernende Stadtregion“ im Jahr 2006 promovierte. Stein ist seit 2005 Honorarprofessorin für „Kommunikation in der Planung“ an der Universität Kassel. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Strategien für Städte und Regionen, Prozessgestaltung für kooperative Planungsarbeit und Organisationsentwicklung in planenden Institutionen.



Catrin Stork, geboren 1993, studiert seit Oktober 2017 im Masterstudiengang Humangeographie: Globalisierung, Medien und Kultur an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Bis September 2017 studierte sie Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Dort nahm sie von 2016 bis 2017 am Lehrforschungsprojekt „Projekt Bios – KörperTechnologien unter den Bedingungen der Lebenswissenschaften“ des Instituts für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie teil.



Frauke Taake, geboren 1986, studiert seit 2015 Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zuvor studierte sie an der Universität Siegen Sozialwissenschaften. Frauke Taake war 2017 Praktikantin der Schader-Stiftung.



Meriem Tazir, geboren 1973, ist Geschäftsführerin von e-hoch-3. Das Unternehmen berät in strategischen und technischen Fragen der Nachhaltigkeit, entwickelt Systeminnovationen und innovative Geschäftsmodelle und evaluiert sie hinsichtlich ihres Beitrages zur Nachhaltigen Entwicklung. Tazir hat Bauingenieurwesen an der Technischen Universität Darmstadt studiert und einen Master of Business Administration an der University of Edinburgh Business School erworben. Seit 1999 ist sie international im Bereich Nachhaltigkeitsstrategien, Risiko- und Innovationsmanagement tätig.



Günther Teufel, geboren 1946, ist Diplom-Wirtschaftsingenieur und arbeitet als Berater. Er war für verschiedene Privatbanken in leitender Position, unter anderem als persönlich haftender Gesellschafter, tätig. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Strukturierung von Privat-, Stiftungs- und anderem Vermögen. Er war Mitglied der Kuratoriumsleitung und von Dezember 2012 bis Mai 2013 Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung. Derzeit ist er Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Konzertchor Darmstadt.



Sylvia Theel, geboren 1963, ist Journalistin und seit 2013 Redenschreiberin des Oberbürgermeisters der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie studierte Germanistik und Politik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Psychologie an der FernUniversität Hagen. Theel war als PR-Beraterin für die Stadt Offenbach und als Redakteurin der Zeitschrift „Theologie und Philosophie“ tätig. Von 2000 bis 2013 war sie Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Darmstadt. Als freie Journalistin schreibt sie für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Spiegel Online.



Philipp Thoma, geboren 1979, ist seit 2017 Bürgermeister der Gemeinde Fischbachtal. Nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann studierte er Wirtschaftspädagogik an der Universität Konstanz. Von 2006 bis 2017 war Thoma als Diplom-Handelslehrer und von 2014 bis 2017 zudem im Staatlichen Schulamt für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis tätig. Daneben hat er sich kommunalpolitisch als Vorsitzender der SPD-Fraktion Bensheim und als Kreistagsabgeordneter des Kreises Bergstraße engagiert. Seit diesem Jahr ist er Mitglied im Vorstand der SPD Darmstadt-Dieburg.



Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist Professor für Entwicklungspsychologie an der Leibniz Universität Hannover. Zuvor arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Jena, als Assistenzprofessor für Lebenslauf- und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter am Jacobs Center for Productive Youth Development der Universität Zürich und als Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Thema, wie normative Entwicklung durch Migrationserfahrungen verändert werden kann.



Katrin Tönshoff, geboren 1970, ist seit über 20 Jahren im Stiftungswesen tätig. Sie leitete zuletzt die Stiftung von SAP-Mitgründer Dietmar Hopp und unterstützt Stiftungen und Einzelpersonen bei der Umsetzung ihres stifterischen und philanthropischen Engagements.



Canan Topçu, geboren 1965, ist Journalistin für Hörfunk, Print- und Online-Medien mit Schwerpunkt auf den Themen Integration, Migration, Medien, Islam und muslimisches Leben in Deutschland. Topçu studierte Geschichte und Literaturwissenschaft an der Universität Hannover. Von 1999 bis 2012 war sie Redakteurin der Frankfurter Rundschau. Sie lehrt als Dozentin an der Hochschule Darmstadt und an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung. Topçu ist Vorstandsmitglied des Hessischen Forums für Religion und Gesellschaft und Mitbegründerin der Neuen Deutschen Medienmacher e.V.



Anna-Lena Treitz, geboren 1996, ist seit November 2018 Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung, bei der sie im Sommer 2018 bereits Praktikantin war. Sie studiert zurzeit Soziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und steht kurz vor ihrem Bachelor-Abschluss.



Dr. Lothar Triebel, geboren 1965, ist Referent für Freikirchen am Konfessionskundlichen Institut in Bensheim. Nach dem Studium der Theologie und Judaistik in Berlin, Heidelberg, Jerusalem und Tübingen war er Vikar in Wiesbaden und bei der Gesellschaft für interreligiöse Verständigung in Israel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christentum und Antike der Humboldt-Universität zu Berlin und Gemeindepfarrer in Rheinhessen. Von 2007 bis 2017 war Triebel Theologischer Referent der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.



Salman Tyyab, geboren 1984, ist Journalist und Redakteur für das deutschsprachige Programm der islamischen Sendergruppe Muslim Television Ahmadiyya. Er studierte Medienkommunikation und Journalismus an der Fachhochschule des Mittelstands in Bielefeld. Nach seinem Studienabschluss im Jahr 2009 volontierte er bei stern TV und war anschließend bis 2015 dort als Redakteur und Reporter tätig. Daneben steht er kurz vor dem Abschluss seines Studiums der Religionswissenschaften und befasst sich im Rahmen seiner Masterarbeit mit dem Islamverständnis von Johann Wolfgang von Goethe.



Dirk Uhlemann, geboren 1962, ist seit 2006 Startup-Entrepreneur und Unternehmenscoach. Nach seinem Studium der Elektrotechnik und Elektronik in Stockholm war er bei Ericsson AB international in Führungspositionen tätig. Von 2001 bis 2006 leitete er die Midray GmbH, die die Innovation digitaler Dienstleistungen innerhalb der debitel AG verantwortete. Im Jahr 2016 holte er die schwedische Nichtregierungsorganisation The Natural Step nach Deutschland, bei der er im internationalen Führungsgremium aktiv ist.



Prof. Dr. Annette Verhein-Jarren, geboren 1958, studierte Germanistik und Geschichte an der Universität Hamburg. Daraufhin legte sie das Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab und promovierte in Linguistik. Seit 1998 ist sie als Professorin für Kommunikation an der Hochschule für Technik Rapperswil tätig. Sie ist Leiterin der Fachgruppe Kommunikation und Partnerin im Institut für Kommunikation und interkulturelle Kompetenz sowie Vorsitzende des Fachausschusses Aus- und Weiterbildung beim Berufsverband für technische Redakteure, tecom e.V.



Dr. Michael Vesper, geboren 1952, ist Präsident des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen. Von 2006 bis 2017 war er Vorstandsvorsitzender des Deutschen Olympischen Sportbundes. Er studierte Soziologie und Mathematik in Köln und Bielefeld, wo er 1982 auch promovierte. Vesper gehörte 1979 zu den Gründungsmitgliedern der Partei Die Grünen, für deren Bundestagsfraktion er ab 1983 die Geschäfte führte. 1990 wechselte er als Landtagsabgeordneter nach Nordrhein-Westfalen. Dort war er von 1995 bis 2005 Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport und stellvertretender Ministerpräsident.



Wolfgang Voegelé, geboren 1943, hat Architektur und Stadtplanung an der damaligen Technischen Hochschule Karlsruhe studiert und ist seit 1973 freiberuflich als Stadtplaner und Architekt für Städte und Gemeinden in der Stadterneuerung tätig. Er hatte Lehraufträge an der Hochschule für Technik Stuttgart, an der Universität Kaiserslautern und der Bauhaus-Universität Weimar. Er ist Mitglied der Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), des Werkbundes Baden-Württemberg und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL). Er ist Vorsitzender der Egon Eiermann Gesellschaft.



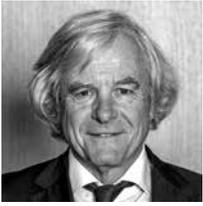
Ruth Wagner ist Vorsitzende des Kunstvereins Darmstadt. Sie war von 1999 bis 2003 Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst und Stellvertretende Ministerpräsidentin. Wagner studierte Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft und war als Gymnasiallehrerin tätig. Sie war von 1978 bis 2008 Landtagsabgeordnete, davon mehrere Jahre Fraktionsvorsitzende und Vizepräsidentin des Parlaments. Von 1995 bis 2005 war sie, als erste Frau einer Partei in Hessen, Vorsitzende der Hessischen FDP. Wagner war langjähriges Mitglied im Bundesvorstand der FDP und Stadtverordnete in Darmstadt.



Dennis Weis, geboren 1987, ist seit 2018 Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung. Er studierte im Grundstudium „Internationale Entwicklungszusammenarbeit“ an der Universität Wien und schloss seinen Master of Science in „International Public Management and Policy“ an der Erasmus Universität zu Rotterdam ab. Dennis Weis betreut schwerpunktmäßig das Projekt „Integrationspotenziale in Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Dr. h.c. Johannes Weiß, geboren 1941, war Professor für Soziologische Theorie, Sozialphilosophie und Kultursoziologie an der Universität Kassel. Er studierte Soziologie an der Universität zu Köln, wo er im Fach Philosophie promovierte, und er habilitierte an der Universität Duisburg für das Lehrgebiet Soziologie und Philosophie der Sozialwissenschaften. Weiß war zudem Gründungsdirektor des Instituts für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig, Fellow des Kollegs Friedrich Nietzsche in Weimar und Fellow des Max-Weber-Kollegs der Universität Erfurt.



Prof. Julian Wékel ist Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin, und leitet das Institut für Städtebau und Wohnungswesen München. Er studierte Architektur und Städtebau in Wien und Berlin, war leitender Stadtplaner in Hamburg, Frankfurt und Berlin und lehrte unter anderem in Paris, Saigon und Berkeley. Von 2001 bis 2016 war er Professor für Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Wékel ist Mitglied des Kuratoriums Nationale Stadtentwicklungs-politik und seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Katrin Wenz, geboren 1976, arbeitet seit 2014 als Agrarreferentin beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Sie studierte Politische Wissenschaft in Berlin und Madrid und absolvierte anschließend das Berliner Seminar für Ländliche Entwicklung. Zuvor war sie bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) als Gutachterin tätig. Außerdem konzipierte sie Weiterbildungen für Landwirte und Landwirtinnen und arbeitete im Bereich Lehrplanentwicklung im Hochschulbereich. Seit vielen Jahren ist sie in der Umweltbewegung aktiv.



Peter Werner, geboren 1953, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Er absolvierte ein Studium der Biologie an der Freien Universität Berlin. Von 1981 bis 1983 war Peter Werner als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin in dem Forschungsprojekt „Untersuchungen zur ökologischen Bedeutung von industriellen Brach- und Restflächen Berlin“ tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadtökologie und nachhaltige Stadtentwicklung.



Prof. Dr. Petra Werner, geboren 1966, ist Professorin für Journalistik am Institut für Informationswissenschaft und Mitglied im Forschungsschwerpunkt „Digitale Technologien und Soziale Dienste“ an der Technischen Hochschule Köln. Sie studierte Journalistik und Sozialwissenschaften, war als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der Universität Dortmund tätig und promovierte dort. In der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist sie als Stellvertretende Sprecherin der Fachgruppe Journalistik/Journalismusforschung aktiv.



Dr. Christina West ist Senior Wissenschaftlerin im Vorhaben Zukunftsorientierte Stadtentwicklung des Projekts „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Daneben ist sie Erste Vorsitzende des Vereins „Urban Innovation – Stadt neu denken! e.V.“ Zuvor war sie an der Universität Heidelberg Wissenschaftliche Koordinatorin und Geschäftsführerin sowie Projektleiterin zweier Reallabore. An der Universität Koblenz-Landau vertrat West die Professur Geographiedidaktik und war als Visiting Scholar und Research Coordinator an der Hong Kong Baptist University tätig.



Klaus Wiegandt, geboren 1939, war rund 30 Jahre in Führungspositionen des deutschen Handels tätig, zuletzt als Vorstandssprecher der METRO AG. Im Jahre 2000 gründete er die Stiftung Forum für Verantwortung. 2006 rief er die Bildungsinitiative „Mut zur Nachhaltigkeit“ ins Leben. Diese verleiht gemeinsam mit ZEIT WISSEN seit 2013 jährlich den ZEIT WISSEN-Preis „Mut zur Nachhaltigkeit“. 2008 wurde er ins Deutsche Nationalkomitee der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ berufen.



Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Willimczik, geboren 1940, ist Emeritus des Instituts für Sportwissenschaft der Universität Bielefeld. Er studierte Philosophie, Geschichte, Geografie und Leibeserziehung. Von 1971 bis 1980 war er Professor für Sportwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt und bis 2005 an der Universität Bielefeld. Als Gastprofessor war Willimczik an der Technischen Universität Darmstadt bis 2015 tätig. Willimczik war mehrfacher Deutscher Meister über 110 Meter Hürden und von 1979 bis 1985 Präsident der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaften.



Karin Wolff MdL, geboren 1959, ist Staatsministerin a.D. und Mitglied des Hessischen Landtages. Sie studierte Geschichte, Theologie und Philosophie in Mainz und Marburg. Von 1999 bis 2008 war sie Hessische Kultusministerin. Sie amtierte als stellvertretende Ministerpräsidentin und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, von 1989 bis 2003 war sie Stadtverordnete in Darmstadt. Karin Wolff gehört dem Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks, dem Kuratorium der Evangelischen Hochschule Darmstadt und dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an, seit 2018 als stellvertretende Vorsitzende.



Prof. Dr. Safiye Yildiz ist seit 2018 Professorin für Erziehungswissenschaft und Soziale Arbeit an der IUBH Internationale Hochschule in Düsseldorf. Sie studierte Erziehungswissenschaft an der Technischen Universität Berlin, wo sie auch promovierte. Sie war Vertretungsprofessorin an der Hochschule Darmstadt und Gastprofessorin an der Universität Innsbruck und der Technischen Universität Darmstadt. Von 2012 bis 2018 war Yildiz Akademische Rätin an der Universität Tübingen. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Migration, Pädagogik, Bildung, Diversity und Soziale Arbeit.



Sezgin Yilmaz, geboren 1972, ist seit 2005 Leiterin des Fachbereichs Migration beim Kreisverband Friedberg e.V. des Deutschen Roten Kreuzes. Sie studierte Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg und absolvierte Ausbildungen als Interkulturelle Mediatorin und Trainerin. Yilmaz ist Stadtverordnete in Friedberg (Hessen), Mitglied im Vorstand der Liga der freien Wohlfahrtspflege Wetterau sowie im Beirat des Jobcenters Wetterau und im Diversitätsbeirat des Wetteraukreises. Ihr besonderes Interesse gilt der Frage, wie sich „Industrie 4.0“ auf Migrationsprozesse auswirken wird.



Prof. Dr. Angelika Zahrrnt, geboren 1944, ist Volkswirtin und Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dessen Vorsitzende sie von 1998 bis 2007 war. Sie war langjähriges Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung, im Fernsehrat des ZDF und im Strategiebeirat Sozialökologische Forschung des BMBF. Derzeit ist sie unter anderem im Beirat des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) und Fellow am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und arbeitet und veröffentlicht zu den Themen Postwachstumsgesellschaft und Suffizienzpolitik.



Prof. Dr. Tatiana Zimenkova, geboren 1977, ist seit 2018 Professorin für Soziologie an der Hochschule Rhein-Waal in Kleve. Sie studierte Soziologie an der Staatlichen Universität Sankt Petersburg, promovierte 2006 und habilitierte 2016 an der Universität Bielefeld. Anschließend war sie Professorin für Diversität und Differenz in den Fachdidaktiken am Dortmunder Kompetenzzentrum für Lehrerbildung und lehrte an der Technischen Universität Dortmund. Sie lehrt und forscht zu den Themen Politische Bildung, Partizipation, Sexual Citizenship, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Deliberation.



Prof. Dr. Karsten Zimmermann, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Europäische Planungskulturen an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Er studierte Sozialwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover. 2004 promovierte Zimmermann an der Universität Hannover und habilitierte 2010 im Fach Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Anschließend war er Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft sowie Mitglied des interdisziplinären Forschungsverbunds „Eigenlogik der Städte“ an der Technischen Universität Darmstadt.

7

Wahl zum Kleinen Konvent



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im November aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Kooperationsanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und soll ein weiteres Mitglied als Vertretung der nächsten akademischen Generation kooptieren. Am 10. November 2017 wurden zwei Mitglieder des Kleinen Konvents durch den Großen Konvent für die Amtszeit 2017/18 bestätigt und ein Mitglied neu gewählt:

- *Prof. Dr. Gabriele Abels*, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen (seit 2014)
- *Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen*, Fachgebiet Journalistik, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt (seit 2014)
- *Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha*, Karlsruher Institut für Technologie (seit 2018)

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.
- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.

- Um gewählt zu werden, muss eine Person mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreichen.
- Eine direkte Wiederwahl ist zweimalig möglich.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.
- Nach der Übersendung der Wahlliste sind bis zum Beginn des Großen Konvents weitere Nennungen möglich.
- Der Kleine Konvent soll ein Mitglied der nächsten akademischen Generation aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufungszeit von zwei Jahren.

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 9. November 2018 vollzogen. Im Fall von Stefan Selke und Julian Wékel fanden Wiederwahlen statt, sie gehören dem Kleinen Konvent seit 2014 an, Gisela Kubon-Gilke kandidierte erstmals. Die Kandidierenden hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen. Die Wahlbeteiligung lag bei 73 Prozent. Jedes Mitglied des Großen Konvents hatte drei Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke	85 %
Prof. Dr. Stefan Selke	88 %
Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel	81 %

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, geboren 1956, ist Vizepräsidentin der Evangelischen Hochschule Darmstadt und dort seit 1998 Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik. Sie studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen. Von 1983 bis 1998 war Kubon-Gilke zunächst Wissenschaftliche Mitarbeiterin, dann Wissenschaftliche Assistentin an der Technischen Universität Darmstadt. Es folgten Vertretungs- und Gastprofessuren in Frankfurt und München. Ihre Themenschwerpunkte sind Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik, Nachhaltigkeitsfragen und normative Grundfragen der Ökonomik.

„Ich sehe eine inhaltlich große Passung der Schader-Stiftung zu meinen Themen Ökonomie und Sozialpolitik, da ich als Volkswirtin meine Disziplin innerhalb der Gesellschaftswissenschaften verorte. Ich sehe die Volkswirtschaftslehre aber nicht unbedingt als Königsdisziplin der Gesellschaftswissenschaften, sondern unterstelle dann doch vielleicht ein etwas gleichberechtigteres Verhältnis im Sinne eines interdisziplinären Zugangs. Die Schwerpunkte meiner Arbeit liegen insbesondere auf der Sozialpolitik, Familienpolitik, Institutionen-Analyse, Bildungspolitik und Nachhaltigkeitsfragen. Hierbei arbeite ich immer sehr praxisorientiert, wobei durchaus die politische Praxis im Vordergrund steht. Ich bin Vorsitzende des Regionalen Bildungsbeirats Darmstadt und Darmstadt-Dieburg und bereite mit der Schader-Stiftung derzeit eine Tagung zum Thema „Das Soziale und Gerechte“ vor, insbesondere zum schillernden Begriff der sozialen Nachhaltigkeit, außerdem nehme ich an einer Gesprächsrunde zum Begriff der Subsidiarität teil.“

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke

Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, lehrt Soziologie und Gesellschaftlichen Wandel, ist Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft an der Hochschule Furtwangen sowie Visiting Professor an der University of Huddersfield (UK). Er studierte Luft- und Raumfahrttechnik und promovierte in Soziologie. Selke forscht zu Armut, Digitalisierung, Utopien und Weltraumexploration. Quer zu diesen Themen ist er als Öffentlicher Soziologe aktiv und versteht sich übergreifend als Öffentlicher Wissenschaftler. Selke ist Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

„Mein fachlicher Hintergrund ist die Luft- und Raumfahrttechnik, mittlerweile bin ich Professor für Soziologie an der Hochschule Furtwangen. Dazwischen liegt ein langer Weg und im Moment läuft es in logischer Weise in der Weltraumsoziologie zusammen: Darmstadt ist mit der ESA dafür ein wunderbarer Ort. Der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis klappt vielerorts hervorragend. Der Dialog zwischen den Etablierten und bestimmten Praxisfeldern sowie Öffentlichkeiten funktioniert ziemlich gut. Meine Mission sehe ich darin, auch die nächste akademische Generation, die eben noch nicht zu den Etablierten gehört, für den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis zu ermutigen. Dafür ist hier ein wunderbares Umfeld. Ich hatte das große Glück, vor allen Dingen im letzten Jahr, einige Veranstaltungen zu erleben und mitzugestalten, bei denen ich gesehen habe, dass es mithilfe der Schader-Stiftung möglich ist, auf eine Art Reise Flughöhe zu kommen, um vieles bewegen zu können.“

Prof. Dr. Stefan Selke

Prof. Julian Wékel ist Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin, und leitet das Institut für Städtebau und Wohnungswesen München. Er studierte Architektur und Städtebau in Wien und Berlin, war leitender Stadtplaner in Hamburg, Frankfurt und Berlin und lehrte unter anderem in Paris, Saigon und Berkeley. Von 2001 bis 2016 war er Professor für Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Wékel ist Mitglied des Kuratoriums Nationale Stadtentwicklungspolitik und ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

„Ich bin Stadtplaner und deshalb schon in gewisser Weise geschmeichelt, wenn Stadtplanung zu den Gesellschaftswissenschaften gezählt wird. Ich fühle mich aber auch sehr wohl verstanden darin. Mein Berufsweg hat das Leitmotiv der Schader-Stiftung, den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis, gespiegelt, indem ich über zwei Jahrzehnte in der kommunalen und stadtstaatlichen Planungspraxis tätig war. Dort wie auf der Wissenschaftsseite habe ich versucht, diese Brückenfunktion wahrzunehmen. Im Moment leite ich das Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung in München. Diese beschäftigt sich vor allen Dingen mit der Fortbildung für Praktikerinnen und Praktiker, also hoffe ich insofern schon mal, diese beiden Dinge, nämlich gesellschaftswissenschaftlicher Anspruch und auch Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Praxis, mitbringen zu können. Die Planungswissenschaft bringt immer die Frage ein, wie wir in Zukunft gestalten wollen.“

Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel



Vorstand und Kleiner Konvent der Schader-Stiftung danken dem Team der Geschäftsstelle für die Durchführung des Großen Konvents 2018. Im Bild (v.l.n.r.): Anna-Lena Treitz, Justus Heinecker, Laura Pauli, Simone Munding, Catrin Stork, Dennis Weis, Helene Pleil, Peter Lonitz, Alexander Gemeinhardt, Alexer Hinz, Kirsten Mensch, Tobias Robischon, Karen Lehmann, Franziska Rischkowsky, Eberhard Littfass, Till Mieth, Jens Hübertz, Marc Anatol Pirogan, Aleksandra Pucko, Alla Stoll, Verena Fries

Einmal jährlich führt ein Großer Konvent die Partnerinnen und Partner der Schader-Stiftung zusammen, um den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis mit ihnen gemeinsam fortzuschreiben und in dieser Weise unmittelbar die Gesellschaftswissenschaften in ihrer Praxis-Orientierung zu fördern und zu stärken.

Unter dem Thema „Mehr ... wagen. '68, '18 und die politisierte Gesellschaft“ tagte am 9. November 2018 der Sechste Große Konvent der Schader-Stiftung. Rund 170 Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler, Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, des Wissenschaftsmanagements und der angewandten Wissenschaft, aus Verbänden und nichtstaatlichen Organisationen begleiteten gemeinsam die inhaltliche Entwicklung der Stiftung.

Die vorliegende Dokumentation informiert über den Großen Konvent 2018, die Teilnehmenden und die Wahl zum Kleinen Konvent.

Weitere Informationen sehen Sie unter
www.schader-stiftung.de/GrKo18

ISBN 978-3-932736-50-6